330.943
Sch 32w

Wenn die Waffen ruhen!

Beiträge zur Bevölkerungspolitik nach dem Kriege

Von

Georg Wilhelm Schiele

J. F. Lehmanns Verlag, München
1916

Deutschland

Tatsachen und Ziffern + Eine statistische Herzstärkung

Von **D. Trietsch**

Mit farbigen graphischen Darstellungen. Preis M. 1.20

Mit großer Meisterschaft wird in einem reichlichen Dutzend Kapitel gezeigt, wie sich das „barbarische" Deutschland und die beiden großen „Kulturnationen" England u. Frankreich hinsichtlich Kulturhöhe, Leistungen auf allen Gebieten, Wohlstand und friedlichem Fortschritt zueinander verhalten. Das Wunder der deutschen Siege findet nirgends eine bessere Erklärung als in dieser erstaunlich inhaltreichen Darstellung.

Krieg und Rassenhygiene

Die bevölkerungspolitischen Aufgaben nach dem Kriege

von Geza von Hoffmann

Preis: 80 Pf.

In diesem Büchlein ist eine klare Zusammenstellung der rassenhygienischen Maßnahmen geboten, die berufen sind, die dem Volkskörper zugefügten Schäden des Krieges wettzumachen. Die Fragen der Volksmehrung, des Siedlungswesens, der Mutterschaft usw. werden mit praktischen Anregungen unter einheitlichem Gesichtspunkte beleuchtet. Die leicht verständliche Schrift sei jedem empfohlen, dem die ungebrochene Zukunft des deutschen Volkes am Herzen liegt.

Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückgangs im Deutschen Reich

von Professor Dr. Max von Gruber, k. b. Geheimer Rat

Gekürzte Ausgabe. Preis: Geheftet M. 1.20, geb. M. 2.—

Große Ausgabe mit den Leitsätzen gemäß dem in Aachen gehaltenen Vortrag. M. 2.—, geb. M. 3.—

Das Buch, das das gesamte, die Geburtenfrage behandelnde Material systematisch und kritisch zusammenfaßt, ist anregend und fesselnd geschrieben, bringt eine Menge neuer Tatsachen vor, bietet praktische Vorschläge und ist deshalb hochbedeutsam für die Entwicklung unseres Volkes.

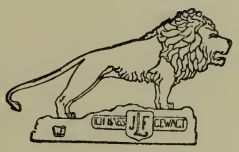
J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyse-Str. 26

Wenn die Waffen ruhen!

Beiträge zur Bevölkerungspolitik nach dem Kriege

Von

Georg Wilhelm Schiele



J. F. Lehmanns Verlag, München
1916

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung,
behalten sich Urheber und Verleger vor.

330.943
Sch32w

McN 21h23

Dem genialen und willensstarken Vorkämpfer
großer Ideen, welche im Geiste Steins gedacht,
unserem Volke frische Kraft und neue Freiheit zu geben vermögen,

Herrn Generallandschaftsdirektor Kapp
in Königsberg i. Pr.

aus großer Verehrung und Dankbarkeit

gewidmet

von

Georg Wilhelm Schiele

macc

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Brot und Blut 1
2. Der Feind am Herd 7
3. Offner Brief an die deutsche Arbeiterschaft 11
4. Siedlungspolitik nach dem Kriege 30
5. Bodenpolitik oder Bevölkerungspolitik 37
6. Volk und Volksschule 44
   (Vortrag gehalten vor dem Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik.)
7. Steuerlast und Steuerausgleich nach dem Kriege 58
8. West und Ost 61
9. Der Plan für die praktische Bevölkerungspolitik 65
   (Rede gehalten vor der Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes, Kleinsiedlung und Landarbeit.)

Von demselben Verfasser sind erschienen:

G. W. Schiele: Briefe über Landflucht und Polenfrage. 1906. Preis 1 M.

—, Über den natürlichen Ursprung der drei Kategorien Rente, Zins und Arbeitslohn. 1906. Preis 1 M.

—, Spekulation und Preisbildung, Volkswirtschaftslehre als reine Naturwissenschaft betrachtet. Preis 0,80 M.

—, Über innere Kolonisation und städtische Wohnungsfrage. Gesammelte Aufsätze. 1913. Preis 1 M.

—, Freiheit, die ich meine. Streitsätze über das preußische Wahlrecht. 1910. Preis 0,50 M.

Zu beziehen direkt vom Verfasser:
Dr. Schiele in Naumburg a. S.

—, Wirkung der Höchstpreise. Ein Kapitel aus der französischen Revolutionszeit. Verlag Eugen Diederichs Jena. Preis 0,50 M.

Demnächst erscheint eine Sammlung von Aufsätzen unter dem Titel:
Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums.

Desgleichen ist in Vorbereitung eine Sammlung:
Überseepolitik oder Kontinentalpolitik.

und
Volksversorgung durch Zwang oder durch Freiheit.

Brot und Blut

1.

In dieser irdischen Welt ist die gemeine Materie die erste Bedingung des Erscheinens der Persönlichkeit. Der Körper, wie man meint, erhält den Geist. So ist auch das Geld, wie es scheint, die Voraussetzung des Lebens. Besonders für die Gründung der Familie, das Aufziehen von Kindern, ist die Bedeutung des Geldes sehr fühlbar. Die Aufzucht von Kindern verlangt und verbraucht Geld und Geldeswert, die eben geschafft werden müssen. Wenn aber diese Werte geschafft worden sind, und die Kinder sind großgezogen und sind gut erzogen, so ist wiederum Kinderreichtum auch materieller Reichtum, denn das menschliche Leben verbraucht nicht nur Werte, sondern gibt sie vielfach wieder. Alle gegenwärtigen und zukünftigen großen Reichtümer Deutschlands sind, sofern die reichen Familien kinderarm sind, das Erbe der armen Familien, welche kinderreich sind. Jene sterben aus, und diese nehmen Besitz. *Dem Leben und der Arbeit gehört die Zukunft, nicht dem toten Gelde.*

Sie kennen das schöne Wort: „Die Zeit, die ist mein Reichtum, mein Acker ist die Zeit". Alle zukünftigen Reichtümer liegen nicht an irgendeinem Orte, sondern in der Zeit. Ein Volk, auch wenn es keine Kolonien hat, wird von allem auf der Erde verteilten Reichtum am meisten ernten, wenn es seine Zeit recht fruchtbar zu machen versteht. Lassen Sie uns hieraus einige Folgerungen für unsere Kolonial- und Weltpolitik ziehen.

Das deutsche Volk hatte vor etwa zwanzig bis dreißig Jahren einen Überschuß von 200 000 bis 300 000 Köpfen jährlich, deren Lebens- und Arbeitskraft die deutsche Volkswirtschaft nicht fruchtbar werten konnte. Deshalb mußten diese Menschen nach Amerika auswandern. Heute gibt es diese Auswanderung nicht mehr, sondern im Gegenteil, heute hat die deutsche Volkswirtschaft mehr Zuwachs an fruchtbarer Arbeitsgelegenheit, als Zuwachs an Arbeitskräften. Einst haben wir es bedauert, daß wir diesen Überschuß an Arbeits-

kräften abgeben mußten und andere Volkswirtschaften damit befruchteten. Heute haben wir viel mehr Grund zur Sorge, da wir sehen, daß die Ansprüche unserer eigenen Volkswirtschaft vom eigenen Nachwuchs nicht befriedigt werden können, sondern daß wir 900 000 kulturfremde Barbaren jährlich hereinrufen müssen, um die Arbeit zu bewältigen.

Man kann auch heute noch die Meinung hören, daß wir Kolonien nötig hätten, um unseren Volksüberschuß unterzubringen. Diese Meinung kommt zu spät. Insoweit gehen unsere Kolonien nicht das Volk, sondern nur die oberen Hunderttausend an, welche allerdings einen gewissen Kraftüberschuß haben. Besser wird die Notwendigkeit der Kolonien heute damit begründet, daß wir für unsere Wirtschaft Baumwolle, Kupfer, Öl, Kautschuk und dergleichen haben müßten. Aber vergessen wir nicht, daß diese materiellen Werte an sich noch kein Reichtum sind. Vielmehr liegt unser zukünftiger Reichtum in Wahrheit in der schaffenslustigen Menschenmenge, die wir in die Zukunft senden können. Ohne solchen Zuwachs an fruchtbaren Menschenleben wäre der Zuwachs an Naturschätzen nichts. Umgekehrt: es ist todsicher, daß die Werte schaffende Arbeit von den toten Naturschätzen immer so viel an sich zieht, als sie braucht. Die wahre deutsche Kolonialpolitik ist daher nicht bloß eine Kolonialpolitik im Raume, sondern eine in der Zeit, eine Politik, welche dafür sorgt, daß jede Generation des deutschen Volkes mit einer breiteren Front in die Zukunft tritt. Menschenreichtum ist der wahre Reichtum jedes Volkes in der Zukunft. Es ist die Aufgabe der inneren Kolonisation, diese Menschenernte zu schaffen, und diese Aufgabe wird ja mehr und mehr als die wichtigste in der Zukunft anerkannt. Aber auch die innere Kolonisation darf nicht am Materiellen, am Äußerlichen, an der Schaffung von Besitztümern hängen bleiben, sondern muß das wesentliche Ziel fest im Auge behalten, nämlich das lebendige Menschenleben. Vermehrung des deutschen Menschenlebens ist das Ziel. Da kommt es dann aber noch sehr auf das Wie und nicht bloß auf das Wieviel an.

Wenn die Zeit ein Acker ist, so kann man sich denken, daß dieser Acker vor jedem einzelnen Menschen, der ins Arbeitsleben eintritt, ausgebreitet liegt wie ein Plan von bestimmter Breite und Länge, seine Lebenszeit, sein Acker, den er nun zu bestellen hat. Wenn

wir uns 100 oder 1000 oder 1 Million Menschen nebeneinander gestellt denken in einer Schützenlinie, die ganze Generation des deutschen Volkes, die eben herangereift ist, so gibt der vor ihr liegende Zeitacker in anschaulicher Darstellung die Reichtumsmöglichkeit der Zukunft. Wenn die Zeit ein Acker ist, so gilt es, ihn zu düngen. Dies tun Unterricht und Erziehung. Dieser Zeitacker unterscheidet sich von dem wirklichen Acker dadurch, daß gar nicht abzusehen ist, welche Fruchtbarkeit er nach guter Düngung entwickeln kann. Ist das wahr, so ist es nicht gleichgültig, wenn wir in diese Front an Stelle von 900 Tausend deutschen, gut unterrichteten und erzogenen jungen Leuten halbasiatische Fremdlinge einstellen. Von der sittlichen Gefahr dieser Vermischung soll einmal hier nicht ausgegangen werden. Wir haben es hier mit dem Wirtschaftlichen zu tun. Aber das Wirtschaftliche, das Materielle, ist in der Welt immer doch Folge des Idealen und darum mit diesem in ursächlichem Zusammenhang. Auch für den materiellen Reichtum ist das nicht gleichgültig, weil eben der Reichtum eines Volkes nicht in Gold, sondern in Menschenleben besteht.

Worin besteht denn der eigentliche und wahre Reichtum eines Volkes? Besteht er in Fabriken oder Bergwerken oder Schiffen oder Kolonien? Nein, sondern der wahre Reichtum eines Volkes besteht in der Menschensaat, die es in die Äcker der Zukunft werfen kann. Daß diese Menschenaussaat und wiederum Menschenernte hochwertig sei und mehr als ausreichend an Menge, das ist Zweck und Ziel der Volkswirtschaft. Zwar ist es auch die Aufgabe des Politikers, des Staatsmannes, den Acker für dies Saatgut, das Betätigungsfeld für diese Menge Menschenleben zu schaffen. Aber was nützt der Acker ohne Saatkorn, das Feld ohne Menschenleben? Darin also besteht der wahre einzige Reichtum eines Volkes: in dem Ver sacrum, der heiligen Jugendkraft, die es hinaussenden kann in die Kolonien, ich meine nicht nur die überseeischen oder die vor unseren Toren liegenden europäischen, die uns der Krieg etwa geben wird, sondern ich meine die Zukunft überhaupt; denn die Zukunft ist das Kolonialland der Gegenwart.

In dem Wettbewerb, den die großen Kulturvölker der Erde mit einander um die wirtschaftliche Eroberung und Ausbeutung der Erde führen, wird nicht dasjenige Volk siegen, welches die meisten

Kapitalien hat; denn aller materielle Wert zerfällt ganz schnell in Schutt und Staub, wenn der blutwarme Puls des Lebens darin fehlt. Sondern dasjenige Volk wird siegen, welches die größte und zugleich edelste Menschenkraft einzusetzen hat. Darum ist es die Aufgabe eines deutschen Staatsmannes darüber nachzusinnen, wie wir den Nachwuchs unseres Volkes zum hochwertigsten machen, ohne ihm doch an der Menge zu schaden. Mit dem Kampf der Völker ist es wie mit dem Kriege überhaupt: sowohl die sittliche Eigenschaft des Soldaten wie die Masse der Soldaten entscheidet den Krieg.

2.

Wir haben vor dem Kriege in einer Überschätzung des Materiellen, des Wirtschaftlichen und Unterschätzung des Geistigen gelebt. Beides steht aber in Wechselwirkung. Im Leben des menschlichen Organismus sind die Äußerungen des Geistes nicht nur Folge der materiellen Bedingungen, der Ernährung des Gehirns, des Blutes usw., sondern auch umgekehrt sind wiederum die geistigen Leistungen Ursache der körperlichen Gesundheit. Wenn der Körper den Geist erhält, so erhält auch wiederum der Geist den Körper, seine Form im weitesten Sinne — und das Leben ist ja nichts anderes als eine Form, in der die Materie beständig wechselt. Der Idiot kann sich nicht aufrecht halten, seine Muskeln sind schwach, und er unterliegt jeder Krankheit leichter. Dagegen der geistig rüstige, ja bedeutende, in der Übung charakterstark gewordene Mensch erhält seinen Körper und die Kraft seiner Organe. Es kommt auch die Schönheit der Form nicht aus der Materie, sondern aus dem Gebrauch der Materie, also aus dem Geist. In der Regel bildet nicht der Schädel das Gehirn, sondern das Gehirn den Schädel, und das Gehirn selber ist nicht nur die Ursache des Lebens, sondern auch wiederum Machwerk des Lebens. Die Leistung bildet ihr Organ. Inmitten zwischen der Materie als Ursache und der Materie als Folge steht als ein Augenblick rätselhaften Aufleuchtens der Geist, das menschliche Bewußtsein, Abglanz des Lichtes einer anderen Welt. Desgleichen ist es im menschlichen Makrokosmos, dem menschlichen Leben als Massenerscheinung. Auch dieses ist nicht nur die Folge der materiellen Bedingungen, sondern auch Ursache derselben. Das ist der Fehler des Materialismus, sowohl in der Geschichtsauffassung wie auch in der

vom Wirtschaftsleben, daß er das Menschenleben im einzelnen wie in der Masse immer ansieht als Folge der materiellen Bedingungen. Es ist ebenso gut auch deren Urheber. So wie im wirtschaftlichen Kreislauf der materielle Wert, das Geld, die lebendige Arbeit unterhält und die Arbeit wiederum die materielle Wirtschaft, Geld und Geldeswert, herstellt, so unterhalten die äußeren, körperlichen Bedingungen das sittliche Leben überhaupt, das sittliche Leben aber wiederum schafft die äußeren Umstände. Das menschliche Leben ist vergleichbar nicht einem Parallelismus, sondern einer Pendelbewegung zwischen der idealen und materiellen Welt. Der Pendel schlägt tief hinein in das Materielle, um in dieser Bewegung lebendige Kraft aufzuspeichern. Mit dieser Kraft kehrt er zurück und taucht ebenso weit hinein in die ideale Welt; je tiefer er taucht, mit um so mehr Kraft und Ausdauer kehrt er zurück und gibt die gewonnene, lebendige Energie wiederum in der Arbeit an die materielle Welt aus.

Jene ausländischen Arbeitermassen werden hereingerufen, um der verlangten materiellen Arbeit willen, die getan werden muß. Aber diese Rechtfertigung genügt nicht. Die Arbeit ist um des Menschen willen da, nicht aber der Mensch um der Arbeit willen. Es hieße das Göttliche in der Menschenseele leugnen und das Leben der Materie, der toten Sache, unterworfen glauben, wenn man die Menschen ansehen wollte als Arbeitstiere, deren Lebenszweck sich damit erfüllt, irgendwelche materielle Arbeit zu leisten. So dürfte noch nicht einmal ein Kaufmann rechnen, geschweige denn ein Politiker. Die Fruchtbarkeit der deutschen Erde und der deutschen Bergwerke ist um des deutschen Arbeiters willen da, nicht aber darf irgendein Arbeiter nur da sein, um Kohlen zu fördern oder Rüben zu hacken. Darum darf diese Einwanderung fremder Arbeiter immer nur ein Notbehelf für kurze Zeit sein, der möglichst bald abgeschafft werden muß. Für die Zukunft sollte es heißen: Die deutsche Arbeit dem deutschen Arbeiter. Wenn man vom Schutz der nationalen Arbeit redet, so möge man in Zukunft nicht nur an die in der Ware verkörperte Arbeit, das deutsche Korn oder Eisen denken, sondern auch und hauptsächlich an die lebendige Arbeitskraft, den deutschen Arbeiter selbst. Ist nicht das Leben mehr denn die Speise?

Der Krieg, zumal wenn es ein siegreicher ist, hat zur Folge, daß

wir mehr deutsches Menschenleben brauchen und doch zunächst weniger haben. Darum muß nach jedem großen Kriege mit doppelter Kraft die Bevölkerungspolitik einsetzen, um so mehr, wenn der Sieg die Aufgaben vermehrt. Vergessen wir doch nicht, daß die Römer an ihren siegreichen Kriegen zugrunde gegangen sind. Ihre Bauernschaft schickten sie auf die Schlachtfelder, um die Welt zu erobern und ferne reiche Provinzen zu besetzen, und die heimatlichen Äcker ließen sie mit ausländischen Arbeitern, Sklaven genannt, bestellen. Die Folge war, daß sie endlich keine Bauern mehr hatten, sondern aufrührerische Sklaven auf den Äckern und fremde Rassen im Heere. So ging Rom zugrunde. Die großen Aufgaben, die uns Deutschen noch bevorstehen, verlangen, daß wir beizeiten darauf bedacht sind, die deutsche Volkskraft zu vermehren, damit sie stark genug sei, um der deutschen Zukunft gerecht zu werden.

Soll die menschliche Arbeitskraft eine Ware sein? Der Boden soll und darf keine Ware sein. Er ist zu heilig dazu, sagt man. Und doch ist der Boden eine Ware, ist es immer gewesen und wird es immer bleiben, denn der Mensch kann der Welt des Wirtschaftens, der Zahlenwelt, der Welt des Geldes, nicht entrinnen. Aber der Boden soll nicht nur eine Ware sein, weder für den einzelnen, noch für ein Volk. Wehe dem Volk, dem der Boden nur noch eine Ware ist.

Desgleichen mit der menschlichen Arbeitskraft. Auch sie ist eine Ware. In der Welt des Wirtschaftens gilt ihr technischer Wert, ihr Zahlenwert. Der einzelne Arbeitgeber muß Hypothekenzinsen zahlen, muß sehen, wie er sich über Wasser hält, wie er mitkommt im scharfen Wettbewerb, er kann keine Gemütsunterschiede zwischen russischen und deutschen Arbeitern machen; reiche Leute wohl, aber die Mehrzahl der Landwirte ist weder reich noch vornehm genug. Sie sehen nur auf den Geldwert der Leistung.

Und dennoch darf die lebendige Arbeitskraft nicht nur eine Ware sein, sie ist mehr, ist heiligeres. Wirtschaften ist für ein Volk nicht Selbstzweck. Das Volk ist nicht für die Volkswirtschaft da, sondern die Volkswirtschaft ist für das Volk da. Kein Volksteil, auch der unterste nicht, darf Mittel zum Zweck, zu einem materiellen Zweck nur sein, sondern ist Selbstzweck. Darum, wenn die Russeneinfuhr auch wirtschaftlich selbstverständlich erscheint, so ist sie es doch nicht, sondern das Gegenteil ist selbstverständlich, nämlich, daß der unterste Stand unseres Volkes deutscher Rasse sein muß. Wenn das wirtschaftliche Opfer kostet, so muß die Landwirtschaft in den Stand gesetzt werden, sie zu bringen; aber — sie muß sie bringen.

Was ist denn Rasse? Rasse ist zunächst etwas Leibliches. Wenn es überhaupt so etwas wie Rasse, Blut, Abstammung, Adel gibt, so ist es nicht gleichgültig, welcher Rasse das unterste Volk angehört. Wie könnte der, der selber auf Adel, Blut, Rasse hält, es für gleichgültig erklären, ob das deutsche Volk Blut, Rasse und Adel

hat oder nicht hat? Wenn das gleichgültig sein soll, so wird noch aller Adel und alle Ursprünglichkeit des einzelnen wie des Volkes in einem allgemeinen Volks- und Blutmischmasch untergehen, wie einst in der späteren Römerwelt. Die zukünftige Leiblichkeit eines Volkes liegt nicht beim Adel, sondern bei dem Mann, der hinter dem Pfluge hergeht.

Außerdem ist Rasse beim Menschen auch etwas Geistiges. Das ist sogar das Wichtigere. Man zerstört ein Volk, wenn man seinem Geist einen fremden Geist zusetzt, zumal in den untersten Ständen. Der Mann im Volke ist viel empfindlicher gegen die Bohème als der hohe Adel. Sitte und Gewohnheit sind bei ihm fester und darum gegen Fremdes feindlicher. Eine Mischehe ist in solchem Stande gewöhnlich keine rechte Ehe und vermag den Kindern kein festes geistiges Gefüge mitzugeben. Was sollen sie denn glauben? Der einfache Mann aber kann die Einförmigkeit seines Daseins nur ertragen, wenn er eine ewige geistige Welt über sich sieht, Religion, Vaterland, Heimat und Sitte —, wenn er Heiligtümer weiß, an denen er den gleichen Anteil hat, wie jeder andere im Volk.

Es ist schon schlimm genug, daß uns Deutsche der Dreißigjährige Krieg in zwei geistige Heerlager kirchlicher Zugehörigkeit gespalten hat, daß ferner die griechische und lateinische Erziehung unserer gelehrten Jugend eine Kluft im Sprechen und Denken zwischen Volk und Gebildeten offen erhält. Nun noch ein wachsendes Fremdvolk und zwar auf dem Lande? da wo der wahre Geist, der ewige Geist des Volkes, zu Hause sein soll? wo die eigentliche Heimat der deutschen Seele und des deutschen Gemüts sein soll, — nicht nur für die Besitzenden, sondern für das wirkliche Volk? — Das bedeutet die Verwüstung der deutschen Seele und des deutschen Geistes! Wenn es sich überhaupt lohnt, Politik zu machen, wenn es nicht nur Interessenpolitik, sondern so etwas wie Volkspolitik gibt, dann ist hier eine politische Aufgabe. Denn aller wahrhaftigen Politik Ziel und Ende ist die geistige und seelische Zukunft des Volkes und zwar des ganzen Volkes und ganz besonders des Landvolkes als desjenigen Volksteiles, welcher dem anderen Volke das körperliche und seelische Ebenmaß und die Dauer, eben die „Rasse", zu geben hat.

Ein Volk lebt von zweierlei, von Brot und Geist. Wenn wir

wollen, daß es auf der vererbten Heimaterde auch in Zukunft ein deutsches Volk gebe, so dürfen wir ihm sein Brot nicht entziehen und seinen Geist nicht verachten. Darum ist die Forderung unausweichlich: Raus mit den Russen, mit den fremden Arbeitern.

Wenn wir eine innere Kolonisation fertig bringen wollen, die ihres Namens wert und würdig ist, wenn wir ein vollkommenes Landvolk erhalten wollen, so gehört auch der besitzlose Landarbeiter dazu, so müssen wir auch diesem sein Recht, seine Arbeitsgelegenheit sichern. Die lebendige deutsche Arbeitskraft muß genau so geschützt werden gegen die verwüstende Konkurrenz des Auslandes wie das deutsche Korn. Was wird denn hier verwüstet? Leib und Seele des deutschen Volkes werden verwüstet.

Das alles gilt nur vom Frieden. Nun aber erst wenn der große Krieg kommt, der gewaltige Examinator und Zuchtmeister der Völker? Er wird fragen: „Wo sind die Pommern, Preußen, Schlesier, Brandenburger geblieben, die einst die Schlachten Friedrichs des Großen geschlagen haben? Muß ich die Jungmannschaft für die deutschen Heere aus den Großstädten holen? Wollt ihr sehenden Auges denselben Unglücksweg gehen, den einst die alten Römer gegangen sind? Hütet euch: Der billige fremde Arbeiter im Frieden ist der Feind und Verräter im Kriege. Jeder dieser Fremden, denen ihr Brot gebt, lebt vom Untergang einer deutschen Familie, die da sein könnte und da sein sollte. Die kriegerische Zukunft eines Volkes liegt nicht bei denjenigen, die im Auto fahren und zu Pferde steigen, sondern bei dem Mann, der hinter dem Pfluge hergeht."

Soweit wurde dieser Aufsatz vor dem Kriege geschrieben. Nun ist der Krieg in die Welt gekommen, der große Examinator, Schulmeister, Erzieher der Völker. Er reißt eine gewaltige Lücke in die Menschenkraft des deutschen Volkes. Das werden wir ganz besonders auf dem Lande wieder zu fühlen bekommen. Wenn wir eroberte Länder besetzt halten müssen, so wird diese Lücke doppelt groß sein. Durch den Krieg erhalten alle diese Probleme der Reproduktion des Lebens den Charakter höchst wichtiger und drängender Aufgaben. Es gilt die richtige Bevölkerungspolitik zu treiben, — erstens aus ökonomischen Gründen, um der Volkswirtschaft willen, insbesondere

auch um der Landwirtschaft willen, — zweitens aus politischen Gründen, um des Menschen, des Volkes selber willen. Neben der Weltpolitik ist die schwierigere Aufgabe die richtige Heimatpolitik; und neben der Handelspolitik ist die schwierigere Aufgabe die richtige Bevölkerungspolitik.

Der gesunde Nachwuchs eines Volkes kommt aus den untersten Ständen und besonders aus dem Landvolk, aus dem Stande des besitzlosen Landarbeiters. Der entscheidet über die Zukunft des Volkes. Wenn der durch den ausländischen Arbeiter verdrängt wird, so beginnt der Anfang vom Ende des Deutschen Reiches. Daran können alle großen Siege nichts bessern, im Gegenteil, sie werden die Gefahr vergrößern. Die Wehrkraft und die Arbeitskraft, kurz die Lebenskraft, unseres Volkes werden vor den großen Aufgaben versagen. Wir brauchen eine agrarische Schutzpolitik, aber nicht bloß für die Rente, sondern auch für die besitzlose Arbeitskraft, nicht bloß für die Ware, sondern auch für das arbeitende Menschenleben. Wir brauchen und verlangen allen Schutz für die deutsche Landwirtschaft, aber sie soll auch eine durch und durch deutsche Landwirtschaft sein. Sie soll nicht nur deutsches Korn hervorbringen, sondern soll auch den deutschen Menschen auf dem Lande erhalten und vermehren, damit uns in Zukunft die Rekruten nicht fehlen, Rekruten für die Heere des Krieges und die Heere der Arbeit, die wir brauchen.

Die kostbarste Frucht, die das Land trägt, ist der Mensch. Die Landwirtschaft ist nicht nur dazu da, Korn, Fleisch, Milch zu bringen, das ist nur der Umweg zu ihrem wirklichen völkischen Zweck, nämlich Menschen zu bringen und zwar nicht irgendwelche Menschen, sondern Rasse, und Rasse ist für uns allein der deutsche Mensch; die andern mögen sein, wie sie wollen.

Offener Brief an die deutsche Arbeiterschaft

Die Arbeiterschaft der ganzen Erde schaut auf die deutsche Arbeiterschaft. Diese ist die stärkste und bestorganisierte der Welt. Von ihr sind auch die Ideen ausgegangen, die das Tun, Wollen und Sehnen wenigstens des größten Teiles der Arbeiter beherrschen, die sozialistischen Ideen. Darum werden auch von der deutschen Arbeiterschaft die neuen Ideen ausgehen müssen, welche die alten Ideen umwandeln. Denn noch niemals ist die Menschheit bei der bisherigen Erkenntnis der Wirklichkeit stehen geblieben. Seit einem Menschenleben mindestens suchen die deutschen Arbeiter die Besserung ihrer Lebenslage, die Erhöhung ihrer Lebenskultur auf keinem anderen Wege als auf dem des Klassenkampfes und beständiger Streiks oder Streikdrohungen. Große Opfer haben die Arbeiter für diese Politik des Klassenkampfes gebracht. In den letzten 20 Jahren sind viele Millionen Streikgelder erspart und ausgegeben worden. Solche Summe aber stellt noch nicht entfernt die ganze Größe der Opfer dar. Denn außer diesen erst ersparten und dann verbrauchten Arbeitergroschen muß auch der Lohn gerechnet werden, der in der Zeit der Arbeitsniederlegung den Arbeitern entgeht. Da nun das Streikgeld immer nur höchstens die Hälfte des Arbeitslohnes beträgt, so muß die obige Summe mindestens verdreifacht werden, wenn wir der wirklichen Größe des Opfers nahe kommen wollen.

Ein schweres Opfer für den Teil des Volkes, der nichts übrig hat. Doppelt schwer und furchtbar aber, wenn es umsonst gebracht wäre, wenn es einem Irrtum geopfert wäre. Und es ist einem Irrtum geopfert. Glaubt man, daß, wenn alle diese Opfer an Streikgeldern und Einbußen an Arbeitslohn nicht gemacht worden wären, daß dann der deutsche Arbeitslohn nur eine Mark oder auch nur eine halbe Mark niedriger stände, als er heute ist? Ich glaube, er würde ohne alle diese Opfer um keinen Groschen niedriger stehen, als er steht. Also wären alle diese unermeßlichen Sorgen, Entbehrungen, Tränen einem Irrtum, einem Trugbild, geopfert? Das

kann doch nicht sein. Nun das wäre wahrhaftig nichts Neues in der Geschichte. Denn nichts haben sich die Menschen bisher so teuer werden lassen, als ihre Irrtümer, ihren Aberglauben, ihre Luftschlösser.

Ja das Unkostenkonto der Streiks und Arbeitseinstellungen ist noch längst nicht vollständig mit obiger Summe. Das Schlimmste kommt noch. Jede Arbeitseinstellung verwüstet Arbeitsgelegenheit, trennt Geschäftsverbindungen, lähmt den Unternehmungsgeist. Drei große Kulturvölker kämpfen wirtschaftlich miteinander um die Weltbeute: das englische, das nordamerikanische und das deutsche. Sie sind wie drei edle Gespanne, die in der Arena miteinander um den Siegeslohn laufen. Vor jedem Wagen, d. h. vor jeder Volkswirtschaft, laufen zwei edle Pferde. Das eine heißt Unternehmertum, das andere Lohnarbeit. Wenn nun die beiden Rosse sich beißen und schlagen, was wird die Folge sein? Jeder Atemzug, den sie verlieren im gegenseitigen Haß, hält sie zurück. Oder um ohne Bild zu reden: Welchen Anteil eine Volkswirtschaft sich von den immer neu zuwachsenden Arbeitsgelegenheiten, welche durch die Ausbreitung der Kultur auf der Erde entstehen, erobert, das hängt ab von der Einigkeit von Unternehmertum und Lohnarbeit. Vereint werden sie gewinnen; im Streit werden sie verlieren und können somit weniger unter sich verteilen. Der Anteil, den sich eine Volkswirtschaft erobert, ist besonders abhängig von dem Optimismus, dem Unternehmungsgeist, dem Wagemut, dem Spekulationsgeist, der in einer Volkswirtschaft vorhanden ist. Dieser allein rafft neue Arbeitsgelegenheiten und Existenzmöglichkeiten an sich. Es ist die Stärke der amerikanischen Volkswirtschaft, daß sie in höherem Maße diesen Optimismus hat, und die Schwäche der französischen Volkswirtschaft, daß sie diesen Wagemut nicht mehr hat. Wie aber soll das Kapital, die Unternehmerschaft, Neues wagen, wenn bei jedem Aufblühen der Hoffnung sie schon hört, wie die Lohnarbeit sich rüstet, ihr in den Rücken zu fallen! Auf einem Boden, der beständig vom Erdbeben erzittert, wagt man keine festen Häuser zu bauen, sondern nur armselige Hütten. So, wenn der Boden der Volkswirtschaft von beständigen Unruhen bebt, können keine neuen großen Unternehmungen aufgeführt werden. Nun aber leidet unter diesem Druck des Pessimismus, in diesem Erlahmen des Spekulationsgeistes, nicht nur das Wachstum der Volkswirtschaft, der Anteil eines Volkes an

der wachsenden Weltwirtschaft, sondern ganz besonders auch die Lohnarbeiterschaft. Denn der Arbeitslohn regelt sich gerade aus dem Wachstum der Arbeitsgelegenheit, aus dem Zunehmen fruchtbarer Unternehmungen. Je mehr neue fruchtbare Arbeitsgelegenheiten das Kapital eines Landes entdeckt, erfindet, um so mehr wirbt es um die vorhandene lebendige Arbeit, die Lohnarbeit; einen um so größeren Anteil am Ertrag bietet es, und kann es bieten, und muß es bieten, solange der Ertrag wächst. Wachstum des Unternehmungsgeistes, Wachstum der Arbeitsgelegenheit, Wachstum des Arbeitslohnes. — Erlahmung des Unternehmungsgeistes, Einschränkung der Arbeitsgelegenheit, Sinken des Arbeitslohnes. Es ist gerade die volkswirtschaftliche Aufgabe der Unternehmerschaft zu suchen, zu probieren, zu wagen, um die volkswirtschaftliche Arbeit zu mehren. Hindert ihr sie daran, so ist es euer Schaden.

Der Ertrag, die gesamte Ernte einer Volkswirtschaft, die Fruchtbarkeit der volkswirtschaftlichen Arbeit ist durch Eintracht zwischen Kapital und Arbeit gewaltig zu steigern. Streik aber verwüstet die Schaffenskraft; und am Ende des Streiks haben die feindlichen Brüder weniger zu verteilen, als vorher. Wenn auch einer meint, er habe gewonnen, so haben doch beide doppelt so viel verloren. Ich möchte das noch an einem Beispiel, einer kleinen Fabel, anschaulich machen:

Am Ufer eines Sees stand ein herrlicher Apfelbaum, dicht behangen mit ganz reifen wundervollen Äpfeln (das ist die deutsche Volkswirtschaft mit ihren Unterhaltsmöglichkeiten). Seine Zweige hingen nach der einen Seite über dem Wasser und nach der anderen Seite über einem steilen Abhang. Dieser Apfelbaum gehörte einem Bauern (das ist: dem deutschen Volke), der schickte seine drei Jungen in den Baum, sie sollten die Äpfel ernten. Wie sie aber alle drei im Baume saßen, da konnte der eine mehr Äpfel in seinen Korb kriegen, weil er größer war und längere Arme hatte und sorgfältiger war. Darum fingen die beiden Kleinen mit ihm an zu streiten, wie viel jeder davon haben sollte, und da sie miteinander zankten, griffen sie unachtsam zu, und viele Äpfel fielen vom Baum ins Wasser. Auf der anderen Seite rollten sie den Abhang herunter auch ins Wasser und waren verloren (verlorene Arbeitsgelegenheit). Nun aber machten die Kleinen gemeinsame Sache gegen den Großen, rissen Äpfel vom Baume und warfen

ihn, und der warf wieder, sammeln aber tat keiner mehr (Streik). Nun rollten die Äpfel massenhaft in den See, weil sie überreif waren und nicht mehr hängen konnten. Die Kleinen besiegten endlich den Großen und zwangen ihn vom Baum zu steigen. Wie sie nun aber ernten wollten, da waren keine Äpfel mehr auf dem Baume, nur noch verkümmerte mit schwarzen Flecken. Da kamen sie zum Vater, der fragte: „Wo ist die Ernte? Bringt ihr nicht mehr von unserm schönsten Baum?" Sie antworteten: „Unser Bruder wollte uns noch weniger übrig lassen." „Nein," sagte der Vater, „euer Neid, aber nicht euer Bruder hat euch darum gebracht. Nun freßt euch an eurem Neide satt!"

Auch die deutsche Volkswirtschaft verliert bei jedem Streik. Nicht minder aber verliert der einzelne. Auch wenn er siegt, verliert er mehr, als er gewinnt. Nur sind den vom Neid getrübten Augen diese Verluste unsichtbar.

Die Politik des Neides, des Klassenkampfes, verwüstet die Fruchtbarkeit der Arbeit. Es ist ein Aberglaube, daß durch Arbeitseinstellungen, durch Streiks die gesamte Lohnmasse jemals vermehrt werden könnte; im Gegenteil: durch den Ausfall an geschaffenen Werten wird sie nur vermindert. Die Regelung des Arbeitslohnes folgt eben anderen lautloseren Gesetzen, als den lärmenden Agitationen der Streikführer. Wenn ich gegen das Quecksilber meines Barometers blase, ändert sich dadurch das Wetter? Ach nein, das Wetter bleibt, wie es ist, und sobald die schwache Kraft meines Atems nachläßt, sinkt auch das Quecksilber wieder auf seine alte Höhe. So kann der Atem des Hasses und sein Toben und Blasen die wirkliche Höhe des Arbeitslohnes nicht antreiben. Scheinbar steigt vielleicht der Geldbetrag des Arbeitslohnes; aber die wirkliche Kaufkraft des Arbeitslohnes steigt nicht. Im Gegenteil: sie sinkt, weil Neid und Streit von der fruchtbaren Arbeitsgelegenheit zu viel verwüsten. Jedenfalls nach einem Jahre oder zweien steht der Arbeitslohn niedriger, als er ohnedem gestanden haben würde.

Aber, wird man mir antworten, die Führer der großen Arbeiterbewegung waren doch auch keine dummen Kerle. Sie werden gute Gründe gehabt haben, den Klassenkampf für notwendig zu erklären. Woher stammt denn diese Idee der Notwendigkeit des Klassenkampfes? Sie stammt von Karl Marx. Und allerdings, wenn einmal die deutsche Arbeiterschaft die Politik des Klassenkampfes nötig hatte, so konnte sie

keine bessere Bibel finden, als das Lebenswerk von Marx, ein Werk gewaltig an Geist und Leidenschaft. Und doch ist er ein falscher Prophet. Seine Leidenschaft und sein Haß fälscht ihm das Bild der Wirklichkeit; die Wirklichkeit aber läßt ihrer nicht spotten, überdauert und überwindet den Menschengeist, der sie nach seiner Leidenschaft meistern wollte.

Von Marx stammt die Lehre, daß dasjenige, was wir Kapitalgewinn und Zins nennen, nichts anderes ist, als ein Raub an der Arbeit, möglich gemacht nur dadurch, daß die Kapitalisten bisher in der Volkswirtschaft die herrschenden Klassen waren, deren wirtschaftliche und politische Macht es ihnen erlaubte, sich den sauren Schweiß der Arbeit anzueignen, sie auszubeuten, sie zur Mehrarbeit zu zwingen und ihr den Mehrwert abzunehmen. An dem Tage, wo durch die natürliche Entwicklung der Dinge die Arbeit zur Macht käme, würde es keinen Kapitalgewinn, kein Kapital und keine Kapitalisten mehr geben, sondern der Arbeitsertrag würde der Arbeit ganz gehören. Nun also, was liegt näher, als den Geburtshelfer zu spielen, wenn die Geschichte sich etwas langsam entwickelt, was liegt näher, wenn es auf die Macht ankommt, als einmal zu versuchen, wie weit man schon mit der Macht ist, und was liegt näher, wenn ein Raub an der Arbeit geschehen ist, als diesen Raub wieder gut zu machen durch einen zweiten Raub, oder vielmehr durch ein Zurücknehmen dessen, was der Arbeit schon längst gehört?

Diese Lehre hat die Politik des Klassenkampfes auf dem Gewissen! Sehen wir zu, wieviel an ihr wahr ist.

Marx lehrt: Aller geschaffene Wert stammt aus menschlicher Arbeit; nur die Arbeit schafft Werte. Und darin hat er recht. Aber nun kommt der Irrtum. Unter Arbeit, menschlicher Arbeit, versteht er die Lohnarbeit schlechthin. Die Lohnarbeit aber ist nicht die ganze menschliche Arbeit. Ich muß hier ein Bild der Wirklichkeit malen, das der begreiflichen Eigenliebe weniger schmeichelhaft ist, als dasjenige, was Marx gezeichnet hat. Aber wir wollen nichts weiter als Wahrheit.

Arbeit im vollen Sinne des Wortes, ganze Arbeit, Vollarbeit, ist nur diejenige Arbeit, die sich mit keinem andern Lohn abspeisen läßt, als mit dem Gelingen des Werkes, mit dem geschaffenen Produkt, mit der Ernte oder, um das landwirtschaftliche Bild zu meiden, mit dem Verkauf der geschaffenen Ware, in welchem Verkauf erst der bisher nur errechnete Wert des Erzeugnisses wirklich wird, verwirklicht wird dadurch,

daß ein Käufer kommt, ein Konsument, ein Verbraucher, der den geschaffenen Wert als Gebrauchswert anerkennt und bestätigt. Aller geschaffene Wert nämlich leitet sein Maß ab aus dem Gebrauchswert. Dagegen diejenige Arbeit, welche dem werdenden Werk mit der Uhr in der Hand gegenüber steht, die Lohnarbeit, die ihren Arbeitslohn haben will, obwohl das Werk nicht fertig ist, gleichgültig, ob es fertig wird, ob die Arbeit wirklichen Wert geschaffen hat oder nicht, diese Arbeit, die beinahe gegen das Gelingen des Werkes interessiert ist, ist nicht Vollarbeit, sondern nur Bruch- und Trenn- und Teilstück von Arbeit. Sie wird Vollarbeit erst in der Zusammensetzung mit dem Geist der wagenden, unternehmenden Arbeit.

„Das menschliche Leben ist ein Versuch," sagt Nietzsche. Auch die Wirtschaft der Menschen ist ein Versuch; mehr noch: sie ist ein Wagnis. Das ist das Wichtigste an der menschlichen wirtschaftlichen Arbeit, daß sie ein Wagen, Unternehmen, Spekulieren ist. Darum heißt ihr natürlicher Lohn nicht Tagelohn, sondern Gewinn oder Verlust.

Marx lehrt zwar: „Aller gewonnene Wert ist proportional der aufgewendeten Arbeit durchschnittlicher Fruchtbarkeit." „Aller in den Waren dargestellte Wert ist gewonnene Arbeitszeit." Aber das schlägt der täglichen Erfahrung geradezu ins Gesicht. So einfach ist die Entstehung des Wertes nicht. Es ist im Gegenteil die Regel, daß dieselbe Menge menschlicher Arbeit niemals denselben Ertrag erreicht. Sondern die Fruchtbarkeit menschlicher Arbeit fällt immer verschieden aus. Eine gewisse Menge Arbeit, auf diesen Acker angewendet, bringt drei Sack Kartoffeln, und dieselbe Menge Arbeit auf jenem Acker bringt sechs Sack Kartoffeln. Sechs Sack Kartoffeln sind aber in jeder Volkswirtschaft, der kapitalistischen oder der sozialistischen, doppelt soviel als drei Sack Kartoffeln, weil sie doppelt so viel Menschenleben ernähren. Nun ist das nicht nur im Landbau so, sondern zwei Fabriken, welche dieselbe Menge derselben Ware erzeugen, haben regelmäßig nicht dieselbe Menge Arbeit verbraucht. Und dieselbe Fabrik erreicht in diesem Jahre ein anderes Werterzeugnis als im vorigen Jahre. Von Zeit zu Zeit und von Ort zu Ort fällt die Fruchtbarkeit der Arbeit immer verschieden aus. Das macht, daß in dem Gelingen der Arbeit, in der Menge von Wert, die sie als Lohn ihrer Arbeit entstehen sieht, immer ein großes Moment des Glücks, des Zufalls ist. Aus dieser Tatsache, daß die Ernte in der

Hauptsache Gewinn, Verlust und Wiedergewinn ist, entsteht der Unterschied von Vollarbeit und Lohnarbeit. Denn die wirkliche ganze menschliche Arbeit kann sich von diesem Charakter des Wagens, Unternehmens, Spekulierens, Riskierens, der im Wirtschaften liegt, nicht befreien. Drum kann der Lohnarbeit nirgends und niemals das ganze Produkt gehören. So wenig als der Fuchs aus der Flasche trinken kann, — er muß sie erst zerschmeißen oder verschütten —, so wenig kann die Lohnarbeit den ganzen Wert haben, es sei denn, sie verzichtet darauf, Lohnarbeit sein zu wollen, d. h. ihren Lohn sicher zu haben, und fängt an zu wagen, zu spekulieren, zu riskieren.

Nun wird man sagen: Ja, allerdings der einzelne Lohnarbeiter kann und darf und will nicht spekulieren. Aber die Gesamtheit der Lohnarbeiterschaft, oder was im sozialistischen Staate dasselbe ist, die Volksgemeinschaft könnte doch dieses volkswirtschaftliche Wagnis, das in der menschlichen Arbeit liegt, übernehmen. Gewiß, das könnte geschehen. Das geschieht sogar zum Teil. Überall, wo eine Stadt oder ein Staat einen wirtschaftlichen Betrieb, eine Gasanstalt, ein Wasserwerk, ein Elektrizitätswerk, eine Straßenbahn, eine Eisenbahn oder ein ganzes Bündel von Eisenbahnen leitet, da geschieht das schon heute. Es fragt sich nur, ob es auch im ganzen geschehen kann.

Man sagt oft, daß hinter dem Arbeiter die Hungerpeitsche knallt, welche aus ihm heraustreibt, was er an Arbeitskraft in sich hat. Nun, das Kapital hört auch seine Hetzpeitsche hinter sich knallen und hat sie, um das größte zu leisten, mehr noch nötig als der Arbeiter. Der Vollarbeiter, der Unternehmer, der Kapitalist, insoweit er sich keinen Lohn zahlen läßt, sondern auf Gewinn und Verlust der Ernte wartet, wagt den Wert seiner täglichen Arbeit, nicht nur seiner täglichen Arbeit, sondern auch den seiner zukünftigen Arbeit; denn er verschreibt sich oft mit Leib und Seele einem Werk; ja auch, was er in vergangener Arbeit errungen hat, sein Kapital, sein ganzes Vermögen wagt er daran, wirft es hinein in die glühende, brodelnde Masse des werdenden Schaffensganges, aus welchem es, wie er hofft, einmal wieder herauskommen wird als brauchbarer Warenwert, wenn der Guß gelingt. Und weil er wagt, womöglich sein alles daran wagt, und in dem Maße als er wagt, wird ihm noch fremdes Vermögen anvertraut, fremde Kapitalien, die auch hineingeworfen werden und auch ver-

schwinden, um vielleicht, hoffentlich wiederzukehren. Nun wohl, die Sorge um diese verschwundenen Kapitalien, besonders die eigenen, schärft den Geist, treibt ihn dazu, die Sparsamkeit, die Wirtschaftlichkeit der Arbeit, ihre Zweckmäßigkeit aufs äußerste zu steigern, damit das gewagte Vermögen nicht verloren gehe und so die ganze Existenz vernichtet werde. Das ist die Hetzpeitsche des Kapitals. Sozialisten und Halbsozialisten tun gewöhnlich so, als ob das Kapital nicht verlieren könne nnd auch im Schlafe noch gewönne. Das ist falsch. Der Gewinn kommt allerdings oft unversehens im Schlaf — das ist die Natur des Gewinnens —, aber ebenso und erst recht der Verlust. Nur in einer blühenden Volkswirtschaft ist das Gelingen, das Gewinnen die Regel. Es kommen aber auch Zeiten des Niederganges, wo die größten Kapitalien verschwinden, wie vom Schwamm verwischt, und die Verluste die Gewinne übersteigen. Ich kenne einen Herrn, der als einfacher Ladenkaufmann in Südamerika durch Glück und Fleiß sich ein Vermögen von 300000 Mark erworben hat. Er erzählte von mehreren alten Freunden, denen es dort draußen ebenso geglückt war; diese meinten aber, sie wären doch gewaltige Kerle und hätten nun die große Welterfahrung, sie wollten nach Deutschland gehen, um aus diesen 300000 Mark drei Millionen zu machen. Das müsse doch ebenso leicht gehen. Darin hatten sie sich aber gewaltig geirrt. In zwei Jahren waren sie alle ihr Vermögen los. Der Wettkampf der Unternehmerkräfte ist in Deutschland so scharf, daß davon ein Überseer keinen Begriff hat. Das ist die Hetzpeitsche des Kapitals. Nun aber, wenn man diese Sorge des Wagens, Riskierens, Spekulierens dem Privatmann abnähme und der Gesamtheit aufbürdete, an Stelle des Privatkapitalisten, der mit seinem eigenen Vermögen, mit seinem Geldbeutel spekuliert und Tag und Nacht voll Sorge über seinem Werke wacht, einen Beamten setzte, der mit öffentlichen Geldern dasselbe täte! Was würde die Folge sein? Die Folge wäre, daß mindestens ebensoviel, als der Privatkapitalist aus dem Werk gewinnt und als Dividende oder Zins vereinnahmt, mindestens ebensoviel verloren ginge in dem öffentlichen Betriebe, durch die größere Schwerfälligkeit des Betriebes, die schon eine Folge der nötigen öffentlichen Kontrolle ist, und durch die geringere Umsicht und Voraussicht einer nicht so sehr interessierten Leitung. Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß öffentliche Betriebe un-

wirtschaftlicher arbeiten als private. Ein bedeutender englischer Staatsmann hat erst neuerdings wieder in einem Buche (Lord Avebury: „Stadt und Staat als Betriebsunternehmer") den Satz verfochten, daß alle sogenannten Reingewinne öffentlicher Unternehmungen, Wasserwerke, Gaswerke, Elektrizitätswerke, eigentlich keine wirtschaftlichen Reingewinne wären, sondern nichts anderes als Steuern, erzielt dadurch, daß diese Werke, begünstigt durch ihre Monopolstellung, ihre Ware viel zu teuer verkaufen. Er sagt: „In amerikanischen Städten gehören die elektrischen Bahnen zumeist dem Privatkapital, in England dagegen den Gemeinden. Haben nun die englischen Städte mehr Fahrgelegenheit und billigere? Nein, die amerikanischen. Aber die englischen Städte haben doch wenigstens ansehnliche Reingewinne? Nein, sondern die amerikanischen Städte vereinnahmen aus den Steuern auf die privaten Unternehmungen mehr als die englischen an Geschäftsgewinn."

Nämlich die Fruchtbarkeit der menschlichen Arbeit ist eine so beeinflußbare, wandelbare Sache, daß fleißige, aufmerksame Leitung sie gewaltig steigert, ein Nachlaß in der Sorgfalt der Leitung sie sofort sinken macht. Wenn die Sozialisierung der gesamten Arbeit gelänge, so würde die Lohnarbeit aller Wahrscheinlichkeit nach sehen, daß ihr täglicher Lohn nicht gestiegen wäre, sondern gesunken, gesunken, weil der gesamte geschaffene Wertertrag gesunken wäre, und darum, wo weniger zu verteilen ist, jeder Teiler weniger erhalten muß.

Darum, deutsche Arbeiter, nehmt die Hetzpeitsche nicht vom Rücken des Kapitals! Es arbeitet für euch in demselben Maße, als es für sich arbeitet. Indem es neue fruchtbare Arbeitsgelegenheiten auffindet, ist es gezwungen, um sie zu nutzen, die Lohnarbeit herbeizurufen und ihr ihren Anteil zu vermehren.

Die naive Ansicht der Volkswirtschaft meint, der Kapitalgewinn entstände aus der Habsucht der privaten Kapitalisten, sowie die naiven Bodenreformer meinen, die Bodenrente entstände nur aus dem Besitzrecht der Grundeigentümer und aus deren Habgier. Sie können sich keine Rente denken ohne Rentner und kein Kapital ohne Kapitalisten. Sie meinen, die Rentner seien die Ursache der Rente und die Kapitalisten seien die Ursache des Kapitalgewinnes. Ei zum Kuckuck, wenn die Sache so zusammenhängt, daß jene nur zu verlangen brauchen, so frage ich: Warum nehmen sie eigentlich nicht das Doppelte oder

Zehnfache? In Wirklichkeit ist die Sache eben umgekehrt. Es gibt Kapital und Kapitalgewinn und muß es immer geben in jeder Volkswirtschaft, auch in einer sozialistischen. Und nur darum, weil es Kapital gibt, muß es nicht, aber kann es auch Privatbesitz am Kapital geben. Ebenso ist es mit der Rente. Weil es in der menschlichen Wirtschaft so etwas wie Rente gibt und immer geben wird, darum kann es ein Privateigentum an der Rente geben, und darum gibt es Rentner. Mit dem Rentner aber schafft man die Rente nicht ab und mit dem Kapitalisten nicht das Kapital.

Wenn eine Stadt sich ein Elektrizitätswerk bauen will für fünf Millionen, so nimmt sie eine Anleihe auf, d. h. sie borgt Kapital da, wo es zu haben ist: bei privaten Kapitalisten. In einer sozialistischen Wirtschaft müßte sie dies Kapital im voraus Jahr für Jahr ersparen, aufspeichern, wie es die Privatbesitzer erspart haben. Ein großer Teil des Gewinnes, den das Privatkapital macht, oft mehr als die Hälfte, wird gebraucht zu dieser Vermehrung des Kapitals. Eine sozialistische Wirtschaft müßte genau so das Kapital vermehren; sonst würde die Ausdehnung ihrer Wirtschaft stille stehen. Nur das, was das Privatkapital verzehrt oder verjubelt, wäre in der sozialistischen Wirtschaft ein wirklicher Gewinn, wenn dieser Gewinnteil dann überhaupt noch erscheinen würde. Er würde aber verloren gehen. Dieser Gewinnanteil ist eben für die sozialistische Wirtschaft unerreichbar.

In Wirklichkeit besteht und waltet eine natürliche Regulierung des Anteils der Lohnarbeit gegen den Anteil des Kapitalgewinnes, eine Regulierung, welche jedem das Seine gibt. Diese ist wohl durch die Verbesserung der geleisteten Arbeit beeinflußbar; aber durch Gesetze von außen her oder durch leidenschaftlichen Willen ist sie nicht beeinflußbar.

* * *

Was ist denn eigentlich dies wunderbare Kapital? Wir wissen, daß die größte Fruchtbarkeit der menschlichen Arbeit erreicht wird durch Arbeitsteilung. Zum Beispiel: Um ein großes Seeschiff zu bauen, wird die Arbeit auf 500 Menschen verteilt, und jeder leistet, wozu er durch seine Vorbildung am meisten befähigt ist. Man könnte aber dies Arbeiten ebensogut gemeinsames Arbeiten nennen. Es ist die

Gemeinsamkeit der Arbeit, die das Arbeiten der Menschen fruchtbar macht. Übrigens ist das Arbeiten der Menschen auch in den urältesten Zeiten immer schon gemeinsames Arbeiten gewesen. Ganz allein hat der einzelne Mensch nie gestanden. Aber erst die Hochkultur hat die vollkommensten Formen gemeinsamen Arbeitens für große Menschenmassen möglich gemacht. Gemeinsame Arbeit nun ist es auch, wenn die Arbeit vergangener Tage und Jahre nutzbar gemacht wird, um die gegenwärtige Arbeit zu befruchten. Wenn eine große Maschinenfabrik jährlich mehrere große Lokomotiven ausspeien und auf den Markt werfen soll, so genügt es nicht, tausend lebendige Arbeiter zusammenzurufen, sondern ein großer, sehr großer Teil der Arbeit muß schon vorgetan sein. Die Kohle muß aus der Erde geholt sein, und damit sie geholt werden konnte, mußten tiefe Schächte schon längst in die Erde gegraben sein. Das Eisen muß in den Hochöfen geschmolzen sein, und um die Eisenerze herbeizuschaffen, mußten ebenfalls Bergwerke längst im Betriebe sein. Ja, es ist allgemeine wirtschaftliche Erfahrung, daß die Fruchtbarkeit gegenwärtiger lebendiger Arbeit bedeutend verstärkt wird, wenn eine große Menge vorgetaner Arbeit in Form von Maschinen und zweckmäßigen baulichen Einrichtungen hinzugetan wird. Diese vorgetane Arbeit nun heißt Kapital, sie ist aber Arbeit. Zwar die Arbeiter, die sie hergestellt haben, deckt vielleicht längst der grüne Rasen. Ihr Werk aber vollendet jetzt erst seine Bestimmung; es erntet jetzt, und weil es sich von seinen Urhebern längst getrennt hat, so ist es nur noch Sache. Fruchtbar aber ist es, weil es seinem Ursprung nach Arbeit ist, vorgetane Arbeit. Insofern dies Kapital, diese vorgetane Arbeit, mit wagt, spekuliert, riskiert, wartet, ob das Werk gelingen wird, ob darin die verbrauchten Werte wiederkehren, ist diese vorgetane Arbeit, das Kapital, Vollarbeit und nimmt teil am Gewinn und Verlust. So entsteht der Kapitalgewinn darum, weil das Kapital Arbeit ist, vorgetane Arbeit, und darum, weil diese vorgetane Arbeit fruchtbar ist.

Ja, diese vorgetane Arbeit, das Kapital, hat ihre genau berechenbare eigene Fruchtbarkeit neben der Fruchtbarkeit der lebendigen Arbeit. Aus dem Vergleich solcher Betriebe, welche viel lebendige Arbeit und wenig Kapital haben und solcher Betriebe, welche umgekehrt wenig lebendige Arbeit und viel Kapital haben, entsteht eine allgemeine Kennt-

nis desjenigen Anteils, welchen das Kapital hinzugetan hat und desjenigen Anteils, welchen die Lohnarbeit hinzugetan hat zur gemeinsam erreichten Fruchtbarkeit. So entsteht eine natürliche, allgemeingültige Regelung des Arbeitslohnes und des Kapitalgewinnes, berechnet aus der ihnen zuzurechnenden Fruchtbarkeit. Und zwar ist diese Regelung ganz unabhängig davon, ob das Kapital im Privatbesitz eines Kapitalisten ist oder nicht; sie ist auch unabhängig von der Habgier des Kapitalisten oder den Lohnforderungen der Lohnarbeit.

Wollte die Lohnarbeit einen Teil jenes Kapitalgewinnes an sich reißen, welcher dem Kapital als seine Leistung zukommt, so würde der Ersatz und die Vermehrung des Kapitals beeinträchtigt. Dadurch wird in Zukunft aus Mangel an Kapital eine geringere Gesamthöhe der Fruchtbarkeit erreicht, und bald der Arbeitslohn, obwohl anteilig scheinbar höher, so doch in Wirklichkeit niedriger sein.

Wollte das Kapital von jenem Anteil etwas an sich reißen, der der Lohnarbeit für ihre Fruchtbarkeit zukommt, so würde sich das Kapital schneller vermehren, würde, um seine Fruchtbarkeit zu verwirklichen, die Lohnarbeit heranrufen müssen, und damit sie kommt, ihren Arbeitslohn erhöhen müssen.

Darum erinnere ich noch einmal an die Fabel vom Fuchs und Kranich. Der Fuchs kann nicht aus der Flasche trinken, und der Kranich kann nicht vom flachen Teller trinken. Sie können den Trunk des anderen nicht genießen, wohl aber verschütten und vergeuden.

Auch in einem sozialistischen Gemeinwesen würde man diesem Ausgleich zwischen Arbeitslohn und Kapitalgewinn gehorchen müssen. Täte man es nicht, so würde die Ausbreitung der Volkswirtschaft, die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit, stille stehen; der Gesamtertrag der Arbeit würde sinken; und die Lohnarbeit würde sich bald so schlecht befinden, daß sie selbst nach der Vermehrung des Kapitals, nach einem größeren Kapitalanteil, Gewinn oder Zins ruft.

Marx behauptet, daß der geschaffene Wert proportional sei dem Aufwand an Arbeit durchschnittlicher Fruchtbarkeit. Aber diese Arbeit durchschnittlicher Fruchtbarkeit gibt es nicht, sie ist ein Gedankenbild. Längst ehe dem Gelehrten im Vergleich diese durchschnittliche Arbeit sichtbar wird, sind aus der wirklichen Verschiedenheit in der Fruchtbarkeit menschlicher Arbeit diese drei Wertanteile Rente, Zins und

Arbeitslohn entstanden und werden immer entstehen. Das ist die Lehre von der natürlichen Entstehung von Rente, Zins und Arbeitslohn.

Hat man einmal erkannt, daß das Kapital nicht Folge des Privatbesitzes an Gütern ist, sondern besteht kraft seiner wirtschaftlichen Fruchtbarkeit, die es hat, weil es menschliche Arbeit seinem Ursprung nach ist, — nicht daß es der jeweilige Kapitalbesitzer erarbeitet haben müßte, der kann es auch geerbt oder gestohlen haben, aber in seinem Ursprung ist es menschliche Arbeit, — hat man einmal erkannt, daß die Habgier des Kapitalisten den Kapitalgewinn nicht macht, sondern weil das Kapital gewinnt, darum es auch Kapitalisten geben kann, die damit wagen, so wird man nichts mehr erwarten vom ewigen Klassenkampf, von der Lehre, daß das Kapital vom Raub an der Arbeit besteht, von dem Versuch, den Mehrwert für die Lohnarbeiterschaft anzueignen. Diese Lehren blenden; aber indem sie blind machen für das Wirkliche und Mögliche, schaden sie dem Arbeiter.

* * *

Nun wird man sagen: Das ist ja eine trostlose Lehre. Der reine Fatalismus. Laßt alle Hoffnung fahren! O nein. Ich würde es nicht wagen, vor die deutschen Arbeiter hinzutreten, wenn ich weiter nichts wüßte, als ihnen die Hoffnung zu nehmen. Aber ehe ich zum Neuen übergehen kann, möchte ich die Arbeiter zu der Anerkennung bringen, daß die bisherige Politik des Klassenkampfes und des Streiks den Arbeitslohn nicht erhöht hat und niemals erhöhen kann, weil die Verwüstungen allemal größer sind als der Gewinn. Manchmal sind vielleicht Streiks nötig, wie der Krieg nötig ist; aber einen wirtschaftlichen Vorteil werden sie nicht bringen. Denn aus Arbeitsniederlegung, Minderarbeit, Schädigung der gemeinsamen Ernte werden in der Regel mehr Mangel und Entbehrungen folgen als Gewinn. Es liegt mir fern zu behaupten, das jeder Streik notwendig unrecht oder unklug wäre. Denn gegen offenbares Unrecht gibt es nur offenbare Gewalt. Aber ich behaupte, daß der grundsätzliche Streik und Klassenkampf unrecht und töricht ist.

Dagegen etwas, was zehnmal mehr auf den Lohn des deutschen Arbeiters einwirkt, als alle diese vergebenen Mühen des Klassen-

kampfes, das ist das Eindringen der ausländischen Arbeiter auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Und zwar hält es den deutschen Arbeitslohn auf einer viel niederen Stufe fest, als er ohnedem erreichen könnte. Darauf möchte ich fernerhin die schärfste Aufmerksamkeit lenken. Vor mehr als hundert Jahren lehrte Malthus, der Mensch vermehre sich immer schneller als seine Unterhaltsmittel, und aus dieser Lehre ist die sozialistische Lehre von der industriellen Reservearmee entstanden, die, von den Maschinen aufs Pflaster geworfen, nun den Arbeitslohn so lange unterbietet, bis er auf dem Existenzminimum angelangt ist. Diese Behauptung kann heutigen Tages der Wirklichkeit gegenüber nicht mehr aufrecht erhalten werden. In Deutschland leben heute drei mal mehr Menschen als vor hundert Jahren, und zweifellos leben sie zumeist besser, gesünder, reichlicher. Die Fruchtbarkeit der menschlichen Arbeit ist schneller gewachsen als der menschliche Bedarf, mindestens bei den Kulturvölkern. Woher kommt das? Nun die immer weiter gehende Eröffnung der Erde, welche eine Arbeit des menschlichen Wissens und Könnens ist, hat ungeheure Mengen neuer Arbeitsgelegenheiten und Lebensmöglichkeiten geschaffen. Europa und allenfalls noch Nordamerika sind die beiden großen Städte der Welt, auf denen von den Provinzen aus alle Güter zusammengetragen werden. Hier werden die rohen Güter zum weiteren Verbrauch verarbeitet. Hier ist der Markt der Welt; von hier aus pulsiert die ganze Weltwirtschaft. Das wird in Zukunft erst recht so sein, wenn das deutsche Volk Wagemut und wirtschaftliche Kraft behält. Nun je mehr fruchtbare Arbeit da ist, die bewältigt werden muß, um so mehr steigt der Arbeitslohn. Die zunehmende Arbeitsgelegenheit hat auch den deutschen Arbeitslohn gesteigert. Aber sie würde ihn noch ganz anders gesteigert haben, wenn nicht der Wettbewerb ausländischer Arbeiter ihn gedrückt hätte. Es liegt seit 20 Jahren wie ein barometrisches Maximum von Arbeitsgelegenheit oder Minimum von Arbeitsangebot über Deutschland. Da branden nun, wie von gewaltigen übermenschlichen wirtschaftlichen Kräften getrieben die Nachbarvölker über unsere Grenzen herein, um an dieser Vermehrung von Arbeitsgelegenheit teilzunehmen, die Italiener, Holländer, Dänen, Tschechen, Polen und Ruthenen; zum Vorteil des deutschen Kapitals und zum Nachteil des deutschen Arbeiters, der ganz andere Zeiten erleben würde ohne diesen Wettbewerb.

Wirklich zum Vorteil des deutschen Kapitals? Nein, ich bestreite das mit aller Entschiedenheit. Diese Einwanderung ausländischer minderwertiger Arbeitskräfte kann nur sehr kurzsichtigen Augen als ein Vorteil erscheinen. Weil nämlich die Güte der Lohnarbeit nicht gleichgültig ist, sondern von großer Bedeutung für die Fruchtbarkeit der Arbeit. Vorhin habe ich gesagt: Das Kapital hat die Eigenschaft, die Fruchtbarkeit der lebendigen Arbeit zu erhöhen. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte der Gesamtfruchtbarkeit hängt ab von der Leistung der Lohnarbeit. Welche Arbeit ist denn die billigste des Weltmarktes? Etwa die indische, die 20 Pfg. für den Kopf kostet, oder die russische oder die italienische? Nein, sondern die höchstbezahlte Arbeit, die des amerikanischen Industriearbeiters, des englischen oder deutschen Arbeiters, ist, wenn man sie auf das Erzeugnis berechnet, die billigste Arbeit des Weltmarktes, und keine andere kann sie schlagen. Sie ist die billigste, obwohl hochbezahlt, weil sie die fruchtbarste ist. Und darum ist sie die fruchtbarste, weil es möglich ist, ihrer Geschicklichkeit und ihrer Gewissenhaftigkeit die wunderbarsten Maschinen anzuvertrauen, welche ihr diesen höchsten Grad von Fruchtbarkeit geben. Übrigens ist dasjenige, was am meisten zur Wertigkeit der Arbeit hinzutut, nicht die Intelligenz, sondern der Charakter der Arbeit, wie denn überhaupt an einem Menschen in allen Lebenslagen der Charakter wertvoller und wichtiger ist als die Intelligenz. Treue, Zuverlässigkeit, Ausdauer geben der Arbeit die höchste Fruchtbarkeit. Dagegen Untreue ist die größte Verwüsterin wirtschaftlicher Kraft. Nun aber, wenn eine ausländische, kulturfremde, sprachfremde Arbeiterschaft sich unter die deutsche mischt, eine Arbeiterschaft, welcher sowohl die durchschnittliche Intelligenz fehlt, fehlen muß, schon weil ihr die Landessprache und Landeskenntnis fehlt, und der auch die deutsche Treue und Zuverlässigkeit fehlt, so muß das ganze volkswirtschaftliche Instrument Lohnarbeit minderwertiger werden. Es wird weniger leisten und darum auch weniger Lohn empfangen, zum Schaden des deutschen Kapitals, der deutschen Volkswirtschaft und zum bitteren Schaden des deutschen Arbeiters. Ist es denn nicht der Sinn unserer unentgeltlichen Volksschulerziehung und des allgemeinen Schulzwanges, den wir seit mehr als hundert Jahren haben, daß wir der Ansicht sind, es wäre nötig, jedem Kinde die Fähigkeit zu geben,

an der großen deutschen Kultur teilzunehmen, nötig um seinetwillen, und um des deutschen Volkes willen, und jeder Knabe werde, mit diesem Wissen ausgerüstet, die Kraft haben, seinen Unterhalt selbst hervorzubringen? Das ist auch richtig. Solange jede Generation von Menschen diese durch Kultur erhöhte Arbeitskraft mitbringt, kann es keine Übervölkerung geben. Hochkultur schafft mehr als ihren Unterhalt. Die Arbeit ist ja die Quelle aller Werte. Darum besteht der wahre und letzte Reichtum eines Volkes nicht in Kapitalien, Fabriken, Maschinen — die alle sind ja Werke menschlichen Geistes —, sondern besteht in der gut ausgebildeten Jungmannschaft, die es auf den Acker der Zukunft werfen kann, besteht nicht in Sachen, sondern in Menschen und zwar in solchen, die durch ihre Erziehung zu einer wirtschaftlichen Kraft hohen Ranges geworden sind.

Welcher Widersinn nun, welche Torheit, welche Verwüstung der langen Kulturarbeit von Jahrhunderten, wenn wir zu unserer deutschen Arbeit kulturlose Wüstensöhne hereinrufen, die den deutschen Arbeiter vor das schauerliche Entweder — Oder stellen: Steige herab zu uns, oder verschwinde!

Es gibt Leute, welche in dem Irrtum befangen sind, jede Hochkultur brauche Sklaven; diese Art kulturloser Arbeit würde nur dazu dienen, die materielle Hochkultur zu erhöhen. Wie falsch! Die letzten Sklaven sind gerade darum abgeschafft, weil man die Einsicht gewonnen hatte, daß ihre Arbeit, obwohl billig, doch verschwenderisch und viel unfruchtbarer ist, als die des freien Arbeiters. Gerade so hier. Diese minderwertige Arbeit wird die deutsche Arbeit auf einem geringeren Grade der Fruchtbarkeit festhalten zum allgemeinen Schaden, wenn wir diesen Fehler nicht einsehen.

Nun aber befördern wir noch diese ausländische Konkurrenz; denn unsere Lebensmittelzölle haben ja nicht nur die Wirkung, sondern geradezu die Absicht, einen Abstand herzustellen zwischen dem Inlandpreis und dem Auslandpreis. Dadurch begünstigen sie den Unterhalt der im Ausland lebenden Familien und setzen gerade eine Subvention, eine Importprämie auf die Einfuhr ausländischer Arbeiter. Es ist ganz unmöglich, daß sich der deutsche Arbeiter, sowohl der auf dem Lande, als der in den Städten, gegen solche Unterbietung halten könnte. Darum sollten die deutschen Arbeiter

es zu ihrer Forderung machen: keinen Zollschutz mehr für die deutsche Ware, das deutsche Korn, Eisen, Fleisch, ohne daß zugleich Zollschutz gewährt würde dem wertvollsten Erzeugnis unserer Kultur, der lebendigen deutschen Arbeit. Das ist die unausweichliche Konsequenz des Schutzzolls.

Die deutschen Arbeiter haben bisher freilich oft verlangt, daß die Schutzzollpolitik, die Politik der Lebensmittelverteuerung, überhaupt beendigt werde. Aber es ist zweifelhaft, ob das Fallen des Schutzzolles zum Heile des Arbeiters ausschlagen würde. Die Höhe des Arbeitslohnes hängt ab vom Wachstum der Arbeitsgelegenheit, und für den großen Wettkampf der Kulturvölker auf dem Weltmarkt ist ein kaufkräftiger, großer, geschützter Innenmarkt eine Quelle der Kraft. Durch ihren großen Binnenmarkt ist die deutsche Volkswirtschaft der englischen und beinahe auch der amerikanischen überlegen. Das ist sehr viel wert. Es scheint aber noch aus einem anderen Grunde unverantwortlich leichtfertig, den deutschen Arbeiter auf das Fallen der Schutzzölle zu vertrösten. Nämlich weil es höchst unwahrscheinlich ist, daß dies Ereignis in absehbarer Zeit eintritt. Alle großen Kulturvölker haben ihre Riesenhaushalte auf diesen Einnahmen aufgebaut, und werden große Mühe haben, auch nur, wenn sie zurückgehen, Ersatz zu finden. Nicht einmal die freie Schweiz ist imstande, so kurzer Hand die Lebensmittelzölle fallen zu lassen. Darum halte ich es für richtiger, daß der deutsche Arbeiter nicht nur eine Politik für eine unabsehbare Zukunft treibt, sondern auch eine für die Gegenwart. Er sollte verlangen, daß zum Ausgleich der Lebensmittelzölle, welche seinen Unterhalt verteuern, auch die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte mit einem Zoll belegt würde.

Auf dieser Grundlage sollten die deutschen Arbeiter ihren Frieden mit dem Kapital machen:

Keinen grundsätzlichen Klassenkampf mehr, keine Arbeitsniederlegungen mehr zur Niederzwingung der Unternehmer, — Streiks nur da, wo gegen persönliches Unrecht keine andere Hilfe zu finden ist.

Dafür aber von seiten der Unternehmer das Versprechen, daß ein Zoll auf den Wettbewerb ausländischer Arbeit gelegt wird, um die Kulturhöhe der

deutschen Arbeiter zu schützen. Können die Unternehmer auf diesen Pakt eingehen? Gewiß, können sie das. Denn auch sie haben ein Interesse daran, daß das wertvollste Rohmaterial der Industrie, eine intelligente und zuverlässige Arbeiterschaft, nicht fehlt. Münsterberg („Die Amerikaner") sagt über die Arbeiterfrage: „Darüber herrscht nirgends ein Zweifel, daß gerade das Selbstbewußtsein den amerikanischen Arbeiter zu einer wirtschaftlich stärkeren Kraft macht. Der amerikanische Fabrikant zahlt höheren Lohn als irgendein Mitbewerber auf dem Weltmarkt und fürchtet sich doch vor dieser Belastung nicht, weil er weiß, daß der selbstbewußte Arbeiter durch intensivere und selbständigere Leistung den Unterschied der Preise vollständig ausgleicht. Gewiß trägt die größere Ausbildung der arbeitsparenden Maschinen einen erheblichen Teil dazu bei. Im letzten Grunde ist es aber doch der persönliche Typus des Arbeiters, der es auf so vielen Gebieten dazu bringt, daß 10 amerikanische Arbeiter mehr schaffen als 15 oder, wie wir oft aus Fachkreisen zu hören bekommen, als 20 deutsche Arbeiter. Der amerikanische Arbeitgeber zieht es immer vor, mit hundert Köpfen statt mit tausend Händen zu arbeiten, wenn auch die Kosten gleich sein mögen. Und auch der profitwütigste Arbeitgeber zieht den Arbeiter, der bei ihm 30 Dollar die Woche verdienen kann, dem anderen vor, dessen Arbeit nur 20 Dollar wert ist. Je mehr der Arbeiter sich als freier Mitschöpfer fühlt, desto mehr kommt sein Witz dem Gesamtunternehmen zugute."

Mehr noch als die Intelligenz ist die Zuverlässigkeit, die Treue, die Liebe zur Arbeit wert. Die Unternehmerschaft wäre zu Opfern bereit, wenn sie dafür den Frieden haben kann, das Ende des verwüstenden Klassenkampfes, Sicherheit gegen heimtückische Streiks, gerade, wenn sie am gefährlichsten sind. Soviel ist der Friede wert.

Außerdem würde die Losung: Schutz der nationalen Arbeit des Arbeiters, wie eine Sprengbombe wirken in den Reihen der internationalen, vaterlandsfeindlichen Sozialdemokratie. Warum sehen denn die sozialistischen Arbeiter in allen unseren Staatseinrichtungen, monarchischen sowohl wie denen der Selbstverwaltung, immer etwas Feindliches? Weil sie meinen, der Staat sei nur ein

Werkzeug der Ausbeutung in der Hand der herrschenden Klassen. Nun, und wenn diese Lehre von der Ausbeutung falsch ist, erkannt als Aberglaube und Gespensterglaube: wenn dagegen das Reich die Höhe des deutschen Arbeitslohnes schützt und steigert auf dem Wege, worauf allein er zu beeinflussen ist, so werden die deutschen Arbeiter wieder beginnen, im Deutschen Reich das gemeinsame Vaterland zu sehen, die liebende Mutter, die für ihre besitzlosen Kinder die meiste Liebe übrig hat.

Siedlungspolitik nach dem Kriege

Mit Staunen sehen wir, welche gewaltige Tatkraft und Widerstandskraft das moderne Wirtschaftsleben, insbesondere das deutsche, im Weltkriege entfaltet. Gerade der hochkultivierten Volkswirtschaft unserer Tage haben wir diese Ausdauer nicht von vornherein zugetraut. Industrie und Landwirtschaft, beide sind — so lernen wir jetzt — zwei gewaltige Räderwerke, auf denen der Krieg je länger um so besser läuft. Dabei ist aber doch die Landwirtschaft das wichtigere von beiden: sie liefert ja nicht nur das männernährende Korn für das Heer sowohl wie für das Volk, und nicht nur das unentbehrliche Vieh, Schlachtvieh, Reit- und Fahrtiere, sondern sie liefert vor allem die lebendige Menschenkraft selber, die Mannschaft, ohne die alle Waffenindustrie, aller Reichtum an Geld und Nahrung nichts ist.

Der Krieg ist aber doch ein gewaltiger Zerstörer. Nach jedem Kriege hat ein Volk sehr viel zu tun, beide Nahrungszweige, Industrie und Landwirtschaft wieder in Gang zu setzen und die Wunden zu heilen, die ihnen geschlagen sind. Zumal die Landwirtschaft verlangt eingehende Pflege. Der zerrüttete Viehstamm ist nicht so schnell ersetzt, die verwüsteten Herdstätten nicht so schnell neu erbaut. Am schwierigsten aber sind zu ersetzen die Opfer, die die Landwirtschaft an ihrem kostbarsten Produkt, an lebendiger Menschenkraft, an arbeitsfähiger Mannschaft gebracht hat, — die Blutsopfer also. Zumal in Zeiten der Hochkultur, wo das landwirtschaftliche Gewerbe an sich in der Gefahr des Rückganges ist, werden diese Wunden, die der Krieg der Landwirtschaft schlägt, nicht so leicht und nicht von selbst geheilt. Darum müssen solche Völker, deren Schicksal es ist, daß sie immer wieder große, blutreiche Kriege zu führen haben, jedesmal nach dem Kriege eine großzügige nationale Siedlungspolitik betreiben, um die Verluste zu ersetzen, die der Volkskraft geworden sind. So tat Friedrich der Große nach dem siebenjährigen Kriege. Dagegen die Römer, deren Stärke auf der Höhe ihrer Kraft nicht nur in ihrer hochkultivierten Waffentechnik, ferner ihrem Reichtum, sondern besonders in ihrer unerschöpfbaren Bauernkraft bestand, haben sich schließlich zu

Tode gesiegt, weil sie die nationale Siedlungsreform, die sie brauchten, die Reform der Gracchen, nicht fertig brachten. So liegt in der Größe gerade der Keim zum Untergang.

Wie wirkt der Krieg auf die Geburtenziffer? In Friedenszeiten, besonders wenn sie lange dauern, geht bei hochzivilisierten Völkern die Geburtenziffer zurück. Wir sehen das bei unsern Nachbarn und auch schon bei uns. So fängt ein Volk im faulen Frieden an zu sterben. Und zwar, wie uns der französische Forscher Leroy Beaulieu belehrt, der diese Frage am eingehendsten und mit der ganzen leidenschaftlichen Teilnahme eines Franzosen, der sein Volk liebt, behandelt — sind es nicht rein physische Umstände, die die Geburtenziffer drücken —, sondern es ist der Geist des Volkes, die Mentalität, die das macht, der Pessimismus des Lebens, der Mangel an Selbstvertrauen des Lebens, der Respekt des Lebens vor dem Gelde. Da kommt nun der Krieg als ein großer Bekehrer und Erzieher. Indem er manchem Elternpaare den einzigen, heißgeliebten und verhätschelten Sohn nimmt und sie mit ihrem Geld in Einsamkeit, Alter und Sehnsucht zurückläßt, lehrt er, daß das lebendige pochende Blut wieder höher zu gelten habe als das tote Geld. Ein siegreicher Krieg nun gar facht den natürlichen Optimismus der Jugend zu hoher Flamme an. Der Krieg — das ist allgemeine Erfahrung — macht die Eheschließungen und die Geburtenziffer steigen. Er ändert den Geist eines Volkes. Er macht ein Volk jugendkräftiger und froher.

Es fehlt nun aber sehr viel, daß diese Änderung des Geistes, dieser Optimismus, dies Steigen der Eheschließungen und der Geburtenziffer gerade der Landwirtschaft zugute käme. Im Gegenteil, in Zeiten der Hochkultur überhaupt und besonders in Zeiten stürmischer Entwicklung nach dem Kriege wird die Landwirtschaft von alledem nichts haben. Zunächst hat die Landwirtschaft den größeren Teil der Verluste, weil sie ja immer am meisten kriegsfähige Mannschaft abgibt. Von den Kriegsgeschädigten werden ein großer Teil in die städtischen Berufe gehen, teils, weil ihre verbliebene Arbeitskraft es so gebietet, teils, weil alles mit Geld ausgestattete Pensionärtum in die Städte drängt. Außer-

dem werden die Löhne nach dem Kriege wahrscheinlich gewaltig steigen. Das bedeutet auch verstärkten Abfluß der Menschenkraft vom Lande.

Die Landwirtschaft hat für den Unterhalt des Volkslebens eine doppelte Bedeutung, nämlich erstens eine technische, das ist die, Korn, Kartoffeln und Vieh zu liefern, zweitens aber auch eine völkische, nämlich das kostbarste Erzeugnis der Wirtschaft überhaupt, das lebendige Menschenleben hervorzubringen und immer wieder hervorzubringen. Ohne eine Landwirtschaft, die das fertig bringt, würde ein Volk sterben. Denn das rein städtische Leben läßt schon die dritte oder vierte Generation der Bevölkerung, die sich ihm hingibt, verschwinden, zwar nicht bei den Reichen, wohl aber bei den Armen.

Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber, wenn sie an den Wiederaufbau der Landwirtschaft nach dem Kriege denken, pflegen nur allein deren eine Aufgabe ins Auge zu fassen, nämlich, wie recht schnell die großen Ernten an Korn und Vieh wieder hervorzuzaubern seien, und mit Recht denken sie so, denn das ist ihre nächste Aufgabe. Wegen der hohen Löhne und des Arbeitermangels denken sie mit fremdländischen Arbeitern und vorläufig mit Kriegsgefangenen zu wirtschaften, von ihrem technischen Standpunkt aus mit Recht. Eine gewissenhafte Regierung aber kann dieser Entwicklung nur mit der größten Sorge zusehen. Denn auf diese Weise werden die in der arbeitenden landwirtschaftlichen Bevölkerung entstandenen Lücken erst recht nicht ausgefüllt werden, im Gegenteil nach dem Kriege schnellstens wachsen, die Landwirtschaft wird ihren Charakter als menschenhervorbringendes Gewerbe, als Hauptquelle für den Ersatz der Heereskraft und der Volkskraft immer mehr einbüßen. Das ist der Weg, den die Römer gegangen sind. Ihre Bauernschaft führten sie auf die Schlachtfelder, indessen die Ländereien von Sklaven und Kriegsgefangenen bestellt wurden, bis schließlich der Wahrspruch galt: der römische Soldat, der die Welt erobert, hat kein Stückchen Heimaterde zu eigen. Die Folge war das Verschwinden des Landvolkes, unzureichender Heeresersatz, ausländische Kriegsvölker, Aufstand der fremdrassigen Feldarbeiter, endlich Seeräuberkriege der aufständischen Sklaven, wodurch die Kultur zum Absterben verurteilt wurde. Will ein Volk auch nach einem siegreichen Kriege nicht Einbuße an seiner Volkskraft er-

leiden, so braucht es allemal hinterher eine kräftige Siedlungspolitik. Naive ackerbautreibende Völker machen das unbewußt, Völker der Hochkultur dagegen müssen es bewußt machen. Überall ist ja auch jetzt die Rede bei uns von Ansiedlung der Kriegsinvaliden und der Kriegsteilnehmer überhaupt. Das ist eine staatspolitisch höchst notwendige Angelegenheit, nur ist sie nicht leicht, und es wird der größte Fleiß darauf gewendet werden müssen, daß sie in der rechten Weise geschieht.

Neben dieser ländlichen Siedlungspolitik nun, die der Staat aus Staatsnotwendigkeiten und um der fernen Zukunft willen treiben muß, gibt es auch noch eine städtische Siedlungspolitik, welche mehr um der Gegenwart willen und auch in etwas um der Stimmung des Volkes willen getrieben werden muß. Es gibt eine Sehnsucht nach dem Lande gerade bei der städtisch lebenden Bevölkerung. Diese scheint zu widersprechen der offenbaren Landflucht solcher sich verstädternder Bevölkerung. Aber sie ist Tatsache und erklärt sich daraus, daß das Volk ein dumpfes Gefühl hat der Gefahren, denen es entgegengeht in der steinernen, eng zusammengedrängten Welt der Mietshäuser in den Großstädten. Es will vor allem für seine Jugend etwas mehr Berührung mit der Natur, etwas mehr Freiheit in der Bewegung, etwas mehr Bodenständigkeit auch in den Städten. Daher der allgemeine Schrei nach „Bodenreform" und nach „Wohnungsreform", zwei Worte, die leider zu Schlagworten des Tages entwertet sind, die aber, richtig verstanden und aller Übertreibungen und Verstiegenheiten entkleidet, ein sehr gesundes Verlangen des Volkes umschließen, für das der Staatsmann Befriedigung, natürlich eine vernünftige und mögliche Befriedigung, suchen muß. Es muß das der Hauptinhalt sein einer klugen, volkstümlichen Politik nach dem Kriege.

Die Notwendigkeit und Dringlichkeit solcher im besten Sinne des Wortes volkstümlichen Politik wird nun nach diesem Kriege ganz ungeheuer steigen.

Dieser Krieg ist ein Volkskrieg in gewaltigem nie dagewesenen Maßstabe. Die Volksopfer sind gewaltig, aber auch die Volksbegeisterung ist gewaltig. Als schönsten und kostbarsten Siegespreis bringt unser Volk aus den Schützengräben nach Hause das Bewußtsein der

versöhnenden, der blutgetauften Eintracht, nachdem wir so lange in Klassenzank zerrissen schienen. Sollte diese neue Einheit eine Illusion sein? Wehe dem, der zuerst an diese Illusion rührt. Die Sozialdemokratie hat ihren antinationalen Charakter abgelegt, ein Ereignis von umwälzender Bedeutung für unsere innere Politik, für die Stellung der Staatsregierung und den Aufmarsch der Parteien. Ob sie ihn wirklich für immer abgelegt hat? Regierung und staatserhaltende Parteien dürfen am letzten sich einen Zweifel merken lassen. Sie müssen diese Möglichkeit mit aller Kraft festzuhalten suchen. Die nächste Folge aber dieses Zustandes wird sein, daß wir eine gewaltige „sozial" gesinnte Mehrheit in der öffentlichen Meinung und in den Parteien haben werden. Diese werden „Sozialpolitik" und nochmals „Sozialpolitik" verlangen, und wo wäre der Staatsmann, der diesem Verlangen mit gewaltiger Nervenkraft und voller Lust zur Verantwortung zu begegnen, zu widerstehen wüßte? Auch der Stärkste wird dieser Woge nur dann stand zu halten vermögen, wenn er der falschen, volksverderbenden Sozialpolitik, der Politik der Geschenke, welche meint das Volk belohnen zu müssen, die gesunde, ehrliche, dem Volke wirklich wohltätige Sozialpolitik entgegenzusetzen unternimmt. Generallandschaftsdirektor Kapp in Königsberg, ein Mann großer Ideen und kraftvollen Wollens hat die Vorzeichnung und den Umriß solcher gesunden Sozialpolitik gegeben, die gegründet werden müßte auf die Befreiung der Unternehmungskraft des einzelnen, auf den Geist der Selbsthilfe und des Selbstvertrauens und auf den Grundsatz, daß kein Bürger einen Anspruch auf Geschenke vom Staate habe, jeder aber einen Anspruch, daß ihm Hilfe und Freiheit vom Staate werde, um aus eigner Kraft vorwärts zu kommen: Das wäre eine Politik, ähnlich der des Freiherrn vom Stein vor hundert Jahren, die an die sittlichen Kräfte im Volke und im Einzelnen sich wendete.

Ein Hauptstück in solcher rechten Sozialpolitik würde nun sein eine Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums, eine allgemeine Siedlungspolitik also: denn eine Scholle von der heiligen deutschen Erde in Stadt oder Land hat für den einzelnen, der sich ihr zuwendet, eine gewaltige sittigende Kraft, für ihn und seine Familie. Es ist der beste Schutz gegen den Umsturzgeist, den

Geist des Neides, den Massengeist, den Geist, der die Familie zerstört; es liegen außerdem darin ganz gewaltige wirtschaftliche Vorteile, an denen sich die Kraft des einzelnen entwickeln kann, an denen sich schon die Phantasie der Jugend, die darauf groß wird, stärkt. Es ist hier viel vom einzelnen die Rede. Daraus kann man ablesen, daß es eine Politik des Individualismus ist, die hier entgegengesetzt wird dem krankmachenden Sozialismus, der in der Hochkultur die Völker befällt. Und nochmals sei es gesagt, diese Siedlungspolitik darf, wenn ihr Geist rein bleiben und seine Vorteile ganz entfalten soll, nicht gemacht werden durch irgendwelche Geschenke etwa auf Kosten der vorhandenen Eigentümer an die zukünftigen, durch ungerechte Enteignung oder durch Steuerdruck gegen die Besitzenden, wie es die Politik des Neides macht, sondern nur nach ehrlichen wirtschaftlichen Gesetzen. An solcher Politik hätten gerade die vorhandenen Grundeigentümer das allergrößte Interesse, denn sie ist für sie der wirksamste, vielleicht der einzige Schutz gegen die wachsende Begehrlichkeit und die nach dem Kriege sicherlich ins Maßlose umschlagende Selbstüberhebung der großstädtischen besitzlosen Massen. Warum sagen wir, daß keine Sozialpolitik der Geschenke auf Kosten der Besitzenden gemacht werden dürfe? Nicht um den Besitzenden zu schonen. Dazu wird nach diesem Kriege keine Möglichkeit sein, er wird nicht geschont werden können. Er wird schwere Steuern zahlen müssen, soweit nur irgend seine Kraft reicht. Sondern um des Empfangenden willen sagen wir das. Denn solche Sozialpolitik bringt Unfreiheit und Ungerechtigkeit mit sich; sie benachteiligt und schädigt immer am meisten den letzten kleinen, freien Mann, der der eignen Kraft vertraut und darum nichts erhält. Die falsche Sozialpolitik bevorzugt den abhängigen Lohnarbeiter, lockt und zwingt jedermann in diesen Stand. Die richtige Sozialpolitik soll jede Art Selbständigkeit, die nur denkbar ist, bevorzugen. Dazu ist das wichtigste die Erleichterung des Erwerbes von kleinem Grundeigentum. Das gibt auch dem abhängigen und in der Großindustrie zu einem Rädchen, zu einem willenlosen Atom, gewordenen Lohnarbeiter das Gefühl der Freiheit, das er für sich und die Seinen braucht. Auch die städtische Scholle ist fruchtbar und bietet unendliche Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten. Gerade das deutsche Volk hat

eine unendliche Kraft zur Mannigfaltigkeit der Unternehmungen, eine genial-schöpferische Kraft, die aus dem Kleinsten das Größte entwickelt. Es braucht nur das kleinste bißchen Hilfe dazu, und die besteht eben darin, daß man ihm das kleine Grundeigentum erreichbar macht. In meiner Vaterstadt gibt es noch aus früheren Zeiten viel kleines Grundeigentum, Reihenhäuser von etwa 8000 Mark Wert, die zwei bis drei Familien bergen. Welche Mannigfaltigkeit von Unternehmungen findet sich da unter einem Dache zusammen, auf jeder Treppe ein kleines Geschäft, nicht zu vergessen den Hof, den kleinen Garten und besonders den kleinen Laden. Wo soll auch die welterobernde Kraft der großen Unternehmer immer wieder herkommen, wenn sie nicht einen Pflanzgarten hat, wo sie tausendfach nachgezogen wird? Solcher Pflanzgarten der Unternehmungskraft ist das kleine Grundeigentum.

Das Chaos der Geister, das nach diesem Kriege kommen wird, wird nur ein wirklich großer Staatsmann meistern können, nur ein solcher, der seine Geisteswaffen aus einem reichen Vorrat eigner ursprünglicher Ideen nimmt; ein ganz besonders bedeutendes Werkzeug des Regierens in seiner Hand wird eine dem Volk wirklich wohltätige Sozialpolitik sein, und das beste Stück solcher Sozialpolitik wird die rechte Wohnungs- und Siedlungspolitik, sowohl städtische als ländliche, sein.

Diese Vermehrung des kleinen Grundeigentums ist auch unentbehrlich für die Bevölkerungspolitik.[1]) Mensch und Erde gehören zusammen. Sie erhöhen einander gegenseitig in ihrer Fruchtbarkeit, der Mensch die Erde und die Erde den Menschen. Aber nicht jede Wohnungspolitik ist die richtige. Man verabsäume über dem Materiellen das Lebendige nicht. Das jugendliche tatenfrohe Menschenleben will die Politik der Geschenke und der Bevormundung nicht. Diese würde es ersticken, wie manchmal ein Kindlein von dem Federkissen der Mutter erstickt wird. Die Jugend will Selbständigkeit, wenn sie auch gefährlich sei, und alles Lebendige will Freiheit.

[1]) Unter dem Titel Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums werde ich demnächst eine Sammlung von Aufsätzen über Wohnungsreform und Siedlungsreform veröffentlichen.

Bodenpolitik oder Bevölkerungspolitik

Wir dürfen nicht mehr nur Bodenpolitik treiben, sondern wir müssen Bevölkerungspolitik treiben. Wir müssen uns von dem Vorurteil frei machen, daß im völkischen Kampfe das entscheidende sei der Bodenbesitz und daß es genug Klugheit sei, diesen Bodenbesitz, der uns zu entschwinden droht, mit allerlei politischen Kettchen und Schlössern festzuhalten.

Die Besitzbefestigung ist gewiß eine sehr nützliche und vernünftige Sache. Der Boden hat nun einmal keinen allezeit einlösbaren Tauschwert, sondern ist nur Rentenquelle. Darum muß seine Verpfändung den Charakter der Unkündbarkeit haben, soweit das in unserer geldwirtschaftlichen Zeit möglich ist. Das wünschen alle Grundeigentümer, die ländlichen wie die städtischen. Aber das Gesetz, was wir unter dem Namen Besitzbefestigung geschaffen haben, will nicht eigentlich Besitzbefestigung als wirtschaftliche Einrichtung für jedermann, sondern will etwas ganz anderes, will das Wiederkaufsrecht des Staates für nationalpolitische Zwecke. Das ist die Hauptsache daran. Darum sollte es eigentlich Besitzbevormundungsgesetz heißen. Ach, wo sind die Hoffnungen und Entwürfe der stolzen deutschen Nation in der Ostmarkenpolitik geblieben? Bismarck wollte mit dem Ansiedlungsgesetz den verschuldeten polnischen Grundbesitz auskaufen. Eine Politik der Offensive also. Aber die Ansiedlungskommission kauft schon lange kein polnisches Land mehr, sondern verwandelt deutsches Rittergutsland in deutsches Bauernland und in den beinahe 2 Jahrzehnten ihrer Tätigkeit ist mehr Land aus deutscher Hand in polnische als umgekehrt gegangen. Wie war das möglich? Nun, das deutsche Geld, indem es polnisches Land kaufte, hat die polnische Kaufkraft finanziert, hat die Kapitalkraft des polnischen Volkes gestärkt, hat genau so viel als es hier germanisiert hat, an anderen Orten poloniſiert oder auch mehr. Sollte man daraus nicht lernen, daß das verdammte Geld überhaupt keine Waffe im Nationalitätenkampf ist, sondern daß hier mit Blut gekämpft wird? Nun sind wir aus der Offensive ganz in die

Defensive gekommen. Dies Gesetz will den angestammten urdeutschen Besitz, der uns in den Grenzprovinzen zu entschwinden droht, mit papiernen Wällen befestigen. Aber wie im Kriege, so ist auch im wirtschaftlichen Kampf der Völker die größere Aussicht des Sieges bei dem, der sich hinauswagt ins freie Feld und seinem Arm und Mut, seiner freien Unternehmungskraft vertraut, nicht aber bei dem, der sich auf die papiernen Mauern und Wälle der Besitzbefestigtheit verläßt. So wie in der aufgelösten Feuerlinie der modernen Gefechte der Sieg gewonnen wird durch die Charaktereigenschaften des einzelnen Mannes, Selbstvertrauen, Selbstdenken, Selbsthilfe, freien Wagemut — jeder einzelne eine volle sittliche Persönlichkeit —, so auch in den wirtschaftlichen Kämpfen der Völker, wo auch mit dem Lebensblut gerungen wird, wenn auch nicht mit dem aus der Wunde spritzenden, so doch mit dem in der Ader pochenden, kommt der Sieg an das Volk, bei dem der einzelne einfache Mann am meisten freie wirtschaftliche Kraft, Unternehmungsgeist, Wagemut, Selstvertrauen und Ausdauer hat. Jeden, der sein deutsches Volk lieb hat, muß es darum mit Sorge erfüllen, daß wir bei uns schon so viel an Beamtentum, Pensionswesen, Existenzbefestigung, Berechtigungswesen, Zwangsversicherung haben, und wie alle diese Gehschienen und Krücken der wirtschaftlichen und politischen Orthopädie noch heißen mögen. Man hat Grund genug zu fürchten, daß das in Deutschland mit der Zeit eine wirtschaftliche und politische Knochenerweichung gibt, weil dadurch die Erziehung zur freien wirtschaftlichen Unternehmungskraft und Selbsthilfe leidet, mit der allein doch ein Volk siegen kann. Auf einer Versammlung des Vereins für Sozialpolitik ist einmal das Spottwort gefallen: Deutsch, treu und pensionsberechtigt. Ich hasse dieses Wort, weil es den Hintergedanken hat, die deutsche Treue, Beamtentreue, Staatstreue wäre nur ein Unterfutter der Pensionsberechtigung. Ich fürchte aber zugleich dies Wort, fürchte, daß es Wahrheit haben könnte, daß eines Tages sich herausstellen könnte, daß die deutsche Volkskraft und Tüchtigkeit verdorben wäre, aufgelöst und aufgegangen in der Pensionsberechtigung und künstlichen Existenzbefestigung. Man kann von preußischen Beamten und Offizieren, die in Posen gelebt haben, hören, daß sie lieber in polnischen, als in deutschen Geschäften gekauft haben, weil diese besser

waren. Der Deutsche denke immer, er könne auf sein Deutschtum hin faulenzen. Wie kommt das? Im Wettkampf mit dem Engländer und Amerikaner faulenzt der Deutsche doch nicht? Nun, es geht sehr natürlich zu. Über dem deutschen Volke ist ein so gewaltiges Füllhorn von fruchtbaren Arbeitsgelegenheiten ausgeschüttet, daß es seine Kräfte an Blut und Geld, an Menschen und Kapital zusammenrafft, um die Arbeit zu bewältigen, und daß es sie zusammenzieht nach den großen Werkstätten der deutschen Arbeit. Da bleibt an der nationalen Grenze ein breiter Saum von Daseinsmöglichkeiten, aufgegebenen Stellen, auch Bodenbesitz frei, in die nun das Nachbarvolk mit seinen Kaufleuten, Ärzten, Landwirten, Arbeitern einrückt. Ein ganz natürlicher und, wenn man das vorhandene Zahlenverhältnis von Blut und Brot einmal als bleibend und gegeben ansieht, auch ein ganz unvermeidlicher Vorgang. Und auch das ist ganz natürlich und unvermeidlich, daß die noch zurückbleibenden Deutschen allemal die wirtschaftlich Schwächsten, Untüchtigsten, Minderwertigsten sind. Die Tüchtigsten werden wo anders gebraucht. Darum werden die Deutschen, die sonst, wo es viel schärfer zugeht, überall siegen, hier von den Polen geschlagen. Wenn man nun sucht, diesen Rest von Deutschtum zu befestigen durch Staatsbevormundung, was wird dabei herauskommen: ich fürchte, ein Deutschtum, dessen wir uns schämen müssen: auf das das Spottwort paßt: Deutsch, treu und besitzbefestigt. Das ist das Unsittliche, daß man meint, das Deutschtum, die Deutschgesinnung kaufen, *finanzieren* zu können. In der Begründung heißt es: Die wirtschaftlichen Vorteile der Besitzbefestigung, d. h. die Zinsersparnis, wären groß genug, um es zu rechtfertigen, daß der Besitzbefestigte durch Übernahme des staatlichen Wiederkaufsrechtes auch etwas tue für die Stärkung des Deutschtums im nationalen Kampf. Ach! er opfert für diese zweifelhafte Besitzbefestigung des Deutschtums gerade den besten Teil seines Deutschtums, seine freie unabhängige Kraft, ein Krieger, dem nachts das Schwert weggenommen und stumpf geschliffen wird, damit er sich nicht verletze. Für das bißchen Zinsersparnis tauscht er die Staatsbevormundung ein.

Die deutsche Nation wird sich wohl auf Hilfen besinnen müssen, die mehr sittliche Kraft und Reinheit haben, als diese. Der Neudeutsche meint freilich, in der Politik ein

starker Mann zu sein, wenn er alle sittlichen Bedenken als Gefühlsduselei von sich wirft, hält sich damit für einen Bismarckschüler, „Realpolitiker, Machtpolitiker". Es wird aber bald genug die Zeit kommen, wo die Volksschullehrerin Geschichte dem deutschen Volke, das so materialistisch zu denken sich gewöhnt hat, wiedermal eine Religionsstunde erteilt und ihm beibringt, daß in der Politik nur die sittlichen Mächte überhaupt etwas vermögen, Geld und materielle Macht aber auf die Dauer gar nichts.

Was wäre denn erreicht, wenn in allen Grundeigentümerstellen unserer Ostmarken lauter besitzbefestigte Leute säßen, pensionierte Generale und andere schattenhafte Landwirte? Wäre darum das Land deutsches Land? Ach nein, darauf kommt es gar nicht an. Eine ungarische Herrschaft wird ja auch nicht zum deutschen Land, wenn ein deutscher Fürst sie kauft, und eine amerikanische Eisenbahn wird auch kein deutsches Unternehmen, wenn auch mehr als die Hälfte des Aktienkapitals deutsch ist. Sondern allein darauf kommt es im völkischen Sinne an, wer die lebendige Arbeit tut. Damit meine ich allerdings nicht bloß die Handarbeit, sondern auch die unternehmende und denkende Arbeit. Aber wahr muß doch bleiben, daß zum deutschen Volke der deutsche Arbeiter gehört, wenn auch nicht allein, so doch zumeist, ebenso gehört zur deutschen Landwirtschaft der deutsche Arbeiter und ohne den gibt es keine. Nicht der Besitz des Bodens erhält hier das deutsche Volk, sondern nur der Gebrauch des Bodens durch das Volk. Nicht die Pflugschar soll deutsch sein, sondern der Arm, der den Pflug führt, soll deutsch sein. Das Besitzverhältnis ist da sehr nebensächlich, auf das Arbeitsverhältnis kommt es an. Wenn wir doch endlich lernen wollten, daß es mit der Besitzbefestigung, mit dem Kampf um den Boden nicht getan ist. Ja, in feudalwirtschaftlichen Zeiten, wo Frieden Ausnahme, der Krieg die Regel ist, sind Mensch und Boden und Schwert eins. In unseren geldwirtschaftlichen Zeiten aber, wo Krieg eine seltene Ausnahme und Frieden die Regel ist, ist der Boden nur eins unter den vielen Werkzeugen der Arbeit, die eigentliche Waffe des Menschen aber ist die lebendige Arbeit. Bringt denn der befestigte Besitz mehr deutsche Schulkinder, deutsche Rekruten für das Heer hervor? Dann hat diese Politik recht.

Wir dürfen aber nicht bloß Bodenpolitik treiben, sondern müssen Bevölkerungspolitik treiben. Mit deutschen Menschen, nicht mit deutschen Grundbuchblättern werden wir siegen. Wir müssen die deutsche Landwirtschaft pflegen und erhalten, damit sie uns den deutschen Menschen pflegt und erhält, ja, auch noch vermehrt, so daß wir den ungeheuren Menschenbedarf, den wir haben, mit deutschen Menschen decken. Also befestigt den Herd des deutschen Arbeiters auf dem Lande gegen die vernichtende Arbeitsunterbietung der ausländischen Arbeiter. Das allein kann auch den Besitz befestigen.

Diese Besitzbefestigung aber durch Staatsbevormundung bedeutet nur Sand in die Augen, Zipfelmütze über die Ohren, Zeitvergeudung, Selbstbetrug. Sie stärkt den Mut des fremden Volkes, schwächt den Charakter des deutschen Volkes, ist eine Flucht hinter papierne Wälle, wo doch nichts anderes helfen kann als der Kampf mit blanken, ehrlichen und gleichen Waffen.

* * *

Wollen wir nun die richtige Bevölkerungspolitik treiben, die nicht auf das Land allein, sondern auf den Menschen sieht, so müssen wir lernen, daß es ein Irrtum ist, wenn man meint, durch die bisherigen Methoden der inneren Kolonisation das Problem lösen zu können. Die bisherige innere Kolonisation arbeitet mit Besitzübertragung, sie ist in der Hauptsache Neuansetzung von Bauern, die Arbeiteransiedlung ist noch von ganz geringer Bedeutung. Sie sieht das Ideal vor Augen: Bauerndorf an Bauerndorf bis zur Reichsgrenze. Damit macht sie den großen Fehler, daß sie den für die Volksvermehrung wichtigsten Stand auf dem Lande vernachlässigt und übersieht. Das ist der Stand der Besitzlosen. Dieser nämlich, seine Zahl, seine Breite, seine wirtschaftlichen Aussichten, bestimmt die Vermehrungskraft eines Volkes. Nicht bei dem Kleinbauer, sondern bei dem besitzlosen oder ganz besitzarmen Arbeiter ist die Zukunftskraft des Volkes zu Hause. Könnte man und würde man alle besitzlosen Landarbeiter abschaffen, indem man sie in kleinbesitzende Bauern überführt, so würde man die Vermehrungskraft des Volkes nicht stärken, sondern schwächen, stillstellen geradezu. Ich möchte diesen Stand den

fünften Stand auf dem Lande nennen, füge aber hinzu, daß er nicht dem gleicht, was man in den Städten den fünften Stand genannt hat, dem hoffnungslosen Proletarier, dem ungelernten Arbeiter, dem Lohndrücker, sondern es stellt einen sehr wichtigen und sehr gesunden Volksteil dar. Bei ihm allein wohnt die Zeugungskraft, die Vermehrungskraft des deutschen Volkes. Wo wäre sie auch sonst? Etwa bei den Gebildeten? Selbst wenn sie wollten, ihre Minderzahl macht sie bedeutungslos. Etwa bei den städtischen kleinen Beamten? Bei denen am wenigsten; denn sie sind gezwungen in ein starres, unabänderliches Maß. Oder beim städtischen Industriearbeiter? Nein, die städtisch lebende Bevölkerung ist nicht einmal imstande sich selbst zu erhalten, geschweige denn die Volkskraft zu mehren. In den Städten wird das menschliche Leben verzehrt, auf dem Lande allein wird es vermehrt. So war es immer in der Geschichte, und so wird es bleiben. Keine städtische Wohnungsfürsorge und keine schenkende Sozialpolitik wird daran etwas ändern. Kinderzucht, wie Viehzucht, gehören auf das Land. Es ist letzten Endes nicht der Nahrungsspielraum, sondern der Luftspielraum, der für das junge Leben das wichtigste ist. Den gibt es nur auf dem Lande. Darum wird auch ein hochstehender, gut gehaltener Industriearbeiterstand, dem es an Zukunftsaussichten nicht fehlt, doch für die Zeugungskraft und Zukunftskraft eines Volkes wenig ausmachen. Nur bei der ländlich wohnenden Bevölkerung und zwar bei der besitzlosen, wohnt die Zukunft des Volkes.

Wenn doch in diesem Stande der Vater zu seinem Sohne sagen könnte: mein Sohn, ich habe dir in einer guten Familienerziehung Pflichtbewußtsein und Tüchtigkeit mitgegeben, der Staat hat dir durch die Volksschule Kenntnisse und Fertigkeiten mitgegeben, mit denen du alles erreichen kannst, das Reich hat dir durch seine Wohlfahrts- und Arbeiterschutzgesetze eine gute physische Gesundheit mitgegeben. Das ist alles, was du für das Leben brauchst. Rege deine Glieder, gebrauche deine Kenntnisse, bewähre deine Tüchtigkeit, so wird es dir nicht fehlen. Dieses ist der Reichtum des Besitzlosen, und dieser Reichtum ist mehr wert, als Besitz. Denn die Arbeit und nicht die Materie ist der Urquell alles Wertes. Du brauchst dich darum nicht zu scheuen, sechs Söhnen und Töchtern das Leben zu geben, so wenig wie ich es getan habe. Wenn du sie nur so ausstattest, wie ich dich

ausgestattet habe so wirst du an Dank mehr ernten, als du gesät hast. Dank wofür, fragst du? Dafür, daß du das Leben hast. Denn das Leben überhaupt ist das kostbarste Geschenk, — und außerdem dafür, daß du in dieser herrlichen deutschen Welt leben darfst. Vererben tue ich dir nichts als das, was du an Gaben an dir trägst: Schönheit, Gesundheit, Tüchtigkeit. Aber das Vaterland vererbt dir etwas: Dein Erbe ist die Arbeitsgelegenheit in deutschen Landen unter dem Schutz und der Führung der deutschen Waffen, hier in der Heimat und im deutschen Neuland. Gebrauche sie, so gewinnst du die Zukunft. Du bist ihr Herr und Erbe. Denn es ist ein uraltes Lebensgesetz, daß die Besitzenden sterben und die Besitzlosen erben. So viel Lebensmut du hast, so viel große herrliche deutsche Zukunft wird es geben. Aus dir heraus sollst du sie schaffen.

Aber der Sohn wird antworten: Vater so ist es nicht. Du betrügst dich und mich. Die Arbeitsgelegenheit auf deutscher Erde ist nicht mein Erbe; sondern ich muß sie teilen mit dem Fremdling, dessen Arbeit billiger und dessen Ehrgefühl weniger reizbar ist. Langsam aber stetig dringt die Woge fremden Blutes in die unteren Räume der Volkswirtschaft und verdrängt das deutsche Blut. Das nimmt mir in meinem Stande die natürliche Vermehrungskraft und dem Vaterlande nimmt es den zukünftigen Heeresersatz. Helfe dem wer kann, — ich kann's nicht. Ich verlasse diese unteren Räume, verlasse den Pflug, die Hacke und das Vieh, nicht weil ich die frische freie Luft, die über die deutschen Felder weht, nicht mehr liebte, sondern weil ich mit dem Fremden nicht an einem Tische sitzen mag und kann; ich gehe in die Stadt, werde gehobener Arbeiter und beschränke meine Nachkommenschaft. Es geht über meine Kraft, die deutsche Zukunft zu retten.

Volk und Volksschule

Vortrag gehalten vor dem Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik 1914.

1. Die Bedeutung der Schullastenverteilung

Das wichtigste Produktivmittel der Volkswirtschaft ist das Menschenleben. Ich meine nicht dasjenige, welches überhaupt der Herr in der Volkswirtschaft ist, aus dessen Hand und Willen aller geschaffene Wert stammt, das unternehmende Menschenleben, sondern ich meine dasjenige, welches dient, die Lohnarbeit. Diese ist das wichtigste Produktivmittel in der Volkswirtschaft, wichtiger als Kohlen und als Erze. Es ist die Vorbedingung einer blühenden Volkswirtschaft, daß es weder an Güte noch an Menge dieses unentbehrlichsten Rohmaterials fehle. Denn es ist die Intelligenz des Arbeiters, auch die des Lohnarbeiters, die die Arbeit fruchtbar macht, und mehr noch sind es die sittlichen Eigenschaften, die Gewissenhaftigkeit, Sorgfalt, Ausdauer des Arbeiters, welche die Arbeit fruchtbar machen. Ausländer behaupten, daß es der besondere Vorteil der deutschen Arbeit im Wettbewerb auf dem Weltmarkt sei, daß sie den deutschen Arbeiter habe, der durch die deutsche Schule und Heereserziehung hindurchgegangen ist, wodurch er an Ordnung und Disziplin gewöhnt ist. Ich meine aber für den Begriff: Disziplinierbarkeit des deutschen Arbeiters ein besseres Wort zu haben. Es ist nämlich dies nichts anderes als die urdeutsche Eigenschaft der Treue, der Gewissenhaftigkeit, welche den Stolz und die Ehre des deutschen Arbeiters ausmacht oder doch ausmachen sollte.

An diesem unentbehrlichen Rohmaterial der Volkswirtschaft beginnt es bei uns zu fehlen, und weil es fehlt, so werden minderwertige Surrogate, ausländische Arbeitskräfte, an seine Stelle gesetzt. Das wird auf die Dauer die Fruchtbarkeit der Arbeit verringern, wegen der geringeren Intelligenz des Arbeiters — denn er ist sprachfremd und landfremd —, mehr noch wegen der geringeren Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit dieser Arbeitskräfte. Bei solchem Ersatz der Einheimischen durch Ausländer sind aber nicht

nur die wirtschaftlichen Bedenken, sondern vor allem die politischen Gefahren zu beachten. Nicht nur für den Staat und das Volk im ganzen bestehen solche Gefahren, sondern auch für dasjenige, das uns hier am nächsten angeht, für ein blühendes Städtewesen und Gemeindewesen, das wahrhaft volkstümlich, im besten Sinne des Wortes demokratisch ist, ist es von ungeheurer Wichtigkeit, daß die in solchen Gemeindewesen so eng zusammengebundenen Stände, reich und arm, gebildet und ungebildet, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Blutsbrüder seien und auch im Streite noch einander als solche achten. Wo das nicht der Fall ist, wird der Kampf der Interessen zur tödlichen Feindschaft. Was aus solchem Städtewesen wird, sehen wir an den böhmischen Städten, die einst rein deutsche Städte waren. Wer ist dort der Besitzende, Steuerzahlende, Arbeitgebende? der Deutsche. Wer ist der Besitzlose, Arbeitnehmende? der Tscheche. Wer aber ist der politische Herr? Im Namen der Demokratie der Tscheche, und er wird solange der deutschen Unternehmung und dem deutschen Besitz die Steuerschrauben anlegen, bis nichts mehr davon übrig ist. Also bleiben wir im Interesse unserer Städte bei der deutschen Arbeitskraft.

Aber woher soll der Nachwuchs der deutschen Arbeitskraft kommen? Nirgend anders her als vom Lande. In den Städten wird das menschliche Leben verbraucht und verzehrt, auf dem Lande werde es ersetzt und vermehrt. Das Land ist nicht nur dazu da für die Städte hervorzubringen Korn, Milch, Eier und Fleisch, sondern es soll auch liefern das kostbarste Erzeugnis des Landes, den lebendigen Menschen. Darum brauchen wir innere Kolonisation. Richtig bestimmt ist innere Kolonisation nicht dazu da, die Menschen auf dem Lande zu halten, sondern im Gegenteil den Menschenbedarf der Städte zu decken und dabei doch die volle Kraft des Stammes auf dem Lande zu erhalten, damit das Land weiter liefern kann, dazu ist sie da. Innere Kolonisation brauchen wir also nicht nur um des Staates und um des ganzen Volkes willen, sondern ganz besonders auch um der Städte willen. Denn die städtische Hochkultur besteht und vergeht mit dem Strom lebendigen Menschenlebens, des unternehmenden und des lohnarbeitenden, der ihr vom Lande her zufließt, und diese Schornsteine der Industrie würden aufhören zu rauchen, wenn sie nicht mehr geheizt würden mit dem kostbarsten Rohmaterial, was es gibt, dem arbeitsamen Menschenleben.

Das schlimmste Hindernis der inneren Kolonisation, wie sie sein soll, ist die ungerechte, ungleiche, unzweckmäßige Verteilung der Kulturlasten, der Lasten der Reproduktion des Lebens, insbesondere der Volksschullasten. Ich sage der inneren Kolonisation, wie sie sein soll. Sie sollte nämlich sein eine freie Selbstbesiedelung des Landes durch das Volk, durch die von jeder entbehrlichen Fessel befreite, tausendfach wiederholte Unternehmung des kleinen Mannes, nicht aber sollte sie bleiben, was sie bisher ist, eine mühselige und doch immer unzureichende Arbeit nur der Behörden. Volksarbeit, nicht Staatsarbeit sollte sie sein. Gerade aber einem freisinnig angelegten Siedlungswesen steht immer das Bedenken der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Lasten entgegen. Es geht tatsächlich vom Lande ein Strom, welcher nicht nur Menschenverlust ist, sondern Verlust an wirtschaftlicher Kraft. 200 000 Menschen jährlich gibt das Land ab. Das Land läßt es sich viel Arbeit und wirtschaftliche Werte kosten, den jungen Menschen groß zu ziehen. Ist er aber groß gezogen, so geht er in die Städte und in die Industrie, bringt denen seine wertvolle Arbeitskraft, die jetzt imstande ist den Wert wiederzugeben, den sie gekostet hat, und mehr als das, denn die Arbeit schafft ja mehr als ihren Unterhalt. Er hilft den Reichtum der Städte aufbauen, das Land aber erhält nichts zurück von dem, was es geopfert hat. Auf die Dauer aber erhält sich eine wirtschaftliche Leistung nur dann und kann nur dann auf die Dauer fortgesetzt werden, wenn der wirtschaftliche Wert wiederkehrt. Das Land verblutet sich an seiner Aufgabe der Reproduktion des Lebens. Was es aus allgemeinen Staatsmitteln an Zuschüssen erhält, reicht an die Größe des Opfers nicht heran. Innere Kolonisation wird in den gegenwärtigen Zuständen dies Mißverhältnis nur verstärken. Darum sind alle Stände, die auf dem Lande etwas zu sagen haben, die Gemeindevertreter, die Steuerzahler, die Grundeigentümer, ganz gleichgültig ob es Bauern sind oder Rittergutsbesitzer, wenn sie platonisch auch noch so sehr Freunde sind der inneren Kolonisation, doch im Einzelfall und in der Tat deren Gegner, sind interessiert gegen innere Kolonisation. Denn innere Kolonisation, indem sie den Stand der Besitzarmen oder -schwachen vermehrt, vermehrt die Opfer des Landes. Sie handeln alle im Einzelfalle, ob sie es wissen oder nicht, im Sinne der Ver-

ödung des Landes, der Selbststerilisierung des Volkes, im Sinne der Verdrängung des Standes der Besitzlosen und Besitzarmen, von denen doch nun einmal die Ergänzung und Vermehrung des Lebens ausgehen muß. Wollen wir das ändern, so müssen wir handeln wie der Steuermann, der, wenn er erkannt, daß sein Schiff falschen, gefährlichen Kurs hält, es herumwirft auf die andere Seite lieber zuviel als zu wenig. Wir müssen die Vermehrung des Lebens zum guten Geschäft für das Land machen und für alle, die damit zu tun haben, die Gemeinden, die Steuerzahler, die Grundeigentümer auf dem Lande. Während bisher kommunalwirtschaftlich gesprochen die Vermehrung des Lebens für die Gemeinden auf dem Lande eine Zuschußverwaltung ist, sollte sie zu einer Überschußverwaltung gemacht werden, damit die Gemeinden auf dem Lande sich freuen dürfen zu wachsen, wie gegenwärtig blühende Städte sich freuen dürfen, wenn sie wachsen, weil sie glauben dürfen, daß mit dem Menschenleben ihre wirtschaftliche Kraft wächst.

Es ist dies eigentlich ein Teil eines viel größeren Problems, welches meisterhaft dargestellt ist von dem Senior der französischen Nationalökonomie Leroy-Beaulieu. Er beschreibt die Entvölkerung und die Entnationalisierung Frankreichs. Er klagt: es werde in 150 Jahren keinen wahren Franzosen, keine reine französische Sprache, keinen echten französischen Geist und keine französische Kunst mehr geben, die doch einstmals Europa erfüllt haben. Und warum? Parce que les enfants ne sont plus remunératifs. Weil Kinderreichtum nicht mehr Reichtum an sich ist, sondern Armut ist. Das war nicht immer so. Sondern bei jugendlichen, z. B. auch kolonialen Völkern ist Kinderreichtum Reichtum an sich. Das ist auch das natürliche. Denn das Leben ist ja die Quelle alles Wertes. Aber in der Hochkultur wird die Reproduktion des Lebens immer mühsamer und kostspieliger. Das Leben erlahmt an seiner wichtigsten Aufgabe. Und die Torheit der Gesetzgeber verstärkt diese gefährliche Entwicklung durch beständige Verlängerung und Verteuerung der Karrieren, durch Vermehrung und Verlängerung des Schulzwanges — man bedenke nur, was früher eine Sommerschule war und was sie heute ist, — durch die Kinderschutzgesetze und die sozialpolitischen Gesetze, welche der kleinen Familienunternehmung feindlich sind, sorgen sie dafür, daß die Kinder für die Eltern immer weniger remunératifs werden. Wir nennen

unser Jahrhundert das Jahrhundert des Kindes, aber das Kind beginnt sich diesem Jahrhundert zu entziehen. Soll die Hochkultur nicht an ihren eignen Ansprüchen zugrunde gehen, so müssen wir darauf achten, daß die Reproduktion des Lebens für alle, die dabei beteiligt sind, die Familie sowohl, wie die öffentlichen Gewalten, Gemeinden und Steuerzahler vorteilhaft sei. Und zwar wird die Lösung dieser Aufgabe sich ganz anders gestalten in einer Welt der Freizügigkeit, als in einer Welt der Gebundenheit.

2. Die Verteilung der Volksschullast, wie sie ist.

Es gibt in Preußen *reiche Gemeinden und arme Gemeinden*, und wir wollen gleich hinzusetzen, daß der Reichtum der reichen nicht etwa deren Verdienst ist und die Armut der armen nicht etwa deren Schuld; sondern es ist die Freizügigkeit des Reichtums, die das macht — denn der Reichtum ist gegenwärtig freizügig geworden wie die Armut —; und es sind die Gesetze des Staates, die das machen, welche die Steuerlast hauptsächlich auf den Reichtum legen und dadurch der einen Gemeinde einen sehr großen Teil der Steuerkraft des Volkes zuwenden und der anderen nur einen sehr kleinen. Diese Reichtumsverschiedenheiten verhalten sich in ihren äußersten Ziffern wie 1 zu 10.

Dazu kommt, daß die *steuerreichen Gemeinden zugleich die kinderarmen sind und die steuerarmen zugleich die kinderreichen*. Hier gibt es Verschiedenheiten von 1 zu 3. Diese Verschiedenheiten nun multiplizieren sich miteinander, denn die *Kinderlast steht im umgekehrten Verhältnis zur Steuerlast*. Also kommen noch viel größere Verschiedenheiten heraus, die sich wie 1 zu 20 verhalten und noch mehr.

Die *Größe der ganzen Volksschullast* beträgt 482 Millionen (im Jahre 1911 einschließlich Bauten), und zwar zahlen davon die Steuerzahler des Staates 139 Millionen und die Steuerzahler der Gemeinde 343 Millionen. Wollen wir uns die Größe dieser Zahl veranschaulichen, so stellen wir daneben das Einkommensteueraufkommen im preußischen Staate, dieses beträgt 329 Millionen. Das bedeutet also: die Steuerlast, die die Gemeinde für die Volksschule zu tragen

hat, beträgt rund ebensoviel wie das, was der preußische Staat an Einkommensteuer von seinen Bürgern verlangt. Die Durchschnittsgemeinde in Preußen bringt rund 100 % des Einkommensteuersolls auf für die Schule. Weil nun der Steuerzahler der Gemeinde und der Steuerzahler des Staates in Personalunion leben, so bedeutet das, daß der Durchschnittsbürger neben der Einkommensteuer und Ergänzungssteuer noch einmal ebensoviel, also 100 % für das Gemeindeschulwesen zahlt.

Der Gesamtaufwand von 482 Millionen Mark, den der preußische Bürger auf einem und demselben Steuerzettel in zwei Kolumnen, nämlich als Staatsaufwand und als Gemeindeaufwand bezahlt, bedeutet nun, wenn man ihn auf den Kopf des unterrichteten Kindes berechnet, einen Aufwand von 64 Mark. So viel kostet heutzutage das durchschnittliche Schulkind an Zuschuß aus öffentlichen Mitteln; und wir wollen hinzusetzen, daß dieser Aufwand noch im Jahre 1910 bloß 55 Mark betrug, im Jahre 1900 nur 35 Mark und im Jahre 1886 nur 21 Mark.

Nun aber diese Durchschnittsgemeinde gibt es nicht, wenigstens nur als Ausnahme, und diesen Durchschnittszahler gibt es auch nicht oder doch nur als Ausnahme. Die Regel sind die Verschiedenheiten, und zwar recht große nach beiden Seiten. Da sind erstens Gemeinden, welche sehr viel mehr aufwenden als 65 Mark auf den Kopf des Kindes, nämlich 100 und 150, ja 165 Mark. Es sind das die blühenden, reichen Städte, sie setzen ihren Stolz darein ihr Schulwesen recht gut auszustatten, sie haben die Führung in der Besserung und Höherentwicklung des Schulwesens. Dessen wollen wir uns freuen. Aber um diesen hervorragenden Aufwand zu treiben, brauchen sie doch nicht die Steuerkraft ihrer Mitbürger mit 100 % der Maßstabsteuer anzuspannen, sondern es genügen schon 70 % oder gar im Grenzfall nur 40 %. Auf der anderen Seite gibt es Gemeinden, auch große Städte, die sehr gern ihr Schulwesen auch recht reichlich ausstatten würden, die aber nur 65 Mark oder gar nur 50 Mark oder noch weniger (40 Mark) für den Kopf des Kindes aufwenden können. Um aber diesen geringen Aufwand zu decken, genügt eine Anspannung von 100 % der Maßstabsteuer nicht, sondern sie müssen 150 %, 200 %, 250 % verlangen von ihren Bürgern, um auch nur das Notwendigste

zu leisten. So groß sind die Verschiedenheiten der Steuerkraft im Vergleich zur Schullast.

Will man aber die Wirklichkeit recht beschreiben, so muß man drei Arten von Gemeinden in Preußen unterscheiden. Da sind erstens die agrarischen Gemeinden, sie sind die menschenaussendenden und zugleich steuerarmen, schon weil sie in der Regel klein sind. Die Mehrzahl der kleinen Gemeinden kann nicht reiche Steuerzahler haben, auf die sie ihre Last abwälzen. Da sind ferner die industriellen Gemeinden und zwar sowohl Landgemeinden als auch große Industriestädte. Sie sind die menschenverzehrenden, zugleich aber auch noch menschenergänzenden, solange der deutsche Arbeiter noch nicht müde geworden ist der mühevollen Ergänzung des Lebens. In diesen Gemeinden findet sich die größte Kinderzahl. Zugleich sind diese Gemeinden die eigentlichen Ursprungsstätten der Reichstumshervorbringung und -vermehrung. Man sollte darum meinen, daß in ihnen die Steuerkraft und der steuerbare Reichtum säßen. Aber das ist nicht so. Denn der Reichtum ist freizügig und wandert aus von der Stätte seiner Geburt in die dritte Kategorie von Gemeinden, in die sogenannten Wohnstädte, Luxusstädte, Rentnerstädte, Vorzugsgemeinden. Den letzten Titel führen sie mit besonderem Rechte. Denn sie sind wirklich die Bevorzugten. In ihnen ballt sich der ganze Reichtum des Volkes, die Steuerkraft des Landes zusammen. Dort wird der Reichtum hervorgebracht und immer wieder verzinst, und hier wird er verzehrt. Es ist hier also nicht nur ein Gegensatz von Stadt und Land, Ostelbien und Westelbien, Industrie und Landwirtschaft, sondern außerdem ein Gegensatz zwischen Industrie und Rente. Und je mehr das Land erlahmt und ermüdet in seiner wichtigsten Aufgabe der Reproduktion des Lebens, je mehr es die eine Hälfte des Volkes, nämlich den Stand der Besitzlosen von sich stößt und nur noch Wohnsitz „von Besitzenden", großen und kleinen, wird, je mehr ausländische Arbeiter in unsere Städte und Industriebezirke einziehen, um so mehr wird jener andere Gegensatz von Industrie und Rente in den Vordergrund rücken und ein Staatsmann, der in die Zukunft sieht, sollte bei Zeiten dies ins Auge fassen. Wie die Gemeinden Großberlins sich entwickeln in Arbeitsgemeinden einerseits und Wohnsitz der Reichen oder Vorzugsgemeinden andrerseits, so wird in ganz Deutsch-

land dieser Unterschied entstehen. Machen wir uns nur einmal klar, was das bedeutet, daß ein reicher Steuerzahler, der aus einer hochbelasteten Industriegemeinde nach der Kolonie Grunewald zieht, an Steuern soviel erspart, daß er davon die Verzinsung einer Villa von 100 000 M. bezahlen kann, und wenn er nur reich genug ist, so erhält er noch den Unterhalt eines Autos dazu. Wohin das führt, das zeigt uns die Geschichte der alten Welt. Als der Kaiserfriede über die römisch gewordene Mittelmeerwelt gekommen war, da entwickelte sich eine geldwirtschaftliche Kultur, die große Ähnlichkeit hatte mit dem, was wir jetzt erleben. Reichtum und Armut waren freizügig geworden. Aus der Provinz wanderte die Rente in wenige große Kulturzentren. Folge war die Verödung und Verarmung der Provinz. Die Reproduktion des Lebens und der Arbeit versagte. Schließlich wanderte der Reichtum auch der großen Städte, selbst der Hauptstadt, aus in wenige Luxusstädte wie Bajä, und auch die Hauptstädte fielen in Verarmung und Verödung. Das Leben versiechte überall, lange bevor der Fußtritt der jugendlichen Völker diese hohlgewordene Welt über den Haufen warf. Darum richten wir bei Zeiten unser Augenmerk darauf, daß die Reproduktion des Lebens nicht dort erstickt werde, wo sie ihre Heimat haben muß.

3. Die Verteilung der Volksschullast, wie sie sein soll.

Wenn wir nun aber eine andere Verteilung der Volksschullast herbeiführen wollen, welche die Vermehrung des Lebens erleichtert, so darf doch diese Verteilung nicht vorgenommen werden nach dem Maßstab der Bedürftigkeit der Gemeinden oder der Leistungsfähigkeit, was dasselbe ist. Denn das erzieht zur Bettelei. Welche Gemeinde einmal bedürftig geworden ist, die muß es ja ewig bleiben, sonst würde sie ja der Unterstützung verlustig gehen. Sie hat keine freie Verantwortung und Entschlußkraft mehr. Bei jeder neuen Ausgabe muß sie hinhorchen, was der Vater Staat sagt, ob er auch einverstanden ist. Staatszuschüsse nach dem Maßstabe der Bedürftigkeit vernichten die Gemeindefreiheit und die Selbstverwaltung. Auf diesem gefährlichen Wege sind wir schon. Denn von seinen 139 Millionen

verteilt der Staat einen großen Teil nach dem Maßstab der Bedürftigkeit, und die Landgemeinden mancher östlichen Provinz erhalten soviel, daß vom kommunalen Charakter der Schulen nicht mehr viel übrig ist, wohlverstanden, ohne daß ihre eigenen Aufwendungen damit etwa auch nur bis auf den Durchschnitt heruntergedrückt würden. Auf der andern Seite sehen wir die stolzen und freien Gemeinden der großen Städte, die keine Zuschüsse erhalten und keine wollen, dafür eifersüchtig ihre Anrechte an der Schulverwaltuug verteidigen. Und daran tun sie recht. Denn der Anteil an der Schule ist allerdings das beste, idealste Stück der Gemeindeaufgaben überhaupt und der wertvollste Inhalt der Selbstverwaltung. Sie tun nur ihre Pflicht und verteidigen ihr Recht, wenn sie davon nichts opfern wollen. Geldopfer freilich werden sie bringen müssen, sie oder ihre Steuerzahler, wenn anders wir überhaupt einen Ausgleich der gegenwärtigen, unzweckmäßigen Verteilung zustande bringen wollen. Das ist ja der Sinn der ganzen Wandlung, daß die bisher Bevorzugten mehr und die Benachteiligten weniger zahlen sollen. Wenn wir das nicht wollen, dann sollten wir lieber die Hände vom Werk lassen und alles beim Alten lassen. Die stolzen und reichen Städte aber werden sich nur dann herbeilassen Opfer zu bringen, wenn sie einsehen und erkennen, daß sie mit diesen materiellen Opfern die Freiheit und das Mitregiment der Gemeinde an der Schule nicht vermindern, sondern vermehren. Die Gemeindefreiheit aber wird nicht verteidigt vor den Mauern derjenigen Städte, die heute noch stolz und frei sind, sondern derer, die im Begriff sind, aus Leistungsunfähigkeit ihre Mauern niederzulegen und die Allmacht des Staates hereinzulassen. Indem die glücklicheren Städte durch einen materiellen Ausgleich helfen die Selbständigkeit jener Gemeinden zu erhalten, sichern sie die Gemeindefreiheit in Preußen überhaupt und also ihre eigene auch. Die Neuordnung der Dinge soll also so beschaffen sein, daß dadurch die allgemeine Gemeindefreiheit nicht vermindert, sondern vermehrt wird.

Wenn man nun aber zum Ausgleich den Maßstab der Bedürftigkeit nicht wählen darf, so muß man objektive, rein sachliche Maßstäbe suchen, und daraus folgt, daß es nichts ist mit einem allgemeinen Kommunallastenausgleich. Denn der kommt immer hinaus auf den Maßstab der Leistungsfähigkeit oder Leistungsunfähigkeit, und das bedeutet

nichts anderes als Bedürftigkeit. Sondern man wird nach sachlichen Gesichtspunkten die einzelnen Ursachen der Ungleichheit, nämlich Schullast, Armenlast, Polizeilast voneinander trennen müssen. Es genügt auch zunächst vollkommen, wenn wir uns mit einem glücklichen Ausgleich der Volksschullasten begnügen und alles andere auf sich beruhen lassen; denn es ist anerkannt, daß das die Hauptursache der ungleichen Belastung ist.

Welches soll nun aber der gültige Maßstab der gerechten Verteilung sein? Lediglich der der Leistung. Und die Leistung wird gemessen an der Kopfzahl der unterrichteten Kinder. Um diesen Maßstab zu handhaben, dazu braucht es keine umständliche Verwaltungstätigkeit, sondern er ermöglicht eine beinahe automatische Verteilung. Die Einrichtung würde aussehen müssen, wie folgt: Aus Staatsmitteln, oder sagen wir aus allgemeinen Mitteln des Volkes, erhält jede Gemeinde 65 Mark auf den Kopf des Schulkindes, genau so viel wie durchschnittlich in Preußen ein Schulkind kostet. Also jede Gemeinde, die arme wie die reiche, und zwar als ein Recht, nicht als ein Almosen. So wären mit einem Male die Zuschüsse nach der Bedürftigkeit beseitigt.

Nachdem die Gemeinde gegenwärtig ihre Kinder in der Regel nicht mehr für sich erzieht, sondern für den Staat wie für das Volk, ist es nur in der Ordnung, daß sie die Leistung von der Gesamtheit auch voll bezahlt erhält. Man kann fragen, ob das zur Verfassung stimmt. Darüber gibt uns folgendes Bismarckwort Auskunft: „Der Staat übernimmt die Verpflichtung dafür zu sorgen, daß die Schulen auskömmlich dotiert sind. In der Verfassung steht nichts davon, daß der Staat es übernommen habe, diese seine Pflichten auf Kosten der jedesmaligen Gemeinde zu erfüllen."

Wie aber soll dieser Zuschuß von 65 Mark aufgebracht werden? Nicht durch neue Steuerlasten. Das preußische Volk im ganzen soll keinen Groschen mehr bezahlen und der durchschnittliche Steuerzahler in durchschnittlicher Gemeinde soll keinen Groschen mehr bezahlen. Wohl aber soll und muß der einzelne Steuerzahler anders zahlen, nämlich mehr in den bisher bevorzugten Gemeinden. Das ist ja der Zweck der Sache; wenn wir das nicht wollen, so können wir das ganze Werk des Ausgleichs bleiben lassen.

Zwei Wege sind denkbar, wie die Allgemeinheit diese Lasten aufbringt. Entweder die Gesamtheit der Schulgemeinden bringt die Last auf in gleicher Weise, wie von den Städten und Gemeinden die Kreislasten oder Provinziallasten aufgebracht werden oder wie von den einzelnen Invalidenversicherungsanstalten die Gemeindelast aufgebracht wird. Es ist das der Vorschlag des Herrn von Zedlitz. Oder die Last wird vom Staate aufgebracht und vom Steuerzahler in Form einer Zweckſteuer bezahlt. Ich kann zwischen beiden einen wesentlichen Unterschied nicht sehen, und halte das letztere für das Zweckmäßigere. Der Gemeindesteuerzahler und der Staatssteuerzahler leben ja in Personalunion, und die Gesamtlast wird auf einem und denselben Steuerzettel verlangt. In Zukunft würde also der Steuerzettel drei Einteilungen haben: Staatssteuer, Schul- oder Zweckſteuer und Gemeindesteuer.

Nun aber etwas sehr wichtiges: Die Gemeinde soll mit diesem Zuschuß frei wirtschaften können. Also den reichen und stolzen Gemeinden, die bisher sehr viel mehr aufgewendet haben als nur 65 Mark, nämlich 100—150 Mark auf den Kopf des Kindes, soll es unbenommen sein das Gleiche auszugeben. Und vergessen wir nicht: es wird ja auch weiterhin noch wohlhabende Gemeinden geben, die einen unverhältnismäßig großen Teil an Steuerkraft des Volkes zu verwalten haben, und auf der anderen Seite arme Gemeinden, die das nicht haben. Nur werden die reichen Gemeinden, wenn sie ihr Schulwesen auf der gleichen Höhe erhalten wollen, ihre Steuerzahler etwas mehr anstrengen müssen als bisher, obwohl noch lange nicht so sehr wie es bisher in den benachteiligten Gemeinden geschieht, nicht einmal bis zum Durchschnitt. Das ist ja der Zweck der ganzen Sache. Wenn wir dies Mehropfer nicht wollen, so sollen wir lieber ganz die Hände vom Werk lassen. Ich hoffe und glaube aber, die wohlhabenden Gemeinden werden, wenn auch mit einigem Seufzen, dies Mehropfer, das ihrer Kraft angemessen ist, bringen, um ihr Schulwesen auf der gleichen Höhe zu erhalten. Auf der andern Seite sollen die armen Gemeinden nicht gehalten sein, diesen Zuschuß nun mit Gewalt auszugeben. Sondern, wenn sie ihr Schulwesen bisher mit 50 Mark für den Kopf des Kindes zur Zufriedenheit des Staates erhalten haben, so soll es auch dabei bleiben. Und wenn die Gemeinde daraus einen Gewinn hätte, so wie manche Gemeinde einen offenen

oder heimlichen Überschuß aus ihrem Wasserwerk hat, wenn also die Schulverwaltung zu einer Überschußverwaltung geworden wäre, so wollen wir uns dessen freuen. Denn es ist ja die Absicht der ganzen Reform, die Vermehrung des Lebens zu einem guten Geschäft für die Gemeinde zu machen, damit sie sich freuen darf zu wachsen, so wie ein blühendes städtisches Gemeindewesen im allgemeinen sich freut zu wachsen.

Der Staat aber soll sich hüten, den Schulaufwand bloß um seiner selbst willen höher zu schrauben, in der Meinung damit dem Volke immer etwas gutes zu tun. Die Steigerung von 35 Mark auf 65 Mark in 13 Jahren ist wahrlich mehr als genug. Erinnern wir uns der Lehren Lebroy-Beaulieus, daß allzu kostspielige Erziehung das Leben selbst erstickt.

Nun aber kommt das Wichtigste: Die Frage, wie wirkt diese Neuordnung auf den kommunalen Charakter der Schule? Da will ich zunächst an den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 7. Mai 1914 erinnern, welcher lautet:

> Die Staatsregierung zu ersuchen eine Gesetzesvorlage zu machen zur Erleichterung des unerträglichen Druckes der Volksschullasten und bei Vorbereitung dieses Gesetzes — unter Wahrung des kommunalen Charakters der Schule — hauptsächlich die Befreiung des einzelnen Schulverbandes von der persönlichen Volksschullast in Erwägung zu ziehen.

Persönliche Volksschullast bedeutet die Besoldung der Lehrer. Hier wird also eine ganz andere Aufbringung vorgeschlagen. Es ist das der Vorschlag des Herrn v. Zedlitz. Ein Teil des Schulaufwandes, nämlich die Lehrerbesoldung, wird für Gemeinlast oder Staatslast erklärt. Nach meiner Meinung nun hat dieser Vorschlag große und schwere Bedenken gegen sich. Das was in dem Beschluß des Abgeordnetenhauses so friedlich nebeneinander steht: Wahrung des kommunalen Charakters des Volksschulwesens und Übernahme der persönlichen Volksschullast auf breitere Schultern, das wird im Leben unverträglich miteinander sein. Dabei ist es nach meiner Meinung gleichgültig, ob diese breiteren Schultern dargestellt werden durch die Gesamtheit der Schulverbände oder durch den Staat. Zwischen beiden ist kein Unterschied. Das Ende vom Liede wird sein, daß die Schule

ihren kommunalen Charakter verliert und Staatsschule wird und der Lehrerstand zum Staatsbeamtentum. Denn wer besoldet, der stellt auch an. Das aber würde enden in einer unerträglichen Uniformierung des Geistes und der Geister in Preußen.

Das große Werk von 1866 bestand darin, daß die wirtschaftliche und politische Kraft der Nation zusammengeballt wurde durch Hinwegräumung der kleinen Machtgebilde zu einer großen und geeinten Macht. Dabei soll es in alle Ewigkeit auch bleiben. Aber zugleich kam auch das geistige Leben von Dreifünfteln des deutschen Volkes unter die Gewalt des in geistigen Dingen allzu sehr zentralisierten preußischen Staates. Jahrhundertelang hat die Freiheit des deutschen Geistes gerade in der Mannigfaltigkeit der Kulturstätten, in der Kleinstaaterei ihre Heimat gehabt. Wenn der deutsche Geist in dem einen Staate verfolgt wurde, so nahm ihn der Nachbar mit offenen Armen auf (siehe Schillers Flucht). Die Allmacht des preußischen Kultusministers und die noch größere Macht seiner Geheimräte ist kein guter Tausch. Auch die Kontrolle des Landtags ist keine Gewähr der Freiheit; denn die Majorität eines Parlamentes, ganz gleich ob sie konservativ oder fortschrittlich gesonnen ist, ist immer eine noch größere Tyrannin als ein einzelner Minister. Ich könnte mir denken, daß wir um der Freiheit des deutschen Geistes willen noch einmal dazu kämen, das Regiment im Schul- und Kirchenwesen an die Provinzen, d. h. an die einzelnen deutschen Stämme zu geben, wie das im Sinne Jahrhunderte alter deutscher Überlieferung liegt. Damit solche Entwicklung nicht versperrt werde, muß der kommunale Charakter der Schule erhalten bleiben.

Worin besteht denn der kommunale Charakter der Schule? Welches ist denn jetzt das Recht der Gemeinde an der Schule? Die Gemeinde hat erstens das Recht, die Baulast zu tragen. Das ist mehr eine Last als ein Recht. Der Staat befiehlt, und die Gemeinde bezahlt. Sie hat zweitens das Recht der Lehreranstellung und -besoldung. Darin liegt das eigentliche Hauptstück des Rechtes der Gemeinde an der Schule und wie der Herr Abgeordnete Cassel sehr richtig gesagt hat, der edelste, wertvollste Inhalt der Selbstverwaltung überhaupt. Drittens gehört dazu das Recht, das Schulwesen zu vermannigfaltigen durch besondere Schularten. Das interessiert

eigentlich nur größere Gemeinden. Wie gesagt, das beste ist das Recht der Lehrerbesoldung und -auswahl. Aus diesem Recht der Gemeinde entsteht zugleich ein wertvolles Recht des Lehrerstandes, das Recht der Freizügigkeit, welches zugleich eine gewisse Unabhängigkeit bedeutet. Wenn nun, wie ich hoffe, die preußische Gemeinde und voran die großen und stolzen Gemeinden dies wertvolle Recht der Lehrerbesoldung und -anstellung nicht hergeben wollen, sondern mit Leidenschaft verteidigen, so verteidigen sie nicht nur ihr eigenes Interesse der kommunalen Selbstverwaltung, sondern außerdem auch die Freizügigkeit des Lehrerstandes und damit dessen geistige Freiheit. Sie verteidigen aber auch mehr, nämlich die geistige Freiheit in Preußen überhaupt. Denn diese wird aufs schwerste gefährdet, wenn die Volksschule ganz und gar Staatsschule wird und der Lehrerstand ganz und gar Staatsbeamtenstand.

Meine Meinung geht also dahin, daß der Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 7. Mai, welcher die Übernahme der persönlichen Volksschullast auf den Staat anbahnt, noch nicht den richtigen Weg aufzeigt, daß dadurch die Freiheit im Schulwesen und die Rechte der Gemeinde gemindert werden, daß vielmehr die Bezahlung der Leistung der Gemeinde nach der Kopfzahl der Kinder der richtigere Weg ist.

Und nun lassen Sie mich am Ende meiner Ausführungen noch einmal zurückkommen mit wenigen Worten auf das, womit ich begann: Ich sagte, das Menschenleben ist der wichtigste Kräfte schaffende Teil der Volkswirtschaft. Aber das Menschenleben ist mehr. Ziel und Ende der Volkswirtschaft ist der Mensch. Der Mensch ist nicht um der Volkswirtschaft willen da, sondern die Volkswirtschaft ist um des Menschen willen da.

Steuerlast und Steuerausgleich nach dem Kriege

Wenn auch der Krieg so ausgeht, wie wir hoffen, so werden wir doch alles andre als leichte und bequeme Zeiten haben. Wir werden nur um so mehr dann ganz Europa als der Bestgehaßte gegenüberstehen. Wir werden nur um so größere Anstrengungen zu machen haben, uns für alle Fälle stark zu machen. Wir werden nicht mehr einen beträchtlichen Teil unsrer Jungmannschaft unausgebildet sein lassen dürfen; denn das führt nur zu der Ungerechtigkeit, daß an ihrer Stelle 40jährige in den Schützengraben müssen. Die allgemeine Wehrhaftigkeit des Volkes darf nicht nur ein Ideal sein, sondern muß Wirklichkeit werden. Schon in der Jugenderziehung muß die Erziehung zur Wehrhaftigkeit beginnen; *das kostet alles Geld*. Die Heereswaffen müssen im größten Stile ergänzt und nach den Kriegserfahrungen erneuert werden. Bekommen wir neue Machtstellungen im Osten und im Westen, bessere Bollwerke unsrer Sicherheit, so wird uns auch das neue Aufwendungen kosten, und auch die Kriegsentschädigungen werden selbst im besten Falle doch nur so ausfallen, daß wir das Meiste aus eigener Kraft hinzuzutun haben werden. Strengste Sparsamkeit und strengste Auslese und Abwägung aller verschiedenen Forderungen und Bedürfnisse nach ihrer Notwendigkeit, kurz altpreußische Staatsstrenge und altpreußischer Opfermut und Sparsamkeit des Volkes wird notwendig sein, wenn wir der gewaltigen großen Zukunft, deren Tore uns dieser Krieg öffnet, gerecht werden wollen.

Wir werden einen Steuerzettel bekommen, daß uns die Augen übergehen werden. Es ist nicht wie nach dem Kriege 1870, wo das reiche Frankreich nach einem verhältnismäßig kurzen Feldzuge uns eine gewaltige Kriegsentschädigung zahlte. Es setzte seine Ehre hinein, das so schnell wie möglich zu tun, und mit Hilfe der vom Kriege unberührten neutralen Welt gelang ihm das. Auch nach dem größten Siege wird der Sieger diesmal ganz andere Erfahrungen machen. Fast alle Völker der Welt sind am Kriege beteiligt oder leiden darunter. *Kein Volk ist nach diesem Kriege reich genug,*

sofort große Kapitalzahlungen aufzubringen. Kurz, die Ansprüche an die Steuerkraft der Bürger werden enorm werden. Wir werden Reichsmonopole bekommen, Finanzzölle und nicht zum wenigsten auch höhere direkte Steuern.

Will man nun die Steuerkraft der Bürger für direkte Steuern so stark wie möglich ausnutzen, so darf man die ungeheuren Verschiedenheiten, die in der Kommunalbelastung vorhanden sind, nicht bestehen lassen. Heute gibt es reiche Städte, in denen die Gebäudewerte und die Einkommensteuerkräfte nur mit 100—150 v. H. belastet werden; andere viel ärmere Städte und ganze Provinzen gibt es, wo dieselbe Steuerkraft mit 200—400 v. H. belegt wird. Diese Verschiedenheiten entstehen nicht etwa aus guter oder schlechter Wirtschaft, sondern aus der Bevölkerungszusammensetzung, nämlich: Rentner hier, arbeitende Bevölkerung dort, dazu die Verschiedenheit im Kinderreichtum und infolgedessen an Schullasten. Das ist Verschwendung; denn gerade die reichsten und stärksten Steuerkräfte in den bevorzugten Städten, den sogenannten Rentnerstädten und Wohnstädten, tragen eine verhältnismäßig ungeheuer viel kleinere Last für das gemeine Wohl. Diese Verschiedenheiten entstehen hauptsächlich aus der Schullast, daraus daß es in den armen Stadt- und Landgemeinden viel Kinder gibt, dagegen in den reicheren Städten nur unverhältnismäßig wenig. Nun ist die Volksschule eine Staatseinrichtung. Man nehme sie auf den Staatshaushalt, so verschwinden diese Verschiedenheiten, und zugleich verschwindet die Vergeudung an Steuerkraft, die damit verbunden ist. Die Last wird gleichmäßig nach der Leistungsfähigkeit durch den Staat verteilt, die Gemeinde aber behält noch ungeheuer viel Aufgaben übrig, die sie in selbständiger Verwaltung ihrer kommunalen Steuerkräfte behandeln soll.

Wir sagten, daß den gewaltigen Staatsanforderungen und neuen Reichsbedürfnissen gegenüber, vor denen wir stehen, das Volk sich auf das Vorbild altpreußischer Sparsamkeit und Opferfreudigkeit besinnen muß. Wir wollen aber auch nicht vergessen zu erinnern an das Selbstvertrauen, den Optimismus, den Wagemut, die Zuversichtlichkeit, die das kleine, fast erdrückte Preußen in der Zeit von 1808 entwickelt hat unter der Führung seines großen Reformators Stein. Je größer die Last ist,

um so größer muß die Spannkraft sein. In den größten Geldnöten gründete jener Staat die Universität Berlin und ging zugleich mit einer Gesetzgebung größten Stils vor, die zum Ziele hatte, die wirtschaftliche Kraft, die Unternehmungslust des ganzen Volkes zu entfesseln, damit es dadurch in den Stand käme, die großen Lasten zu tragen. Alle Fesseln und Hindernisse, die dem im Wege standen, wurden mit einigen gigantischen kurzen Griffen aus dem Wege geworfen. Man kann sagen, daß die Hand des gewaltigen Gesetzgebers Stein, der ja nur acht Monate Minister blieb, in dieser kurzen Zeit eine neue Welt schuf, eine Welt des befreiten Grundeigentums, des befreiten Gewerbes und Handels, der befreiten Selbstverwaltung in der Gemeinde, wahrhaftig ein Titanenwerk! Er schuf die Grundmauern des Hauses, worin das preußische Volk hundert Jahre gelebt hat. Die andern deutschen Staaten ahmten sein Beispiel nach.

Wollen wir heute in gleicher Weise das Volk in den Stand setzen, auch große Lasten leicht zu tragen, so brauchen wir auf diesen Gebieten eine ähnliche Gesetzgebung mit demselben Ziel, die freie wirtschaftliche Unternehmungskraft des Volkes zu entfesseln, damit es sein Größtes zu leisten imstande ist. Bisher leidet bei uns die Unternehmungskraft der Großen nicht an zu vielen Hemmnissen. Ihr gegenüber müssen wir hauptsächlich bedenken, daß wir sie nicht durch allzuviel sozialpolitische Bevormundung oder durch ungeschickte Staatseinmischung bei ihrer großen volkswirtschaftlichen Aufgabe hemmen, dem Volke täglich Brot zu schaffen. Es besteht die Gefahr, daß törichter Kriegs- und Friedenssozialismus sich geradezu ein Verdienst daraus macht, die eigentliche Brotgeberin des Volkes, die freie wirtschaftliche Unternehmungskraft durch Überbesteuerung und alle denkbaren Belastungen im Namen der sozialen Gerechtigkeit zu knebeln zum bitteren Schaden des Volkes und des Staates. Was uns aber von jeher fehlt, ist ein weites und ungeheuer mannigfaltiges Betätigungsfeld auch für die kleine und kleinste Unternehmungskraft. Dem stehen allzuviel verwaltungstechnische Hemmungen entgegen. Und dabei ist die kleine Unternehmungskraft neben der großen für den Staat sogar das wichtigere, ja auch das größere Objekt. Denn die Kraft der unzähligen Kleinen ist letzten Endes in der Gesamtleistung, z. B. in der Steuerleistung mehr als die Kraft

der wenigen Großen. Hunderttausend Bauern oder Handwerker sind mehr als das größte Kruppunternehmen. Was zur freien Entfaltung der kleinen Unternehmungskraft fehlt, ist hauptsächlich der Zugang zum kleinen Grundeigentum. Denn Grundeigentum ist zu jeder wirtschaftlichen Unternehmung das wichtigste und vorteilhafteste Instrument. Es fehlt bei uns an der kleinen Bauunternehmung und Bauspekulation in den Städten, an der Vermehrung des kleinen Gewerbes und kleinen Handwerkerstandes, an der selbsttätigen Vermehrung der kleinen Bauern und Büdner auf dem Lande. Und dabei ist doch die kleine Unternehmung die unentbehrliche Pflanzstätte auch für die allergrößten und stärksten Unternehmerkräfte im Volke. Sie wachsen nach nur als eine Auslese der tausendfach vorhandenen kleinen Unternehmerkräfte. Wenn doch der Geist des Freiherrn v. Stein noch einmal lebendig würde in einem großen Gesetzgeber, der uns die Befreiung aller Volkskräfte wiederum brächte.

West und Ost

Zu diesem Thema wird in Ihrer Zeitung (Deutsche Reichszeitung Bonn) mit viel Mut und guten Gründen Stellung genommen dagegen, daß der Westen „die Schulkostenentlastung für den Osten mit übernehmen solle". Es heißt da: „Ein übleres Geschäft ist dem Westen vom Osten noch niemals angeboten worden. Möge man doch im Abgeordnetenhaus die Sache erst gründlich überlegen, ehe man zu einem solchen Vorgehen die Hand bietet."

Trotzdem wäre es sehr zu bedauern, gerade auch im Interesse der westlichen Landgemeinden, wenn mit diesem Bedenken die große und höchst ernste Frage der Aufbringung der Schullasten einfach beiseite geschoben würde, und ich möchte bitten, daß Ihre Leser sich diese Dinge auch einmal von einer anderen Seite her ansehen möchten.

Es ist ganz richtig gesagt: „Um einen Ausgleich zwischen Ost und West darf es sich nicht handeln." Das würde die westlichen Landgemeinden mitbelasten, und die würden diese neuen Lasten nicht zu tragen vermögen. Ich meine sogar, sie gehören zu denen, die durch

eine andere Lastenverteilung entlastet werden sollten. Aus der sehr treffenden Kritik Ihres Aufsatzes geht also hervor, daß nicht ein interprovinzialer Ausgleich vorgenommen werden darf, wobei die westlichen Provinzen im ganzen den östlichen Provinzen im ganzen gegenüberständen. Ich meine außerdem, daß auch nicht ein interkommunaler Ausgleich vorgenommen werden darf, wobei die Gemeinden je nach ihrer Leistungsfähigkeit entlastet oder belastet würden, weil das nicht verwirklicht werden könnte ohne schwere Verletzung der Freiheit der Selbstverwaltung. Was heißt auch schließlich Leistungsfähigkeit? Ich erinnere nur an die in jenem Aufsatze berührten Grundsteuerfragen. Eine Gemeinde kann bei verkehrter Steuergesetzgebung sehr leistungsfähig erscheinen, während ihre Bürger, insbesondere vielleicht die Grundeigentümer, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind. Darum darf nach meiner Meinung das Problem überhaupt nicht interkommunal und nicht interprovinzial gelöst werden, sondern sagen wir mal juxta provinciam et juxta municipium, auf deutsch außerhalb der Gemeinde oder um die Formel des Städtetages zu benutzen: es muß gelöst werden durch eine neue Grenzsetzung der Lasten und Pflichten zwischen Staat und Gemeinde.

Die Schule soll, wie es in der Verfassung heißt: „eine Veranstaltung der Gemeinde" bleiben. Aber der Staat soll den Schulaufwand der Gemeinde, jeder Gemeinde, bezahlen und zwar nach der Leistung, d. h. nach der Kopfzahl der unterrichteten Kinder vollbezahlen. Die Gemeinde erzieht die Kinder nicht für sich, sondern für die Gesamtheit, wirtschaftlich angesehen. Darum soll die Gesamtheit sich dafür voll erkenntlich zeigen. Das ist wirtschaftlich und ist vernünftig. Und diese Gesamtheit ist der Staat. In der Verfassung heißt es: der Staat soll zu Hilfe kommen, wenn die Kraft der Gemeinde nicht ausreicht. Der Staat handelt nur im Sinn und Geist dieser Vorschrift, wenn er diese seine Hilfe mit System und mit Gerechtigkeit verteilt.

Wie nun aber würden durch eine solche Ordnung der Dinge die westlichen Landgemeinden benachteiligt? Im Gegenteil, in dem Maße als sie menschenproduzierende Gemeinden sind, würden sie ihre edle wichtige Arbeit des Menschenerziehens und -hinaussendens erleichtert finden. Auch im Westen erziehen ja die Landgemeinden die Arbeiter für die „Industrie". Sie leiden sogar schwerer unter

diesem Mißverhältnis; denn „die große Menge der aus dem Osten und aus dem Ausland herangeholten Industriearbeiter und Bergarbeiter“ „legen mit der Schulpflicht ihrer Kinder der Landgemeinde unerschwingliche Lasten auf“. Ganz mit Recht sagt Ihr Artikel, daß es nicht geht sich an den Betriebsinhaber zu halten; denn „infolge der Vernachlässigung jeder vernünftigen Sparsamkeit im öffentlichen Leben sind Industrie und Gewerbe schon derart mit Steuern überlastet, und auch durch soviel Fürsorgemaßnahmen in Anspruch genommen, daß hier endlich Halt gerufen werden muß.“

Also ist es nichts mit einem Ausgleich zwischen Betriebsgemeinde und Wohnsitzgemeinde und auch nichts mit einer Sonderbesteuerung der Industrie. Trotzdem ist die Steuerkraft da; man muß sie nur nehmen, wo sie ist. Sie ist bei der Rente in den reichen Gemeinden, wo der renteverzehrende Reichtum sitzt, in den Vorzugsgemeinden, Wohnstädten, Luxusstädten. Aber es handelt sich auch hier wiederum nicht um die Gemeinden, sondern um die Steuerzahler in ihnen. Wenn der Staat in Form von Zuschlägen zur Staatssteuer eine Zweckſteuer, eine Schulsteuer erhöbe, so könnte er damit überall jeder armen und nicht armen Gemeinde ihre Leistung für das Schulwesen bezahlen. Dann würden sich die Verhältnisse umdrehen. Das Schulwesen, was heute eine Last ist, würde ein Vorteil, am meisten in den Gemeinden, in denen die für die Zukunft so ungeheuer wichtige Volksarbeit der Reproduktion des Lebens, der Aufzucht der deutschen Arbeitskraft, des Wachstums der geistigen und leiblichen Zukunftskraft des Volkes zu Hause ist, besonders also auch in den Bauerngemeinden des Westens.

Nun aber noch eins: in Ihrem Aufsatz wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die östlichen Provinzen sich den Schullasten entziehen können, sie ziehen zum Ersatz Arbeiter aus dem Auslande heran, „für deren Heranbildung die Ostprovinzen doch nichts getan haben. Diese Ausländer gehen nach verrichteter Saisonarbeit wieder in ihre Heimat zurück und verursachen also den deutschen Provinzen keine Armen- und Verwaltungskosten. Und wenn die Arbeiter Kinder mitbringen, ist für diese auch keine Schulfürsorge nötig.“ Dagegen die westlichen Landgemeinden können das nicht. Sie würden auf diese Weise die Schul- und Armenlasten nicht loswerden. Woran liegt das? An der

anderen Besitzverteilung. Im Osten ist die unterste Volksschicht landlos und darum sehr leicht vom Ausländer zu verdrängen. Im Westen gibt es viel Kleinbesitz. Gott sei Dank. Aber für den ländlichen Steuerzahler und Arbeitgeber ist das kein Vorteil. Denn die Arbeitskräfte, die aus diesem Kleinbesitz hervorgehen, bekommt er doch nicht, sie gehen in die Industrie. Und was den Ausländer anbetrifft, den lernen die Bauern des Westens auch kennen, aber als Industriearbeiter und Bergarbeiter, der in ihrer Gemeinde angesiedelt wird und für den sie die Schullast und Armenlast bezahlen dürfen. Gerade der westlichen Landgemeinde sollte es darum schon klar geworden sein, was für eine furchtbare Gefahr in dem Einwandern ausländischer Arbeitskräfte liegt. Es ist schlimm genug, daß unser deutsches Volk durch die historisch gewordene konfessionelle Spaltung in zwei Teile gerissen worden ist und daß es außerdem durch unser Bildungs- und Berechtigungswesen in zwei Stände zerlegt wird, einen sogenannten „gebildeten" und einen nicht gebildeten. Das ist aber alles nichts gegen die Verwüstung des Volkstums, welche durch diesen schlimmsten Auswuchs der Freizügigkeit, die freie Einwanderung der ausländischen Arbeiter, entstehen muß. In jeder einzelnen Gemeinde werden zwei feindliche Völker gegeneinanderstehen, und unser ganzes Volksleben wird dadurch vergiftet werden.

Darum meine ich, ein wahrer Staatsmann dürfte dies gewaltige Problem des Schullastenausgleiches, in welchem gerade für den Osten ein großes Geschenk — halt, nein! kein „Geschenk", aber immerhin ein großer Gewinn — liegt, nicht zur Befriedigung bringen ohne zugleich durchzusetzen, daß die Konkurrenz der ausländischen Arbeitskraft besteuert wird, so weit besteuert, daß der deutsche Nachwuchs an Arbeitskraft hochkommen kann. Was würde man zu einem Landwirt sagen, der seine wohlgepflügten und bestellten Äcker mit ungereinigtem und ungleichem Samen bestellt? Das höchste Erzeugnis der Landwirtschaft, um dessen willen die ganze Landwirtschaft überhaupt da ist, ist der Mensch, und in Deutschland ist es der deutsche Mensch. Das sage ich nicht aus Haß gegen die Fremden, aber aus heißer Liebe zur deutschen Art. Darum gehört beides zusammen, der Schullastenausgleich als ein Vorteil des Ostens und die Russensteuer als ein Opfer des Ostens.

Der Plan für die praktische Bevölkerungspolitik

Rede gehalten vor der Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes, Kleinsiedlung und Landarbeit.

Alles ruft nach innerer Kolonisation. Dies Wort ist zum Schlagwort geworden während des Krieges und wird es noch mehr nach dem Kriege werden und zwar mit Recht; denn es ist eine der notwendigsten Aufgaben der inneren Politik, wenn wir den gewaltigen Aufgaben gewachsen sein wollen, die uns bevorstehen. Es würde uns sonst das Wichtigste, die Menschenkraft, dafür fehlen. Ich bin nun der Überzeugung, daß der richtige Weg nur gefunden werden wird mit Hilfe der deutschen Landwirte, und zwar der größeren Landwirte, durch ihren Patriotismus und mit Hilfe ihrer Geschäftskunde. Wenn sie nicht den richtigen Weg auffinden, dann wird der richtige Weg verfehlt werden zum Schaden unseres Volkes und zum Schaden unserer Landwirtschaft. Dann werden die besitzfeindlichen und die agrarfeindlichen Mächte sich dieser Idee bemächtigen. Dann wird die Sache schließlich darauf hinauskommen, daß, wenn der richtige und gangbare Weg von den großen Landwirten nicht eingeschlagen wird, es allgemein heißen wird: der kürzeste Weg ist der der Enteignung und Aufteilung des Großbesitzes und seine Ersetzung durch Bauernland von einer Grenze bis zur anderen. Das würde ich aber für einen falschen Weg halten. Es ist immer besser: Enteignung kann vermieden werden. Sie ist immer der ungeeignetste Weg zur Landbeschaffung, zu teuer für den Staat und gefährlich für das Wirtschaftsleben. Ganz besonders gefährlich würde dann sich erweisen die Art, wie wir bisher die innere Kolonisation betrieben haben, nämlich durch Aufteilung ganzer Güter. Das ist ja, worauf Generallandschaftsdirektor Kapp schon lange hingewiesen hat, an sich ein unzweckmäßiges Verfahren, zumal wenn man sein Auge nicht nur auf Bauernkolonisation, sondern auch auf Kleinsiedlung richtet. Einerseits ist es zu viel, denn es vernichtet die Individualität des Großgutes, wobei immer allerlei Werte, ideelle und materielle, für immer verloren gehen; andererseits ist es zu wenig, denn auf allen unberührten Gütern

bleibt ja alles beim alten. Für Kleinsiedlung und Landarbeitervermehrung brauchen wir also vielmehr ein Abtrennungsverfahren, womöglich eins ohne Enteignung, ein freihändiges. Es ist das Verdienst der Studienkommission, hierfür den richtigen Weg aufgezeigt zu haben. Sie hat zunächst einmal betont, daß die Sache mit Bauernkolonisation allein überhaupt nicht gemacht ist, sondern daß die schwierigste Aufgabe, die wichtigere Hälfte der inneren Kolonisation, die Kleinsiedlung und die Landarbeiterfrage ist; denn nur auf diesem Unterbau wird für die Zukunft auch die Bauernsiedlung möglich bleiben. Ich möchte darauf hinweisen, daß sie bewiesen hat (ich glaube, keinem Widerspruch zu begegnen), daß auch das Verfahren der Kleinsiedlung kein Weg ist, um Landarbeiter zu beschaffen. Umgekehrt, Kleinsiedlung setzt Landarbeiter voraus, Kleinsiedlung erschöpft den Stand der Landarbeiter, Kleinsiedlung kommt ganz von selbst zum Stillstand, wenn keine Landarbeiter mehr da sind. Also das Wichtigste und zugleich das Schwierigste ist der Unterbau, die Schaffung des deutschen Landarbeiterstandes und dessen Erhaltung. Und was braucht der? Er braucht Pachtland, und zwar wie wir in der Studienkommission gelernt haben, nur 5% der ganzen Flur. Also selbst wenn von Enteignung die Rede wäre, so wäre es nur eine geringfügige Enteignung, welche niemals die Gefahr der Ganzenteignung hätte. Es wird nun mein Ziel sein, Ihnen zu zeigen, daß gerade die freihändige Abgabe von Land und zwar zum Vorteil des Besitzers möglich und denkbar ist, so daß von einer Enteignung zur Landbeschaffung für die innere Kolonisation nicht mehr die Rede zu sein braucht.

Was braucht der Landarbeiter? Zweierlei: Pachtland und Sicherung der Arbeitsgelegenheit. Landarbeiterpflege treiben zu wollen sozusagen gegen oder ohne den großen Arbeitgeber, das wäre ja vollendetster Unsinn: denn nichts hat der Landarbeiter nötiger als den Arbeitgeber. Eine Feindschaft gegen den Großgrundbesitzer ist also nicht möglich, wenn man erkennt, daß die politische Aufgabe gerade darin liegt, den Landarbeiter um des Volkes willen und nicht um des Besitzers willen zu erhalten; denn ohne Arbeitgeber keine Arbeiter. Also innerhalb der bestehenden Großlandwirtschaft, ohne deren Auflösung oder Erschütterung, ohne Feindschaft gegen sie, vielmehr nur mit ihr

zusammen ist das wirklich dauernde völkische Interesse der inneren Kolonisation zu erfüllen, und wir, die wir uns Freunde der inneren Kolonisation nennen aus den allgemeinen Ideen heraus, wir die wir keine Arbeitgeber sind und keine Besitzinteressen wahrzunehmen haben, wir müssen immer wieder betonen, daß hier durchaus zusammenfallen das wirtschaftliche Fördernis der großen deutschen Arbeitgeber und das völkische Fördernis der deutschen Nation, wenn beide Teile sich nur richtig verstehen.

Damit komme ich und muß nochmals kommen auf die Frage der ausländischen Wanderarbeiter, die gestern hier behandelt worden ist. Wenn gestern darauf hingewiesen wurde, daß die wirtschaftliche Seite dieser Sache um des Himmels willen nicht unterschätzt werden dürfe — und mit Recht; denn wir können mit allen politischen Dingen, also auch mit den völkischen Forderungen nicht aus der Wirtschaftspolitik und nicht aus der materiellen Welt heraus —, so rechnet doch auch in wirtschaftlichen Sachen jeder zu kurz, der den Menschen nur als Werkzeug zur Wirtschaft ansieht; denn letzten Endes wird der Mensch, auch der einfach arbeitende Arbeiter, zum Herren und Subjekt in der Wirtschaft, und es rächt sich auch wirtschaftlich, wenn darüber hinweggegangen wird. Das Problem der ausländischen Wanderarbeiter hat erstens eine wirtschaftliche Seite, außerdem aber eine andere Seite, die mindestens ebenso bedeutsam ist, nämlich die nationale Bedeutung, die politische, ich will einmal sagen: die politisch-sittliche Bedeutung. Ein Volk ist gleich wie die Familie nicht bloß eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine sittliche Gemeinschaft. Ich möchte diesen Begriff zusammenfassen in dem Wort: völkische Bedeutung. Diese darf nicht zu kurz kommen, ja sie wird schließlich auch über die wirtschaftliche Seite der Frage entscheiden. Mißachtet man sie eine Weile, so wird sich das rächen.

Nun ist gestern unter anderem auch von den berufenen Vertretern des landwirtschaftlichen Arbeitgeberstandes, die ihre berechtigten Bedarfe vertreten haben, die Meinung ausgesprochen worden: Warum sollen wir fremde Leute nicht hereinnehmen, sie sind in der Rasse recht gut, ziehen wir sie deutsch an, dann sind sie deutsch, sie sind — füge ich meinerseits hinzu — vielleicht eine Rasse, die in gewissem Sinne besser ist, es sind Natursöhne, großgewachsene, kräftige Gestalten, sie

haben vielleicht blondes Haar und blaue Augen, sie sind so gut wie Deutsche, also machen wir Deutsche daraus. Meine Herren, ich glaube, in einer Zeit, wo die Erde erzittert unter Rassenkämpfen, tut man doch gut, dieses Rassenproblem etwas ernster zu nehmen. Beim Menschen ist die Rasse nicht allein etwas Körperliches, sondern zugleich etwas Geistiges, ist eine Sprachgemeinschaft, eine nicht angelernte, sondern aus der Kinderstube stammende Ideengemeinschaft, ein geistiges Verwandtsein. Es sind die — im völkischen Sinne gesprochen — religiösen Ideen, die ein Volk zum Volke machen, Ideen, die nicht etwa nur angelernt werden, sondern vererbt werden, das heißt, durch die geheimnisvolle Physik des Blutes übertragen werden müssen. Also „Rasse" ist für uns allein der deutsch geborene und deutsch erzogene Mensch.

Es ist auch gesagt worden: die fremdländischen Elemente haben für uns den Vorteil, daß sie unseren Arbeitern gerade die gröbsten Arbeiten abnehmen. Aber darauf ist auch schon erwidert worden, daß wir uns im völkischen Sinne gar nicht darüber freuen dürfen, wenn dem Volke die grobe Arbeit abgenommen wird. Erstens ist die landwirtschaftliche Arbeit überhaupt nicht die gröbste und schmutzigste Arbeit — diese steckt trotzdem in der Industrie —, sie ist in gewissem Sinne immer adlige Arbeit, sie mag so gering sein, wie sie will, und wenn wirklich dem einzelnen Deutschen ein Dienst dadurch erwiesen würde, daß ihm die grobe Arbeit abgenommen wird, dem Volke wird dadurch wahrhaftig kein Dienst geleistet. Ich frage: was wird denn aus der gröbsten Arbeit, die ein Volk zu leisten hat, aus der Kriegsarbeit, die die größten Strapazen, Entbehrungen und Aufopferungen vom Menschen verlangt, was wird dann aus der Kriegsarbeit der Zukunft, wenn die preußische Garde neben einer kümmerlichen deutschen Großstadtbevölkerung aus Pommern, Brandenburg und Sachsen nur noch polnischen Ersatz bekäme?

Hören wir doch einmal hin, was der gewaltige Krieg uns hierzu in Ohren und Gewissen dröhnt. Er sagt: Wenn ihr in diesem furchtbaren Ringen siegen werdet, so wird es geschehen, weil ihr ein einiges Volk seid. Und zwar ist es eine Idee, die euch einigt und stark macht, die Idee des Deutschtums, des gemeinsamen Volkstums, des Zueinandergehörens im Unglück und in der Gefahr.

Diese Idee aber wird am besten und sichersten übertragen durch das Blut und seine geheimnisvolle Macht. Habt acht auf das Blut, daß ihr eins bleibt. So wenig ein Mensch aus den Kleidern besteht, die er an sich hat, sondern aus dem Lebendigen, was in den Kleidern ist, so wenig besteht ein Volk nur aus einer Volkswirtschaft, sondern aus dem Lebendigen, was darin ist. Alle Fabriken, die ihr aufbaut, eure Landschlösser, eure Städte, eure ganze Hochkultur wird verwüstet werden wie Ostpreußen und schlimmer als dies, — *wenn ihr des Blutes vergeßt*. So will es der Gott der Geschichte. Ich möchte den lebendigen Wall, der unser Land umschließend schützt, einem Ringe Kruppscher Panzerplatten vergleichen, aus gleichmäßigstem Erze geschweißt.

Nun gibt es noch eine andere grobe Arbeit, die sich das Volk nicht abnehmen lassen darf, das ist *die Geburtenarbeit*. Eine Million ausländischer Wanderarbeiter bedeutet, daß 150000 deutsche Familien fehlen und deren Nachwuchs. Wir beobachten mit Sorgen das Sinken der Geburtenziffern, dazu möchte ich die Frage stellen: *Wo sitzt eigentlich die Vermehrungskraft des Volkes?* Sie sitzt nicht in den gebildeten und gehobenen Ständen der Städte. Die mögen Konferenzen und Kongresse feiern, soviel sie wollen und sich gegenseitig Predigten halten; es mögen auch die antikonzeptionellen Mittelchen, die sie gebrauchen, verfolgt werden, soviel man will; alles das nützt nichts; denn diese Stände sind im völkischen Sinne ein unfruchtbarer Bestandteil; sie genügen nicht für die Erhaltung der Volkskraft im ganzen: sie wachsen nur durch Entwicklung von unten auf, aber nicht durch ihre eigene Kraft; sie werden das Volk oder auch nur ihren Volksteil nicht erhalten. Ebenso ist es mit den besitzlosen Klassen in den Städten. Die ganze städtische Kultur verbraucht Leben, verzehrt Leben, frißt Leben auf. Die städtischen Arbeiter sind in ihrem gehobenen Teile längst zum Zweikindersystem übergegangen; sie müssen es auch, von ihrem Standpunkte aus gesehen; daran wird niemand etwas ändern. Und der Proletarier? der versteht wohl Kinder zu erzeugen, aber nicht sie großzuziehen. Die Vermehrungskraft liegt auch nicht beim Stande der Besitzenden auf dem Lande, auch nicht beim Bauernstande, sobald man ihn unterscheidet von der untersten Schicht des Volkes. Sondern sie liegt allein beim Stande der Besitzlosen, der

Armen auf dem Lande; die allein haben für die Erhaltung und Vermehrung des Volkes zu sorgen. Also diejenigen, wo die Familie nicht soviel Land und Besitz hat, daß sie davon leben könnte, sondern deren Reichtum die bloße Arbeitskraft ist. Von einer solchen Familie kann man sagen, daß mit jedem Magen zwei Arme geboren werden, die imstande sind den Magen zu erhalten. In dem Maße, wie dieser Stand der Besitzlosen auf dem Lande verschwindet, in dem Maße muß die Vermehrungskraft des Volkes sinken, und das Sinken der Geburtenziffer ist nichts als ein Symptom der Erscheinung, die wir in vielen Tagungen hier schon besprochen haben: ein Symptom, eine notwendige Folge des Verschwindens des Standes der Besitzlosen vom Lande. Es ist also die Möglichkeit des Ersetzens, die Konkurrenz durch ausländische Arbeiter, das gefährlichste antikonzeptionelle Mittel, was es gibt, das eigentliche antikonzeptionelle Mittel, welches über die Zukunft des Volkes entscheidet. Wenn man die anderen Mittel verfolgt und dieses nicht, dann wird man nie zum Ziele kommen.

Aber läßt sich denn die deutsche Vermehrungskraft überhaupt steigern? Ist es denkbar, daß wir außer dem regelmäßigen Wachstum von etwa 800000 Menschen jährlich, welche unsere Industrie spielend unterbringt, auch noch die Hunderttausende jährlich mehr schaffen, die nötig sind, um den slavischen Zustrom abzuwehren und die anderen Hunderttausend, die wir nach dem Neuland schicken wollen? Die Vermehrungskraft eines Volkes ist nicht, wie gesagt worden ist, eine gegebene Größe, sondern das Veränderlichste was es gibt, und zwar veränderlich nach den wirtschaftlichen Räumen, die zur Verfügung stehen, die zu füllen sind. In dem Maße, wie die wirtschaftlichen Räume da sind, wird die Volksvermehrungskraft dafür sorgen, daß sie gefüllt werden; wirtschaftliche Räume, nicht nur geographisch gemeint, sondern im übertragenen Sinne des Wortes gemeint. Wenn wir täglich erleben, daß diese wirtschaftlichen Räume nicht von deutschem Blut gefüllt, sondern gefüllt werden von ausländischer Arbeitskraft, so ist das beides gegeneinander Ursache und Wirkung zugleich, steht in Wechselwirkung. Solange es möglich ist,

daß diese wirtschaftlichen Räume von ausländischen Arbeitskräften gefüllt werden, solange muß das zurückdrängend, erdrückend auf die Vermehrungskraft des Volksteiles wirken, dessen Recht und Pflicht es eigentlich sein sollte, diese Räume zu füllen.

Daraus ist nun der Gedanke entstanden, dessen wirksamster und angesehenster Vertreter auch unter uns ist, daß, solange wir nicht eine Last zum Ausgleich legen auf den Gebrauch der ausländischen Arbeitskräfte — nicht etwa sie aussperren, das ist eine wirtschaftliche Unmöglichkeit, und an solche soll man nicht herangehen —, eine Last, die wenigstens die verborgenen Vorteile, in erster Linie die Ersparnis an Schul- und Armenlasten in etwas ausgleicht, — alle Maßnahmen der inneren Kolonisation unfruchtbar bleiben müssen.

Nun aber der Einwand der Landwirtschaft dagegen. Die Landwirte sagen: Das gibt wieder ein neues Opfer für uns, ein Opfer, das, wenn man auf Kopf und Jahr 100 Mark auf den landwirtschaftlichen Arbeiter rechnen würde, sich auf 50 Millionen Mark jährlich für die Landwirtschaft beziffern würde. Das ist ein Opfer, das wir vielleicht übernehmen könnten aus völkischem Gewissen, aber wir sind der Überzeugung, daß, wenn das geschieht, deswegen doch die landwirtschaftlichen Arbeiter noch lange nicht zu haben sind. Wir sperren die Fremden aus oder verteuern sie uns, und der Deutsche bleibt doch weg. Darin hat die deutsche Landwirtschaft recht. Wenn es dagegen kein Mittel gäbe, so wäre der Weg in eine größere Zukunft des deutschen Volkes versperrt. Ich möchte aber versuchen — und das ist der Zweck meines Vortrages —, Ihnen vorzustellen, daß diese Maßnahme in der Verkuppelung mit einer anderen Maßnahme, nämlich der einer anderen Verteilung der Volksschullasten, allerdings imstande ist, den Schlüssel für die Zukunft zu bieten und jedem das Seine zu geben, dem Volke, was es beanspruchen kann, und den Arbeitgebern und Landwirten, was sie beanspruchen können. Damit komme ich zu dem wichtigsten Thema der Verteilung der Kulturlasten.

Nach meiner Meinung kann die innere Kolonisation erst dann in Blüte kommen, dann aber auch das Zwanzigfache von dem leisten, was sie jetzt leistet, — nach meiner Meinung würde der Grundeigen-

tümer gern und freihändig das Land hergeben und gern die Lasten tragen, die notwendig sind, um deutsche Landarbeiter anzulocken und anzusiedeln, — wenn nur das schlimmste Hindernis der inneren Kolonisation: die unrechte, ungleiche und unzweckmäßige Verteilung der Volksschullasten, der Kulturlasten, der Lasten der Reproduktion des Lebens, da, wo es zu Hause sein muß, auf dem Lande —, ausgeglichen würde. Wie ist es da gegenwärtig? Es geht vom Lande ein Strom lebendigen Blutes in die Städte. Dies nun sehen viele Landwirte als den eigentlichen Grund- und Krebsschaden an; sie haben davon aber nur eine einseitige Auffassung. Denn das Land ist dazu da, um den Bedarf der Städte an Menschen zu decken. Es gäbe keine Hochkultur und gäbe keine Macht des Deutschen Reiches, wenn nicht eine Blüte der Städte vorhanden wäre, welche Menschen braucht, und wenn das Land nicht imstande wäre, diese Menschen zu liefern. Im Gegenteil, es soll nur recht viele Menschen abliefern, aber ohne daß die Stammherde erschöpft wird; denn das ist die Bedingung, ohne die der Menschenverlust allerdings zum Schaden des Ganzen wirken würde. Es geht mit diesem Blutstrom zugleich aber auch ein Wertstrom vom Lande fort; denn es kostet recht ansehnliche Summen, diese hochwertige Menschenkraft, namentlich jetzt in Zeiten der Hochkultur, aufzuziehen. In erster Linie natürlich den Eltern, aber davon sehen wir hier ab, obwohl das eine sehr wichtige Sache ist. Ein französischer Volkswirt hat es in glänzender Weise dargestellt, wie das Aufziehen der Kinder von Jahrzehnt zu Jahrzehnt teurer wird und schließlich unmöglich wird, so daß das französische Volk sozusagen an der Last seiner Ergänzung verzagt. Aber ganz abgesehen davon ist dieses Aufziehen auch noch mit ganz bedeutenden Opfern der übrigen auf dem Lande wohnenden Menschen, nämlich der Steuerzahler, der Grundeigentümer, der großen und der kleinen, verbunden. Um etwas näher in dieses Problem hineinzusteigen: es gibt in Preußen — und das ist ja ein durchaus preußisch zu behandelndes Problem — reiche und arme Gemeinden, reiche z. B. Wiesbaden, Frankfurt a. M., Charlottenburg und viele andere Städte, Wohnstädte, Vorzugsgemeinden, wie man sie nennt. Diese sind imstande, auf den Kopf des Schulkindes einen Luxus aufzuwenden von 140 Mark, und sie rühmen sich dessen. Aber um diesen Luxus zu bezahlen, brauchen

sie die Steuerkraft ihrer Bürger nur mit 60 bis 70 % anzustrengen. Warum? Weil sie wenig Kinder haben und viele sehr reiche Steuerzahler, aus deren Säckel sie das machen können. Demgegenüber gibt es arme Gemeinden: in erster Linie agrarische Gemeinden, Dorfgemeinden, Gutsbezirke, ja sogar ganze agrarische Provinzen, außerdem aber auch die volkreichen Industrieorte des Westens und Südostens. Diese Gemeinden sind nur imstande, etwa 21 Mark auf den Kopf des Schulkindes aufzuwenden, also sehr viel weniger. Aber um diesen kümmerlichen Schulaufwand zu bestreiten, müssen sie die Steuerkraft ihrer Mitbürger nicht mit 70, nicht mit 100 %, sondern mit 2-, 3-, 4-, 500 % anspannen, und wenn der Staat den ärmsten Gemeinden nicht zu Hilfe käme, würde bei manchen eine Last von 700 bis 800 % der Staatssteuer herauskommen, weil soviele Kinder und keine reichen Steuerzahler vorhanden sind. In den Dorfgemeinden gibt es überhaupt keine reichen Steuerzahler in dem Sinne wie in den Städten. Es handelt sich also um ein allgemein agrarisches Problem, nicht allein des Großgrundbesitzes, und das führt zu folgenden wunderbaren Folgen. Wenn ein Bauunternehmer in der Großstadt 40 Familien in zwei Mietskasernen unterbringen will, fragt ihn kein Mensch: wer bezahlt die Schul- und Armenlasten? Das geschieht einfach aus dem allgemeinen Steuersäckel der reichen Leute. Die Städte sind reich genug; sie wissen auch, daß das Volkswachstum zum Wachstum der Städte überhaupt gehört, und lediglich einige Vororte Berlins haben den traurigen Ruhm, daß sie, auch hier an den Geldbeutel denkend, direkt die Vermehrung der kleinen Bevölkerung ausschließen, indem sie verlangen: bei uns dürfen nur herrschaftliche Wohnungen gebaut werden. Dagegen in den Dorfgemeinden, wo eine gemeinnützige Siedlungsgesellschaft oder sonst jemand etwa 40 Familien auf eigenem Land ansetzen will, da heißt es: ja, schafft erst die Schul- und Armenlasten! — das macht auf die einzelne Siedlung berechnet, einen Wert von 1000 Mark aus. Dann muß also der Kleinsiedler den Schulaufwand, der bei uns gegenwärtig ziemlich teuer ist, in alle Zukunft verzinsen und bezahlen. Also während die Schule in der Großstadt für den kleinen Mann umsonst ist, fällt sie hier als eine sehr schwere Last auf die Schultern der Kleinsten. Wenn aber die neuen Siedler das nicht tragen können und sollen,

dann werden die anderen Grundeigentümer, die großen und kleinen und kleinsten, diese Lasten mit tragen müssen, und das würde in vielen Fällen zur Verdopplung ihrer kommunalen Lasten führen. So kommt es, daß auf dem Lande alle Stände, alle Grundeigentümer, große und kleine bis zu dem kleinsten hausbesitzenden Arbeiter herunter, so sehr sie vielleicht begeistert sind für innere Kolonisation, — doch in der Tat, in der Praxis und auf die Dauer handeln im Sinne der Verödung des Landes, im Sinne der Verdrängung der Besitzlosen, der Sterilisierung des Volkes. Und das wird ihnen ganz bedeutend erleichtert durch den Bezug ausländischer Wanderarbeiter, der es ihnen ermöglicht, auf die heimischen Arbeitskräfte und zugleich auf die dazugehörigen Schullasten zu verzichten. Das ist, wie ich wiederhole, das gefährlichste antikonzeptionelle Mittel, welches die Sterilisierung des Volkes mit dem Resultat des Sinkens der Geburtenziffer möglich macht.

Meine Herren, ich habe hier einen sehr lehrreichen Brief eines Herrn, aus dem ich einige Zeilen vorlesen darf, der dieses Verhältnis sehr anschaulich macht, indem er sagt:

„In Deutschland herrscht Freizügigkeit, und darum ist es ein Unding, wenn Armen- und Schullasten an die Scholle gebunden sind. Wie mit Recht in den mir zugeschickten Aufsätzen betont wird, muß das Land alle Rohmaterialien an die Städte liefern. Warum soll das wertvollste Material, die Menschen, umsonst geliefert werden?"

Ich überschlage einige Zeilen; er fährt dann fort:

„Aus dieser", — nämlich aus seiner eigenen Praxis — „möchte ich Ihnen noch einiges mitteilen, und ich denke, Sie werden mir recht geben, wenn ich die heutige Verteilung der Schullasten und Armenlasten als unüberwindliche Hindernisse der Kolonisation bezeichne. Die Tochter eines meiner Arbeiter ist seit vielen Jahren in Berlin. Sie bekommt jedes Jahr ein uneheliches Kind, zu welchem freudigen Ereignisse sie jedesmal die Eltern aufsucht, bei denen das Kind auch bleibt. Da zwischen Auferstehung aus dem Wochenbett und Rückreise nach Berlin und dem nächsten Wochenbett nie ein Jahr verflossen war, blieb die

Person bei mir heimatsberechtigt, und habe ich von ihr fünf uneheliche Kinder zu ernähren und in der Schule zu erhalten. Sind die Kinder so weit, daß sie sich selbst erhalten können, so ziehen sie vermutlich der Mutter nach. Hier habe ich aus vielen Fällen nur den krassesten herausgegriffen."

Er sagt dann weiter: „wenn die Schul- und Armenlasten beseitigt werden, so werden Sie viele Freunde der Kolonisation finden, und man kann getrost jeden seinen eigenen Weg finden lassen". Das ist nun meine eigene Meinung: Wenn es umgekehrt wäre oder umgekehrt zu machen wäre, daß das, was bisher eine Last für das Land ist, eine Zuschußverwaltung, nämlich die Schule, zu einem Vorteil für die Gemeinde gemacht würde, wenn die Vermehrung des Standes der Besitzlosen auf dem Lande zum guten Geschäft würde für jeden Steuerzahler auf dem Lande, für jeden Grundeigentümer auf dem Lande, dann würden die Verhältnisse genau umgekehrt liegen. Wie unsere Großstädte sich freuen und stolz sind, wenn sie wachsen und wir mit, so würde jede Landgemeinde sich freuen, wenn die Herdstellen sich vermehren, während es jetzt tatsächlich so ist, daß sie sich nicht freuen darf.

Unser verehrter Vorsitzender Herr von Batocki hat das Verdienst, diese sehr wichtige Frage des Ausgleichs der Kultur- und Schullasten und Armenlasten zugleich mit Herrn Freiherrn von Zedlitz und Neukirch zuerst angeregt zu haben, und jeder von beiden hat natürlich auch besondere Vorschläge gemacht. Es kann jetzt nicht meine Aufgabe sein, diese Vorschläge eingehend vorzutragen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Sache nicht dadurch gelöst werden kann, daß agrarische Gemeinden, Gutsbezirke und Dörfer zusammengelegt werden oder ein paar kleine Städte zu gemeinsamen Verbänden für Schullasten zusammengeschlossen werden: denn dann würden die ungeheuren Verschiedenheiten zwischen dem Osten und Westen bestehen bleiben. Sondern wenn der Schaden wirklich kuriert werden soll, kann es nur dadurch geschehen, daß auf eine Grundidee aufgebaut und die Forderung verwirklicht wird, daß die Last der Fortsetzung des Lebens, der Vermehrung der Volkskraft allgemeine Volksaufgabe sei, und so wie das ganze Volk durch Freizügigkeit den Vorteil davon hat, so auch das Ganze zu den ge-

meinsamen Lasten beitrage. Die Aufgabe kann also nur in der Form der Verteilung der Lasten innerhalb des ganzen Staates gelöst werden, und zwar gilt diese Lösung zunächst für den preußischen Staat, der ja glücklicherweise so beschaffen ist, daß er die industriellsten und agrarischsten Provinzen, die ärmsten Gemeinden und die wohlhabendsten städtischen Gemeinden umfaßt.

Mein Vorschlag ist nun folgender: Gegenwärtig zahlt das preußische Volk an Kommunal-Schullasten genau so viel, wie es an den Staat an Einkommensteuer zahlt, also eine bedeutende Summe, die ganz gewaltig zu Buche schlägt. Es zahlt aber diese Last höchst ungleich. In den reichen und Vorzugsgemeinden zahlt der einzelne ungeheuer viel zu wenig, und in den agrarischen Gemeinden zahlt der einzelne, gemessen an seiner Steuerkraft, ungeheuer viel zu viel. Wenn nun die Schullast für den Staat aufgebracht würde, derart, daß jeder Einkommensteuerzahler nach seiner Steuerkraft gleichmäßig zahlte, so würde das gesamte preußische Volk keinen Groschen mehr zahlen, wohl aber in den reichen Gemeinden der einzelne reiche Steuerzahler sehr viel mehr und in den armen Gemeinden die armen Steuerzahler sehr viel weniger. Der Staat würde dann dieses Geld auf den Kopf des Kindes mit 55 Mark an die Gemeinden wieder auszahlen; es würde also sozusagen jeder Gemeinde ihre Leistung auf diesem Gebiete bar bezahlt und die Gemeinden hätten die Freiheit, mit diesem Zuschusse zu wirtschaften. Wie das mit der Politik der Kleinsiedlung zu verbinden sein würde, das will ich nicht weiter versuchen auszuführen.

Ich habe die Ehre gehabt, einen Vortrag halten zu dürfen auf dem letzten Städtetage vor dem Verein für Kommunalwirtschaft und -Politik, wo auch die großen Städte vertreten waren, die ja die Leidtragenden sein würden. Und ich muß es ihnen zur Ehre anrechnen, daß sie mir diesen Auftrag erteilt hatten: sie stellten mir allerdings als Widerpart den Herrn Oberbürgermeister von Wiesbaden gegenüber, der sozusagen die Sache von der anderen Seite zu zeigen hatte. Ich will Ihnen aus dessen Rede ganz kurz den Hauptinhalt vortragen:

„Die Herauszahlung von 50 Mark pro Kind macht einen Aufwand von etwas über 300 Millionen Mark erforderlich, den der Staat dadurch erhalten soll, daß jeder Einkommensteuerzahler in allen Gemeinden Preußens gleichmäßig 100 % der Einkommensteuer als Volks-

schulsteuer an den Staat bezahlt. Zu diesem Vorschlage wird Herr Dr. Schiele durch den Zufall geführt, daß die Gesamt-Volksschullast ungefähr so viel beträgt, wie die 100 %ige Einkommensteuer (ohne Zuschlag natürlich).

„Dieser Staatsbeitrag, der also neben der staatlichen Einkommensteuer zu leisten ist, soll nicht als eine neue Staatslast oder Volkslast konstruiert werden, sondern lediglich durch eine andere Verteilung der gegenwärtigen Durchschnittsleistung aufgebracht werden. Das Volk soll im ganzen nicht mehr bezahlen; nur einzelne Steuerzahler zahlen mehr, nämlich in den Vorzugsgemeinden und andere dafür weniger.

„Ich habe diese Ausführungen beim erstmaligen Lesen nicht recht verstanden, und ich konnte sie nicht verstehen, weil sich für die Auslegung, die ich diesem Schieleschen Vorschlage nach seinem Wortlaute und unter Voraussetzung der Richtigkeit der von ihm gegebenen Ziffern, geben mußte, für unsere Stadt einer so ungeheure finanzielle Wirkung herausrechnete, daß ich an meiner Auslegung selbst anfing zu zweifeln. Und doch war diese Auslegung richtig, wie ich heute wieder dem Vortrage des Herrn Dr. Schiele entnehmen mußte. Die finanzielle Nutzanwendung auf die Stadt Wiesbaden wäre — in runden Zahlen gerechnet — ungefähr folgende:

„Die Bürger der Stadt, bzw. die Einkommensteuerzahler, würden 3 Millionen als Volksschulsteuer abzuführen haben; so viel beträgt rund die 100 %ige Staatseinkommensteuer ohne die Zuschläge der Stadt Wiesbaden; da wir nur 9000 Volksschulkinder haben, würden wir zurückerhalten 9000 × 50 Mark = 450 000 Mark; unsere Steuerzahler würden also, selbst wenn diese 450 000 Mark zurückvergütet würden, ein Steuerplus von über $2^1/_2$ Millionen zu tragen haben, das für fremde Gemeinden verwendet würde. Es würde dies — immer jene 450 000 Mark abgerechnet — immer noch eine Erhöhung der Einkommensteuer um 83 % ausmachen, fast den doppelten Betrag der seither erhobenen. Seit Jahrzehnten bemüht sich die Verwaltung — ob mit Recht oder Unrecht möge dahingestellt bleiben — die Einkommensteuer auf 100 % mit allen möglichen Mitteln zu erhalten; nunmehr sieht sie sich mit einem Schlage aller Verlegenheit in einer so radikalen Art enthoben. Daneben darf sie natürlich ihren eigenen

Volksschuletat mit $^5/_4$ Millionen balancieren und sich freuen, daß sie pro Volksschulkind 116 Mark — und wenn man die Anlagekosten hinzusetzt — sogar 140 Mark verwendet. Der a conto Volksschule aufzuwendende Betrag würde sich nach Schiele somit von $^5/_4$ auf $3^3/_4$ Millionen erhöhen.

„Und es ist ja immer noch ein Glück dabei; zurzeit sind die gesamten Volksschullasten der Monarchie noch mit 100 % Einkommensteuer zu decken; nehmen Sie an, es wären 200 % Einkommensteuer zur Deckung notwendig, dann hätte Wiesbaden, wenn es nicht in der Lage wäre, die Zahl der Schulkinder von heute auf morgen auf eine wesentliche Steigerung zu bringen, statt $2^1/_2$ Millionen 5 Millionen abzuführen. Bei steigenden Schullasten gibt das eine angenehme Aussicht für die Zukunft.

„Wir könnten uns bei der gegenwärtigen Situation überhaupt nur retten, wenn wir statt 9000 Volksschulkinder 60 000 hätten und damit eine Rückvergütung von 3 Millionen erhielten gleich unserer Abführung aus unseren Steuern, aber dieses Plus von 51 000 Kindern können wir nicht schaffen, das werden Sie einsehen."

Ich schließe daraus nur, meine Herren, wie gut es den Bewohnern der Stadt Wiesbaden bisher gegangen ist. Denn was hier der Herr Oberbürgermeister als Möglichkeit herausrechnet, das ist in den agrarischen Provinzen Wirklichkeit. Ich bin also dadurch in meiner Überzeugung nicht erschüttert worden.

Ich komme nun zur Hauptsache und zugleich zum Schlusse meines Vortrages. Wie schaffen wir die Menschenkraft, die wir brauchen, für die ungeheuren Aufgaben der Zukunft? Denn wir hoffen ja doch daß, wenn auch nicht gleich, so doch im Laufe der Zeit die deutsche Industrie noch weiter ganz gehörig wachsen wird, und wir hoffen, daß wir Neuland dazu bekommen, was, wenn wir auch eine ganze Menge Siedler aus Rußland hereinziehen wollen, doch, auch unserer eigenen Bevölkerung zugute kommen soll. Wir brauchen Menschen. Es ist unsere wichtigste Frage und Aufgabe nicht, ob wir das Neuland haben werden oder nicht, sondern ob wir auch die Menschen dazu haben werden oder nicht.

Nun bin ich der Überzeugung: wenn man diese beiden Maßnahmen miteinander verbinden würde: einerseits die

Besteuerung der ausländischen Arbeitskraft, um einen Ausgleich zu finden gegenüber den latenten Vorteilen, die in dem Gebrauch derselben liegen, und andererseits diese andere Verteilung der Volksschullasten, also einerseits eine Last von etwa 50 Millionen, andererseits einen Vorteil von etwa 100 Millionen — (so rechne ich es aus, aber für die Rechnung kann ich nicht einstehen) — wenn wir dies beides miteinander verkuppelten, oder wie die Österreicher sagen, es junctim behandelten, dann glaube ich, würden wir eine innere Kolonisation allergrößten Stiles hier im Inlande möglich machen, und zwar ohne Enteignung und mit geringen Kosten für den Staat. Dann werden wir erleben, daß ohne große staatliche Bemühungen aus eigner Kraft unser Land sich übersät mit neuen schmucken Häuschen, in denen ein ganz neues deutsches Volk wohnen wird, die Eltern derjenigen Jugend, die in 30 Jahren den ganzen europäischen Osten überfluten wird. Der Wanderstrom wird sich umdrehen.

Meine Herren, wenn überhaupt, dann ist jetzt der Augenblick zur Tat gekommen, wenn wir jetzt nicht einen Entschluß finden, werden wir ihn überhaupt nie finden, und dann werden unsere Nachfahren das Recht haben zu sagen: zwar die Kriegskunst unserer Vorfahren, die war was wert, die kann sich sehen lassen, aber in der Staatskunst haben sie doch gestümpert, darum ist der Ertrag der ungeheuren Blutarbeit wiederum verloren gegangen. Denn in Wahrheit entscheidet den Sieg zwischen den Völkern nicht der blutige Krieg, nicht der Schwertkrieg und der Waffenkrieg, der dauert bloß ein oder zwei Jahre, das ist bloß ein Zwischenspiel. Entscheiden tut zwischen den Rassen der Wirtschaftskrieg. Der Kampf um die Futterplätze, der Kampf um die leeren Wirtschaftsräume, der Kampf um die Arbeitsgelegenheit, der entscheidet zwischen den Rassen, der Kampf, der dauernd geführt wird, der nie aufhört, der mit allen Kräften des Leibes und der Seele, der Muskeln, des Magens und des Gehirns geführt wird. Und schließlich ist auch das noch nicht das Entscheidende. Sondern der Geburtenkrieg der Völker, die Arbeit der Mütter in der Kinderstube, der gibt die eigentliche säkulare Entscheidung, Entscheidung für die Ewigkeit.

— — — — — — — — — — — — — — —

Wir haben Neuland erobert. — — — Aber ich möchte hinzufügen, wir glauben nur, es erobert zu haben; wir müssen es hinterher noch wirklich erobern durch die wirtschaftliche Arbeit, durch die Menschenkraft, die wir anwenden. Sonst werden wir erleben, das wohl ein Strom von Kindern hinausgeht, — dafür sorgt die Abenteurerlust des deutschen Geistes, die uns die deutsche Geschichte seit Jahrhunderten zeigt, — daß aber ein vierfacher Gegenstrom von fremder Kraft hereinströmt ins alte Vaterland. Was wäre dann erreicht? Darum meine ich, daß eigentlich das Siedlungsproblem im Neuland nicht in den Begriff der inneren Kolonisation hineingehört; das ist äußere Kolonisation, die wir vielleicht auch noch leisten können. Nur um so mehr müssen wir uns aber der Aufgabe der inneren Kolonisation zuwenden in den alten, in den Heimatprovinzen; sonst wird es in Zukunft dahin kommen, daß es von dem Kostbarsten, was ein Volk hat, dem Saatgut sozusagen, der Menschenernte, die es haben muß, der Zukunftskraft des deutschen Volkes nicht heißt: gepflegt, vermehrt, veredelt und damit die Erde erobert, sondern es heißen müßte: verzehrt, vergeudet, verschleudert in alle Winde für eine kurzlebige Eroberungspolitik, zu der die Kraft gefehlt hat.

* * *

Nach dieser Rede nahm das Wort Amtsrat Kayser-Kasimirsburg und sagte: Ich kann mich mit den Ausführungen durchaus einverstanden erklären, besonders darin, daß das heutige Wanderarbeitersystem einmal das Unglück der Landwirtschaft sein würde. Dies ist der Kernpunkt, weshalb wir überhaupt über diese Sache sprechen, und nicht die Frage, wo wir die Arbeiter herbekommen können. Ich habe mich in Schriften und Vortrag früher viel mit diesem Thema beschäftigt, und den meisten Herren, die in der Kommission sind, werden meine Ansichten bekannt sein; ich möchte sie deshalb hier nicht wiederholen. Nur eines möchte ich sagen, nämlich, daß allein mit dem Pachtland und mit der Verbesserung der Schullasten für die kleinen Leute und die Arbeiter die Sache nicht abgetan ist. Es ist unmöglich, daß solche verhältnismäßig kleinen Aufbesserungen die Arbeiter auf

dem Lande festhalten. Der ausländische Wanderarbeiter ist dem deutschen Arbeiter nun einmal zu sehr dadurch überlegen, daß seine Familie im Auslande billig wohnt, während der inländische Arbeiter dafür die teure Miete und die teuren Lebensmittel zu bezahlen hat. Also mit den ausländischen Arbeitern kann der inländische Arbeiter in dieser Beziehung nicht konkurrieren. Ich habe diese Ansicht immer vertreten und vertrete sie auch weiter. Ich stehe damit auch nicht allein. Ein vorausschauender Mann hat es schon im Jahre 1885 im Reichstag gesagt, es war Herr von Puttkamer, der im Namen des Fürsten Bismarck, als dieser von landwirtschaftlicher Seite interpelliert wurde, die Landwirtschaft wünsche, daß der verbotene Zuzug der Wanderarbeiter wieder gestattet würde, erklärte: „Meine Herren, ich kann ihnen das nicht verdenken, daß Sie sich die massenhaft an der Grenze aufgehäuften Arbeitskräfte dienstbar machen wollen. Aber wie sieht das vom nationalen Standtpunkt betrachtet aus? Wir werden durch diese billigen Arbeitskräfte unsere ganzen einheimischen Arbeitskräfte verdrängen und sie ins Ausland treiben." Meine Herren, so ist es in der Tat ungefähr gekommen, wie Bismarck es vorher gesagt hat. Und das, meine Herren, möchte ich Ihnen zu bedenken geben. Wenn wir so weiter wirtschaften, dann tragen wir ganz bestimmt die bösen Folgen. Das Land wird die Stimmkraft verlieren, und die städtische Bevölkerung, die Sozialdemokratie, wird immer stärker werden, und wohin das schließlich führt, können Sie sich ausrechnen. Der Kernpunkt der ganzen Arbeiterfrage liegt also meines Erachtens darin, daß die Stimmkraft auf dem Lande immer geringer wird, und die Volksvermehrung gerade auf dem Lande immer geringer werden wird. Man hat die Leute seßhaft machen wollen, aber fragen Sie einmal die Generalkommission, ob es ihr wirklich möglich gewesen ist, einen einzigen Landarbeiter richtig anzusiedeln. Es wird zwar immer gesagt: das sind alles Landarbeiter, die angesiedelt sind; aber wenn man näher zusieht, sind es Handwerker, Schneider, Schuster usw. Der Landarbeiter kann eben nicht mit dem ausländischen Arbeiter konkurrieren, und das muß geändert werden. Wie man es machen will, mag der Zukunft überlassen bleiben. Wir können aber jedenfalls aus den vergangenen Jahren

lernen. Die Ansiedlung der Landarbeiter ging in früherer Zeit rapide vor sich, und zwar gerade in der Zeit, als Bismarck das Verbot erlassen hatte, die ausländischen Arbeiter hereinzulassen. Damals ging die Ansiedlung ganz gut vorwärts, während die Leute sich heute, wenn man ihnen auch noch 1000 Mark für die Parzelle zugeben will, nicht mehr ansiedeln. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Konkurrenz der ausländischen Arbeiter unterbunden wird, die Seßhaftmachung wieder von selbst einsetzt, namentlich wenn auch noch andere kleine Mittel in die Praxis übersetzt werden. Ohne eine große und einschneidende Maßregel aber werden wir nicht dazu kommen, unsere Landarbeiter auf dem Lande, sei es als Stellenbesitzer, sei es als Tagelöhner oder Deputanten festzuhalten. Das ist meine Ansicht, ich glaube, die Zeit wird lehren, daß ich recht habe.

Was ist die Lehre, die wir aus diesen Worten des Herrn Amtsrat Kayser zu ziehen haben?

Wären die kleinen Staatsmänner der nachbismarckischen Zeit bei den Grundsätzen des großen Staatsmannes Bismarck geblieben, so hätten wir gegenwärtig keine Million ausländischer Arbeiter, keine Verödung des Landes, kein Sinken der Geburtenziffer, keine Lücke im Heeresersatz, sondern statt dessen vielleicht eine Drittel Million deutscher Familien mehr, eine innere Kolonisation, die von selber geht und eine überschäumende Volkskraft, mit der wir über unsere Grenzen hinausgreifen könnten. Solche verhängnisvoll großen Folgen kann im Staatsleben die Unfähigkeit und Leichtfertigkeit kleiner Geister haben. Die Heldenkraft eines großen Staatsmannes wird wiederum notwendig sein, um ihre Unterlassungssünden gut zu machen. Sonst würde unsere Eroberungspolitik uns zum Fluche werden.

Druck von Lippert & Co. (G. Pätz'sche Buchdruckerei), Naumburg a. d. S.

Weltkrieg und Schaubühne

Ein Vorschlag zu ihrer Erneuerung

von Artur Dinter

Preis: M. 1.—

Dr. Dinter, der unermüdliche Vorkämpfer einer geistig hochstehenden deutschen Schaubühne, deckt hier mit rückhaltloser Offenheit die Mißstände im derzeitigen Theaterbetrieb auf und weist Mittel und Wege, wie das herrschende System siegreich überwunden und dem deutschen Volke eine Schaubühne geschaffen werden kann, die eine Stätte der Erhebung und Bildung sowie der nationalen und sittlichen Kräftigung wird.

Der Treubruch Italiens

Mit Benutzung amtlicher Quellen

von Ferd. Gruner, Stadtrat in Trautenau

Preis: M. 1.20

Der Verfasser schildert unter Beibringung neuen Materials und auf Grund genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse den schnöden Verrat Italiens, er weist auf die innere Unwahrheit der italienischen Forderungen hin und deckt in kritisch scharf umrissenen Darlegungen die ganze zynische Unwahrheit der italienischen Politik lückenlos auf. Die interessanten Abhandlungen haben für alle Zeit Wert und Bedeutung.

Belgische Eindrücke und Ausblicke

Glossen über die belgische Neutralitätsgarantie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker

von Dr. E. Müller-Meiningen

Preis: M. 1.—

In dieser temperamentvollen kleinen Schrift gibt der bekannte Abgeordnete seine Eindrücke wieder, die er auf einer Reise nach Belgien und Nordfrankreich im September 1915 gesammelt hat. Seine Beobachtungen sind natürlich von politischen Motiven beherrscht. Die Mängel belgischer Sozialgesetzgebung, die Unterdrückung des Vlamentums, die scharfe Gegnerschaft des Geistlichen- und Advokatenstandes, das fanatische Treiben der wallonischen Franskiljonen usw., andererseits die großen Leistungen unserer deutschen Verwaltung und unserer Armee — all das wird im Lichte unmittelbarer persönlicher Eindrücke lebendig und kurz geschildert.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyse-Str. 26

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 059119005

Der Neue Dreibund. Ein politisches Arbeitsprogramm für das gesamte deutsche Volk und seine Freunde. Von **Franz Köhler.** 13.—14. Auflage. Preis geheftet M. 2.—, gebunden M. 3.—

In dem hochbedeutsamen Buch werden Richtlinien für unsere weitere Entwicklung aufgestellt und eine klare Antwort auf die Frage gegeben, welche Anlehnung in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung Deutschland künftig genügend stark und unabhängig zu gestalten vermag.

Zwei Millionen Deutsche in Rußland. Rettung oder Untergang? Eine Denkschrift von **C. C. Eiffe.** Mit einer Karte der deutschen Niederlassungen in Rußland. Preis M. 1.—

Der Verfasser, einer der tüchtigsten Vorkämpfer unseres Volkes, hat alle deutschen Kolonien Rußlands selbst bereist und enge Beziehungen zu den führenden Männern geknüpft. Das Buch ist mit Herzblut geschrieben, und es wirkt dementsprechend.

Der völkische Gedanke u. die Verwirklichung des Zionismus. Eine Betrachtung zur Versöhnung und zur Scheidung der Völker.
Von **Dr. F. Siebert.** Preis 80 Pfennig.

Der als Vorkämpfer eines reinen Deutschtums bekannte Verfasser gibt in diesem Büchlein eine anschauliche Darstellung der notwendigen Grundlagen des völkischen Staates.

Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschluß.
Von **Georg Fritz,** Kaiserl. Geh. Regierungsrat. Viertes bis sechstes Tausend. Preis: M. 1.—

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

1. Jahrgang 1916 **Herausgegeben von Dr. F. Schupp**

Erscheint monatlich zweimal. Preis halbjährlich M. 8.—

Die neue Zeitschrift will über alle die Vorgänge staatsrechtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Natur unterrichten, die für die Gestaltung der Zukunft im Osten von Bedeutung sind. **Probenummer kostenlos.**

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyse-Str. 26

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.